

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 6 (1977)
Heft: 9

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz: Auflage 22 000*
*Reduzierte Auflage im März und September

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, B. D. Niebuhr, Rolf Nef, Beat Schweingruber, Liselotte Suter
Inserate: Inseratenverwaltung «das Konzept», Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. ☎ (01) 47 75 30, Postcheckkonto: 80-36651
Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.- (Ausl. 20.-) Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Carters Neutronenbombe:

Ein massgeschneidertes Nuklearinferno

Mit der Entwicklung der Neutronenbombe hat die atomare Tötungsmaschinerie eine neue Dimension erhalten: Mit dem beliebig exakt erreichbaren «Tötungsradius» und der gleichsam «humanen» Wirkung auf Sachwerte enthüllt hier ein menschenfeindliches System seinen Charakter. Die ausschliessliche Vernichtung des Menschen und nicht von dessen Kriegsgerät steht im Vordergrund. Diese sozusagen «superkapitalistische» Wunderwaffe bedeutet aber auch einen neuen

Höhepunkt in den Kriegsvorbereitungen. Der Glaube an die Begrenzbarkeit des Nuklearkrieges führt in eine gefährliche Phase des Rüstungswettlaufs. Der Krieg ist wieder möglich geworden, weil er mit einer solchen Atomwaffe gar nicht selbstmörderischer sein muss. So ist auch die atomare Abschreckung keine Friedensgarantie mehr. Droht ein Ende aller Sicherheit? – Eine Analyse der vorliegenden Berichte über die Neutronenbombe lässt diese These wieder wahrscheinlicher werden.

«Innerhalb 48 Stunden, bloss, könnten sowjetische Panzerarmeen am Rhein stehen – zu spät für einen nuklearen Gegenschlag», mit dieser spitzfindigen Analyse schockierte kürzlich der belgische Nato-General J. Closs seine Kollegen im Führungsstab der Weststreitkräfte. Trotz der in aller Eile höchstinständig ausgesprochenen Rüge durch US-Natobefehlshaber Alexander M. Haig vermachte der vorwärtige Panzerkommandant aus Belgien für einige Aufregung im Lager der Westmilitärs zu sorgen. Offenbar Anlass genug für US-Präsident J. Carter, die bisher von den regierenden «Demokraten» zurückgehaltenen Produktionspläne für die Neutronenbombe auf den Tisch zu legen.

Das schon 1963 auf dem Atomestgelände im US-Bundesstaat Nevada subtil erprobte und in den 14 Jahren ehrgeizig weiterentwickelte Neutronenbombenprojekt von Nuklearmanager Alfred Starbird gewann zusehends an Ansehen – eine «saubere» Sache: «Wir reduzieren den Druck- und Hitzewirkung und errei-

chen exakt den Tötungsradius, den wir wollen.» «Körperlich tief, räumlich konzentriert, zeitlich kurz» kommentierte Militärpublizist Oberst A. Weinstein die verheissungsvolle Neuentwicklung; die Neutronenbombe mache «den Menschen wehrlos, erhält aber sein Gerät». Sie knackt mühelos heranrollende russische Panzerbrigaden und ist dank ihrem begrenzten Wirkungsradius praktisch frei von unerwünschten «Seiteneffekten»; von Lance-Raketen (Reichweite 120 km) ins Zielgebiet gebracht, vermag sie sogar Angriffe in Divisionsstärke zum Stehen zu bringen.

Agiler Killer mit «Schgangang»

Von diesem wunderbaren nukleartechnischen Waffensystem träumten die Militärs schon lange. So beschrieb schon 1961 der Schweizer Oberstdivisionär Max Weibel das Charakterprofil der Neutronenbombe. «Innerhalb des Zielbereiches der Strahlung soll die Ausergelfetzung der kämpfenden Trup-

Der stille Terror
Der Schriftsteller Julio Cortazar zur Situation in Argentinien Seite 3

Ein Gesetz für die Katz
Wie in Bern der Wohnungsschutz umgangen wird Seite 4

Die KPI – ein wichtiger Faktor in Italien
Interview mit dem Gramsci-Kenner A. Mazzone Seite 5

Entwicklung zur Würste
In der Sahelzone verschlechtern sich die Lebensbedingungen Seite 13

Leistungsmoloch gefragt
Zur Situation arbeitsloser Hochschulabsolventen Seite 14

Seiten 7-10 Anzeige zur Mieterschutz-Initiative
Seiten 11-12 Anzeige für einen besseren Mutterschaftsschutz

Wir sagen ja zum Leben



Weil wir unsere Kinder lieben

neuartige Waffe wird das Kräfteverhältnis verschieben... Vor allem wird man nicht mehr planen dürfen, Europa «rückwärts» verteidigen zu wollen... Eine Strategie der «flexible response», die an «Vorneverteidigung» denkt... können Holland, Belgien und die Bundesrepublik bei Einführung der Neutronenbombe nicht mehr hinnehmen. Der Nichtkrieg bleibt nur erhalten, wenn die Drohung sich vorwärts verlagert», so konnte man vielerorts lesen.

«Wichtig für Europa» meint der Schweizer Militärpublizist Gustav Däniker, «ist im besonderen, was mit den Forward Based Systems (das beschönigende Wort für Angriffssysteme, Red.), den in Europa stationierten sogenannten taktischen Atomwaffen, geschieht. Gelingt es dem Sowjetunion, eine nukleare Entflechtung im europäischen Raum herbeizuführen und den Abzug der amerikanischen Nuklearwaffen zu erzwingen, dann allerdings wäre das strategische Gleichgewicht gestört, und der politische, wenn nicht sogar der militärische Druck der Sowjetunion würde unbegrenzt wachsen».

Was es mit den sog. Forward Based Systems auf sich hat, beschreibt Dr. J. Gut: «Mit diesem Programm beabsichtigt die Nato, das taktische Nuklearpotential technisch auf den neuesten Stand zu heben und damit auch die Basis für eine glaubwürdige Einsatzdoktrin zu schaffen, deren Marschrichtung offenbar nach langem Ringen Anfang der siebziger Jahre festgelegt worden ist.

So wurde festgestellt, dass die Glaubwürdigkeit des Einsatzes von taktischen Kernwaffen auf dem Territorium der Nato-Staaten erhöht werden könne, wenn es gelänge, die kollateralen Schäden (Seiteneffekte) wesentlich herabzusetzen... Das Ziel einer solchen Waffe ist die Truppe auf dem Gefechtsfeld und nicht das Material.»

«Der nächste Weltkrieg ist wahrscheinlich»

An kleine Kriege haben wir uns gewöhnt – Korea, Nahost, Afrika. An einen grossen Krieg glaubt kaum noch jemand. Unser Hoffnng: Aus Angst vor wechselseitiger Vernichtung werden die Supermächte ihren Machtkampf niemals mit Atomraketen austragen; denn ein grosser Krieg wäre Selbstmord. Doch der deutsche Physiker, Philosoph und Friedensforscher Carl Friedrich von Weizsäcker hält das für Wunschdenken, für einen falschen Trost. Weil ein Krieg mit Atomwaffen gar nicht selbstmörderisch sein muss, ist die Abschreckung auch keine Friedensgarantie mehr.

Die amerikanische These, plötzlich das Ziel, den atomaren Schaden möglichst zu begrenzen, hält Weizsäcker für gefährlich: Wird dabei nicht zugegeben, dass auf die Abschreckung kein Verlass mehr ist, dass man ihr nicht traut? Wer auf die Weisheit der Regierenden nach dem ersten Atomschlag hofft, misstraut dem Abschreckungsprinzip, gibt zu, dass er das Gleichgewicht des Schreckens für gestört hält. Also versucht er vorweg, die Folgen des angedrohten Schlags kleinzuhalten.

Unversehens kehren die Strategen in die voratomare Kriegeslogik zurück. Jede Waffe findet ihre Gegenwaffe: ein neues Waffensystem provoziert die andere Seite, ein noch wirksamerer zu entwickeln; gleichzeitig versucht jeder, die Schadenwirkung der gegnerischen Waffen soweit wie möglich zu begrenzen. Weizsäcker kommentiert: «Dies mag wohl realistisch sein. Nur ist es dann auch realistisch, zu erwarten, dass dieser Krieg eines Tages stattfinden wird.»

Solche glasharte Logik trifft unvorbereitet – nicht ganz, denn die beiden Schweizer Militärs Oberst Ulrich Imobersteg und Oberst Joseph Feldmann

Fortsetzung auf Seite 2

den können sie eine Lebensdauer von Tausenden von Jahren besitzen; unerkannt fortgepflanzt, zeigt sich ihre Wirkung erst durch Zufall.

Eine «saubere Sache»

«Die Waffe, die Leben zerstört» titelte Springers «Welt» ihr Thema des Tages; erfreut verkündigte sie: «Alle Nato-partner sind dafür!» Dafür, dass die Neutronenbombe gebaut und recht bald in Europa stationiert wird. «Die Schönheit Dresdens wäre erhalten geblieben, seine Einwohner samt Flüchtlingmassen hätten den Tod gefunden.» Eine recht makabre Vision eines wiedererweiterten Deutschlands mit einer «entvölkerten» DDR.

Auch hierzulande geraten «kalte Krieger» vom Schlage Lorenz Stackics geradezu in Verzückung angesichts der Möglichkeit, dass die taktische Atom-

Wie tötet die Bombe?

Neutronen werden freigesetzt, wenn in einer Wasserstoffbombe (H-Bombe) zwei schwere Wasserstoffatome (Deuterium und Tritium) miteinander in einem Heliumatom verschmelzen. Dieser Verschmelzungsvorgang, mittels neutronenberei-terter Ummantelung, um Millionenstelskunden verzögert, erhöht die Ausbeute an Neutronen, die gleichzeitig eine hohe Bewegungsenergie (14 Mio. Elektronenvolt) erhalten.

Diese energiereichen, sog. «schnellen» Neutronen sind die gefährlichste Todesstrahlung der Neutronenbombe. Die schnellen Neutronen vermögen Panzerplatten und Mauerwerk mühelos zu durchdringen. Im menschlichen Organismus ist die Wirkung im subatomaren Bereich verheerend. Dort geben die «schnellen» Neutronen ihre Energie an die Atomkerne des in den Körperzellen gebundenen Wasserstoff ab. Die getroffenen Kerne (Protonen) zerstören sodann die Zellsubstanz, indem sie die Molekülverbindungen in den Zellen aufbrechen.

Ihre Wirkung ist vergleichbar mit Milliarden kleiner Injektionen hochwirksamer Säure. Der Mensch wird buchstäblich versengt – «juiced» im US-Laborslang.

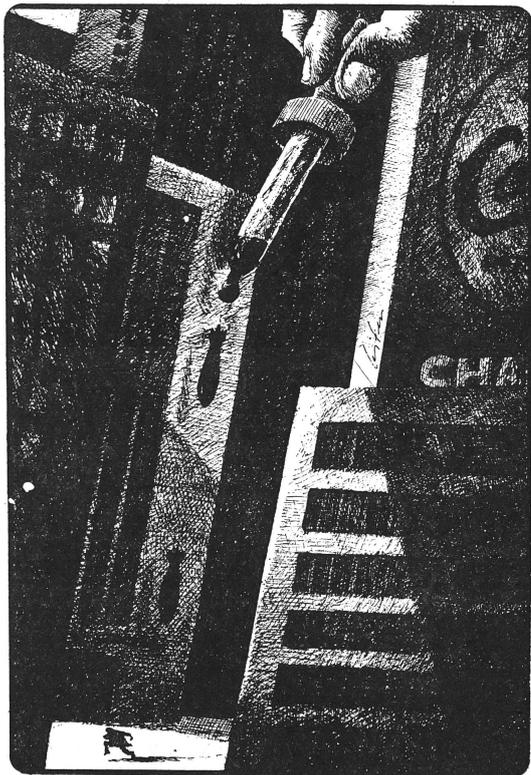
waffe eher den Verteidiger als den Gegner begünstige.

«Dadurch, dass die Neutronenbombe sehr zielgenau eingesetzt werden kann, können Verluste in der Zivilbevölkerung weitgehend vermieden werden, was – so zynisch dies auch klingen mag – eine Humanisierung des Krieges bedeutet», das schrieb Max Räder in seinem Kommentar auf der Titelseite der Innerschweizer Tageszeitung «Vaterland» (15. 7. 77) unter dem Titel «Eine saubere Sache».

Weiter meint er: «Werden wir uns etwa mit einer Verstärkung des statischen Schutzgrades begnügen können? ... Oder sollten wir nicht sogar die mit dem Atomspervvertrag eingegangenen Verpflichtungen neu überprüfen? Denn abgesehen von der Dissuasivwirkung dürfte sich die Neutronenbombe auch für den Verteidiger für Gegenschläge (Vernichtung) und Gegenangriffe (Geländegewinn), zwei wesentliche Elemente unserer Abwehr, eignen.»

Die Drohung nach vorwärts verlagern

«Ein langsames Hineinwachsen der «Neutrons» in die westliche Strategie sollte man keineswegs beklagen... Die



Gestorben wird erst später

Im Nahbereich der Bombenexplosion verliert der menschliche Körper durch die Strahlen fast sofort seine Funktionsfähigkeit, der Tod kann allerdings erst Stunden oder Tage später eintreten. Wer nicht das Glück hatte, genügend nahe am Explosionspunkt zu sein, der stirbt möglicherweise erst nach Wochen an der Strahlenkrankheit, welche sich durch Haarausfall, Neigungen zu plötzlichen Blutungen und erhöhter Infektionsanfälligkeit ankündigt und sich durch ein besonders grauenvolles Dahinsiehen auszeichnet.

Die Therapie des Strahlensyndroms durch Neutronenbeschuss ist noch wenig erforscht. Nebst der akuten Strahlenkrankheit kennt man noch weitere somatische Spätschäden, die sich unter Umständen nach Jahren, sogar nach Jahrzehnten manifestieren und ebenfalls zum Tode führen.

Im menschlichen Körper sind Knochenmark, Darmschleimhaut, Augenlinsen und Hoden besonders strahlensensibel. Es gilt als erwiesen, dass schon bei geringer Strahlenbelastung Leukämie (Blutkrebs), Schilddrüsen- sowie Brustkrebs induziert werden können.

Eine Totalbestrahlung des Menschen führt schon weit unterhalb der tödlichen Dosis zu schweren Störungen des körperlichen Abwehrsystems. werdende Mütter, schutzlos der grausamen Waffe ausgesetzt, müssen, wenn sie selbst den Nuklearschlag überleben, mit der Totgeburt ihres Nachwuchses rechnen. Kinder im mütterlichen Uterus werden schwerwiegenden Entwicklungsstörungen (Missbildungen, Stoffwechselstörungen und Schwachsinn) unterworfen, ihre Überlebenschancen sind gering.

Schwer schätzbare sind die genetischen Schäden. Sie können schon bei geringer Bestrahlung auftreten und in späteren Generationen multipliziert werden. Zu-

¹ Vgl. «Strahlengefährdung, Strahlenschutz» von Heidi Frits-Niggli, Verlag Hans Huber, Bern (1975).
² Vgl. «Wege der Gefahr», eine Studie über Wissenschaft, Gesellschaft und Kriegsverhalten von Carl Friedrich von Weizsäcker, Carl-Hanser-Verlag, München (1976).

Glanz und Niedergang der Volksrechte

Als wir rebellierten, jammerten sie über unser politisches Desinteresse, sagten, es sei ein Generationsproblem, und die Flausen würden uns schon vergehen. Als wir politisch erwachten und zu demonstrieren begannen, wurde ihnen das Pfister zu heiss: Sie liessen uns zusammenknüpfeln und schallten uns Krawallbrüder und Gesetzesbrecher. In der Schweiz müsste man keine Gewalt anwenden, sagten sie, gegen Häuserspekulanten und Fremdarbeiterschänder, man müsse keine Wände ehrbarer Liegenschaften in vornehmen Kreisen verschmieren: bei uns gebe es Initiative und Referendum; damit könne jeder eine Änderung auf friedlichem Weg herbeizuführen versuchen.

Wir glauben ihnen – doch als wir auf diesem Weg mehr Erfolge erzielen als auf der Strasse, da würde ihnen wieder mulmig. Seit Jahren waren doch Initiative und Referendum zwar zwecklos, Berechtigung der Forderungen wurde als Volksrechte in der Verfassung verankert, de facto aber Vorrechte mächtiger Parteien und Verbände. Es gehörte zum Grundstoff in der Staatskunde zu wissen, dass gegen den allmächtigen Vorort kein Gesetz durchzusetzen sei, weil er sofort das Referendum dagegen ergreifen würde.

Und nun plötzlich kleine politische Gruppen und Bürgerinitiativen als Konkurrenten der etablierten Lobbies? Gruppierungen, die sich auch der verbotenen einseitigen Klassifizierung entziehen und ständig frische Triebe entwickeln, kaum hat man die «Drahtzieher» erledigt! Bewegungen, die sich durch keinen lauen Kompromiss ködern lassen, ein Hauch von Bürgerunbill in den heiligen Hallen der Curia Confederationis Helveticae? Undenkbar! Sakrileg! Die Volksrechte so radikal zu interpretieren – das ist so unhöflich, wie wenn man das grösste Stück für sich nimmt, wenn der Tischgenosse dazu einlädt. L'Etat, c'est moi! – das weiss jeder normale Schweizer Parlamentarier, jeder Verbandsmann, mit annähernd salonfähiger Hausmacht.

Und jetzt dieser Pöbel, der sich zu einem «L'Etat, c'est nous!» erhebt! Da wird es für die Salonlöwen der Volksrechtverwaltung langsam ungemütlich. Sie bräuen eine Rechnung aus: Seit Einführung der Volksrechte habe die Zahl der Stimmberechtigten zugenommen. Immer mehr Volksbegehren würden ein-

gereicht, heisst es, und jede Abstimmung koste Geld. Der Bürger sei überfordert, die Stimmabgabe sinke. Es müsse etwas getan werden. Geld kostet es vor allem, gute Vorschläge mit bombastischen Abstimmungskampagnen zu bödigern – das wird nicht gesagt.

Die Lösung: Die Unterschriftenzahl für Initiative und Referendum muss erhöht und für das Sammeln muss in beiden Fällen eine Frist gesetzt werden. So stehen diese Mittel nur noch ausgewiesenen Finanzgruppen zur Verfügung. Die Zügel der Schweiz AG sind wieder in fester Hand.

Bezeichnenderweise wird die Frage nach dem gesellschaftlichen Grund der jüngsten Volksbegehren nicht gestellt. Die wenigsten Parlamentarier sind einmal selbst in Wind und Regen gestanden, um Unterschriften zu sammeln – sie überlassen die politische Meinungsbildung lieber einem «Volks» zu rufen (Davon könnten alle grossen Parteien ein Liedchen singen, wenn sie ehrlich wären). Wie sollen sie also wissen, dass man Initiativen nicht aus Schabernack lanciert?

Noch seltener sind die Volksvertreter, die sich beim Namen nehmen. Dass jede Initiative ein Zeichen für ein Problem ist, welches unter der Bundeskuppel nicht erfasst wurde, obwohl es eine grössere Zahl von Bürgern (mindestens 50 000) beschäftigt, hat noch in den wenigsten Köpfen gedämmert. Dass in Welt die Probleme sich zahlreicher stellen als im letzten Jahrhundert, passt nicht in «Das-war-schon-immer-so»-Weltbild. Dass die Abstimmungsmaschinerie sehr oft auch in Gang gesetzt wird, nicht weil das Volk, sondern die Exportindustrie, die Landwirtschaft oder die Konjunktur der Bürger die Konkurrenz? Das will wir schlicht verstehen. Wieviel kosten denn diese Urnengänge? Aber eben: Milchmädchenrechnungen sind so viel einfacher...

Auch was sollen die Argumente? Doch diese Schlacht wird vornehmlich mit Zaster entschieden. Mühen wir bald wieder auf die Strasse? Barbara Bied



In dieser Rubrik präsentiert, kommentiert und kritisiert «das konzept» neuerschlossene Bücher für seine Leser.

Märchen und Erziehung

Die moderne Kinderliteratur verschweigt oft Konflikte und Schwierigkeiten, die im Leben vorkommen, wie z.B. die Tendenz, aus Wut oder Angst aggressiv oder sozial zu handeln. Sie zeigt häufig nur die schönen Seiten des Lebens. Im Gegensatz dazu stehen für den bekannten Kinderpsychologen Bettelheim die Märchen, mit ihrer Funktion für die psychische und intellektuelle Entwicklung des Kindes.

Anhand der Analyse verschiedener Märchen (Hänsel und Gretel, Rotkäppchen, Schneewittchen, Dornröschen usw.) zeigt er, wie die «böse Stiefmutter» dem kleinen Zuhörer hilft, mit der Enttäuschung fertig zu werden, dass auch er seine Mutter gelegentlich als unzugänglich und böse erlebt. Die «gute Fee» gibt die beruhigende Gewissheit, dass die «gute Mutter» wiederkommen wird. Der Märchenheld zieht in die Welt hinaus und gerät in gefährliche Abenteuer – er hilft dem Kind, den Weg der Aktivität zu finden, denn jeden Sieg erringt er selbst.

Der positive Ausgang der Märchen ist insofern wesentlich, als sich das Kind mit dem Helden identifizieren kann und daraus Zuversicht und Mut schöpft, die eigene Entwicklung Schritt für Schritt zu bewältigen.

Bruno Bettelheim: Kinder brauchen Märchen. DVA, Stuttgart (1977)

Singgruppe Linggi Schnure

Zwei Dutzend Sängerinnen und Sänger, zwei Gitarren und weitere Instrumente; so ausgerüstet ist die Singgruppe Linggi Schnure vor bald vier Jahren mit selbstgemachten Liedern im Berner Dialekt erstmals aufgetreten. Eine Langspielplatte mit 13 Liedern aus drei Jahren vermittelt nun einen Querschnitt durch

ihre Repertoire. Die Lieder zeigen unverhüllte politische Parteinahme auf Seiten der Arbeiterbewegung und ihrer Verbündeten: in einfacher Alltagssprache, gesungen nach eingängigen, volkslied- und schlagerhaften Melodien, nimmt die Gruppe zu gesellschaftlichen Fragen v.a. in unserer Lande Stellung. Die Singgruppe Linggi Schnure, deren Mitglieder durchwegs Amateure sind und in den verschiedensten Berufen arbeiten, möchte zudem ein breites Publikum anregen, selbst etwas Ähnliches zu unternehmen, selbst Lieder zu machen und zu singen.

Die auf der Platte enthaltenen Lieder könnten etwa unter die Devise «Aufklären und Mut machen» gestellt werden. Die Texte fordern zum Teil direkt zu politischer Tätigkeit und Organisation auf (z.B. die Titel «Ufforderte» (»Niemand«) und andere wiederum schildern – manchmal unter Verwendung parodistischer Elemente – bestehende Zustände und regen die Zuhörer zu eigenen Gedanken an (z.B. «Unternehmertango», «Für ds Elisii», «Mehrzäckartiku»). Ein Büchlein, welches die Text-Noten und Harmonien der Lieder auf der Platte und vieler weiterer Titel enthält, erleichtert das Nachsingens; es wird zusammen mit der LP abgegeben und ist in deren Preis (15 Fr.) inbegriffen.

Bestellungen an: Postfach 60, 3062 Hinterkappelen.

echo

Leserbriefe sind mit Schreibmaschine geschrieben zu richten an: «Redaktion «das konzept» Rämistrasse 66, 8001 Zürich. Kurze Schriften freuen uns besonders.

Und die Sowjetunion

Zur Schah-Diktatur organisierte Unzufriedenheit. «konzept» Nr. 5/77

Sehr geehrte Herren!
Ihr Artikel über die faschistische Diktatur des Schahs im Iran (Mai-Ausgabe des Konzepts) hat mich ausserordentlich interessiert, und ich möchte Ihnen dafür nochmals danken und Sie ansonsten weiter in dieser Richtung zu agieren. Wie wäre es z.B. mit einem ähnlichen Artikel über die Sowjetunion? Sie könnten sich sogar die Mühe ersparen, den Wortlaut entscheidend zu ändern...
Hochachtungsvoll
Olivier Chédel

Ein massgeschneidertes...

Fortsetzung von Seite 1
stellen sich die Frage, ob nicht gerade der fromme Glaube an die Begrenztheit des Nuklearkrieges Anlass geben könnte, den Einsatz sehr kleiner Kernwaffen leichtsinnig zu wagen und damit die gewollte Eskalation in Gang zu setzen.

Ende aller Sicherheit?

Zwei Argumente erscheinen in diesem Zusammenhang besonders bemerkenswert: Die Explosion eines noch so kleinen Kernsprengkörpers dürfte auf die Augenzeugen eine mächtige psychologische Wirkung ausüben. Es ist deshalb höchst unwahrscheinlich, dass ein solches Ereignis zureichend als «kleine» Kernexplosion angesprochen wird.

Setzt eine kriegführende Macht Kernsprengkörper von sehr kleinem Kaliber ein, so bedeutet das für die Gegenpartei zunächst einfach den Beginn des Nuklearkrieges. Diese wird sich keinesfalls

Seine entspannungsfördernde Rüstungspolitik befindet sich im eklatanten Widerspruch zu der auch von den USA signierten Schlussakte der KSZE, insofern der eingegangenen Verpflichtung, künftig auf die gegenseitige Abschaffung von Kriegsgewalt zu verzichten.

Nur noch eine Gnadenfrist?

Wie ausserordentlich weitreichend die Folgen eines Scheiterns von SALT und damit einer Fortführung des Rüstungspokers sein könnten, demonstriert der kürzlich erschienene Jahresbericht des Stockholmer Institutes für Friedensforschung (SIPR). Der Bericht «World Armaments and Disarmament 1977» zieht eine beängstigende Bilanz des gegenwärtigen Rüstungsstandes in der Welt. Drei Entwicklungen steigern nach Ansicht des SIPRI die Gefahr eines allgemeinen Nuklearkrieges:

Erstens die ungedehnte weltweite Verbreitung von Waffen. Der Gesamtwert der Länder der dritten Welt gelieferten Rüstung hat sich gegenüber 1975 um 16% erhöht. Die USA beanspruchten davon 40%, die Sowjetunion 20%, Frankreich und Grossbritannien je 8%.

Zweitens die zunehmende Weiterverbreitung von zivilen Nuklearreaktoren. Nach Schätzung des SIPRI werden 1984 ausser den 5 Nuklearmächten 28 Länder solche Reaktoren besitzen, die insgesamt 30 000 kg Plutonium, also spaltbares Material, produzieren. Genug, täglich zehn Atombomben von Kaliber der Nagasaki-Bombe herzustellen.

Drittens ist die ständige Verbesserung des atomaren Rüstungsarsenals, insbesondere die fast zur Perfektion gestiegene Zielgenauigkeit der Atomraketen

– in wenigen Jahren werden amerikanische Raketen über eine Distanz von 13 000 km ihr Ziel auf 39 m genau treffen können –, eines besonders ernst zu nehmende Gefahr, weil hier die Möglichkeit besteht, das strategische Kräfteverhältnis grundlegend zu revolutionieren. Man wird daher verstehen, weshalb die Sowjetunion, die auf diesem Gebiet mehrere Jahre im Rückstand ist, über solche Aussichten deutlich beunruhigt ist.

Ihr Vorschlag, auf ein generelles Verbot der Entwicklung neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen hinzuwirken, kann für uns Europäer

Von den zahllosen Ausgeburten menschlicher Destruktivität hat in den letzten Jahren keine Neuentwicklung so viele und heftige Reaktionen ausgelöst wie die Neutronenbombe. Die weltweite Selbstvernichtungsmaschinerie wird unter dem Deckmantel der Verteidigung der Menschheit unterhalten und stetig ausgebaut. Dieser Deckmantel hat mit der Neutronenbombe einen – hoffentlich irreparablen – Riss erhalten, denn sie zielt auf die ausschliessliche Vernichtung des Menschen bei möglichst weitgehender Schonung von Kriegsgüter und anderen Sachwerten. Mit Verteidigung der Menschheit hat das nichts zu tun.

Militärexperten, Strategen und Mächtegruppierungen mögen sich darüber streiten, ob die Neutronenbombe eine qualitativ neue Waffe sei, neue Dimensionen im Rüstungswettlauf eröffne oder eine strategische Revolution bringe. Ich glaube nicht, dass diese Diskussionen für uns einfache Bürger und Zivilisten von Bedeutung sind; ausser man versuche mit solchen Argumenten, uns noch mehr Geld für die Rüstung aus den Taschen zu ziehen. Für uns genügt es zu wissen, dass die Neutronenbombe ein Massenvernichtungsmittel ist. Das ist ein ausreichender Grund, sie zu bekämpfen.

Als «Perversion des Denkens ist die Neutronenbombe bezeichnet worden. So treffend diese Qualifikation ist, so sehr gibt sie mir zu denken. Ist es nicht per se, wenn das Leben mit den Sachen zusammen vernichtet wird, wie bei den andern Massenvernichtungsmitteln? Dass die Hälfte aller Geldes, das für Rüstung aufgewendet wird, für Rüstungsforschung, mithin für das Erdenken und Erinnern des menschlichen Untergangs ausgegeben wird; dass ein erheblicher Teil der immer knapper werdenden Rohstoffe, der kostbaren Energievorräte und hochqualifizierten Arbeitskräfte in die Rüstungsproduktion investiert wird; dass weltweit ein riesenhaftes Heer von Propagandisten an der Arbeit ist, dessen Irrsinn der Menschheit als nationales Interesse, Sicherung des Friedens, Erhaltung der Freiheit usw. anzuhören; das alles miteinander ist für mich die Perversion des Denkens.

möglichweise die einzige Überlebenschance darstellen.

Selbst der ehemalige Nato-General und Leiter der nuklearen Planungsgruppe der Nato, Johannes Steinhoff, sagt: «Der Neutronenbombe ist ein Verhängnis über uns. Sie ist wieder Wasser auf die Mühlen derer, die den Krieg weiter führbar machen wollen!»

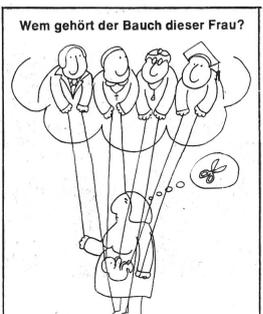
Hiermit enthüllt sich auch der Abrüstungsschwundel und die Demagogie der amerikanischen Menschenrechtskampagne, welche in ihr politisches und militärisches Kalkül den Völkern als ein Mittel der Systemauseinandersetzung einbezieht.
Georg Hödel

Nuklearer Wahnwitz

Wenn die Neutronenbombe hilft, diesen Wahnsinn bewusst zu machen und zum Kampf gegen das Wettrüsten zu mobilisieren, werden die Empörungswörter, die sie ausgelöst hat, nicht wirkungslos verhallen. Wenn sie jedoch als Besonderheit herausgegriffen wird, kann sie leicht zur Verniedlichung des Wettrüstens missbraucht werden, da vor ihrem Hintergrund andere Waffen als vergleichsweise harmlos dargestellt werden können. Nun haben aber alle in der Geschichte der Menschheit bekanntgewordenen Rüstungswettläufe entweder im Krieg oder wirtschaftlichen Ruin der beteiligten Kulturen geendet. Heute steht die Menschheit von beidem nicht weit entfernt, mit oder ohne Neutronenbombe.

Das ist eine Befürchtung, vielleicht eine Einsicht. Abhilfe schafft sie nicht. Um den Rüstungswettlauf zu stoppen, braucht es mehr als schöne Worte. Die Neutronenbombe ist von den USA nicht als Antwort auf irgendeine sowjetische Waffe entwickelt worden. Sie kann nicht mit einer internationalen Rüstungsspirale verbunden werden, sondern nur mit der Eigenlogik der US-Rüstung. Sie enthält damit die offizielle Ideologie, dass wegen der Rüstung des Gegners gerüstet werden müsse, als Propagandagründe. Das ist allerdings keine Besonderheit der Neutronenbombe und auch nicht der US-Rüstung. Das internationale Wettrüsten kann schon seit geraumer Zeit nicht mehr mit Aktionen und Reaktionen darauf erklärt werden. Die einzelnen Rüstungskolossal entwickeln sich aus sich selbst heraus.

Diese Einsicht gibt einen wichtigen Hinweis für die Abrüstung. Nicht die Regierungen, die unter dem Zwang ihres Rüstungskomplexes stehen können, diesen beizugehen. Der Kampf für die Abrüstung kann nur von den Völkern gegen ihren Rüstungskomplex und damit auch gegen ihre Regierung gewonnen werden. Abrüstung ist zuerst eine innenpolitische Forderung, bevor sie international werden kann. Das gilt auch für den vielbeschworenen Sonderfall Schweiz.
Ruedi Tobler, Präsident des Schweizerischen Friedensrates



«das konzept» stellt zur Diskussion: (Wem gehört der Bauch dieser Frau?)

Informieren Sie sich bei betroffenen Frauen über Empfängnisverhütung, Schwangerschaftsabbruch und Fristenlösung.

• im Sonderdruck zum Thema «Schwangerschaftsabbruch» mit den Berichten von Schweizer Frauen, die abgetrieben haben, und mit vielen praktischen Hinweisen zur Empfängnisverhütung.
• in der Märznummer von «das konzept» diskutiert ein Dorf die Abtreibung (dieses Gespräch ist ein Textauszug aus dem Film «Lieber Herr Doktor», die Nummer kostet ebenfalls 1.50 Fr.)

Wir versuchen Probleme aber nicht nur zu beschreiben, sondern auch Lösungsmöglichkeiten anzubieten: Auf Anfrage erhalten Sie gratis eine Liste von Ärzten und Informationsstellen, die gegenüber Empfängnisverhütung und auch fortgeschrittenen Fällen ausgeschlossen sind.

Verlangen Sie die angegebenen «konzept»-Nummern (gegen den entsprechenden Betrag in Briefmarken) oder die Informationsblätter «frankiertes Antwortcouvert beilegen» bei der Redaktion «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

das konzept Tip

Lieder zur Fristenlösung

Zu einer der wichtigsten Abstimmungen vom September hat der Verlag Voxpop eine Schallplatte mit «Liedern zur Fristenlösung» produziert. Es singen Ursi Baur «Maya Hueber», Maria Kägi «Wiegand» und Aernold Born «Liebeslied» (das Lied vom schwangeren Mann). Die Ofra ist mit «Frischeli» dabei. Auf dem Textblatt der Platte ist eine Liste von fortgeschrittenen Beratungsstellen zusammengestellt. Der Reinerlös der Platte wird zur Finanzierung des Abstimmungskampfes beitragen.

Die Platte kann direkt beim Verlag Voxpop, Kanzelestr. 63, 8004 Zürich, bezogen werden (6 Franken ohne Porto) oder in einem der Alternativbuchläden.

Erfüllt der Strafvollzug seine Aufgabe?

Wie sieht die heutige Praxis des Strafvollzugs aus? Welche Einstellungen der Gesellschaft beeinflussen sie? Mit welchen Forderungen begehen ihr Kritiker und Reformen?

Mit diesen Fragen wird sich ein Kurs der Gruppe Gefangenkontakt beschäftigen, welcher ab 10. Oktober in Luzern stattfindet. Am sechs Stunden soll über das aktuelle Thema Strafvollzug informiert und mit erfahrenen Leuten aus der Praxis diskutiert werden. Der Kurs richtet sich an Leute aus allen Berufen und jeden Alters, die Kurskosten sind minimal (Unkostenbeitrag). Das Programm mit Anmeldeformular erhalten Sie durch die Gruppe Gefangenkontakt, Postfach 98, 6000 Luzern 5. Telefonische Auskunft erlisst Urs Holstetter: (041) 36 48 26.

das konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon 01 (01) 47 75 30, Postschekkonto: 80-37626.

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, Rolf Berni, Dieter Niebuhr, Bert Schweingruber, Liselotte Suter.

Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandene Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Grafische Gestaltung: Arthur Doppmann

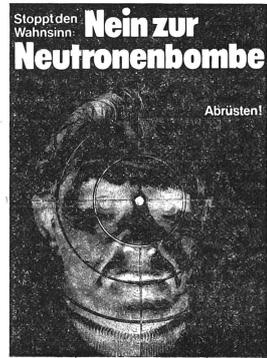
Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminaren, Musikonservatorien, Höheren Wirtschaftsschulen und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk Auflage 900 (reduzierte Auflage im März und September).

Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept», Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. 01 (01) 47 75 30, Postschekkonto: 80-36 651 *sp-mm-Zeit-06 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionsschluss Nr. 10: 23. 9. 77
Inseratenschluss Nr. 10: 30. 9. 77



darauf verlassen können, dass die Partei, die zum Einsatz von Miniatombomben geschritten ist, sich auch weiterhin auf die Verwendung sehr kleiner Kernsprengkörper beschränken werde. Beide Überlegungen deuten darauf hin, dass mit dem ersten Einsatz eines Kernsprengkörpers – und sei er noch so klein – eine entscheidende Schwelle überschritten und eine akute Gefahr der Eskalation heraufbeschworen wird. Der Glaube an die Begrenzbarkeit des Nuklearkrieges dank kleinsten Kernwaffen beruht auf wenig überzeugenden Spekulationen!

Mit seinem Entscheid für die Neutronenbombe bringt der amerikanische Baptistenpredigerpräsident J. Carter die SALT-II-Verhandlungen zum Scheitern, bevor diese begonnen haben.

Forscher rechtfertigen Widerstand gegen Neutronenbombe

Ihre Worte sind nicht zu überhören: 300 Wissenschaftler aus aller Welt haben sich unter dem Präsidium der britischen Nobelpreisträgerin Dorothy Hodgkin auf der 27. Pugwash-Konferenz in München entschieden gegen die Absicht der USA gewandert, das Arsenal der atomaren Massenvernichtungsmittel um den Typ Neutronenbombe zu erweitern. Die Wissenschaftler erörterten in acht Arbeitsgruppen die dringendsten Probleme der Weltzivilisation, darunter die Frage der Energieversorgung, der Weitressourcen, der Bevölkerungsentwicklung, globaler Umweltfragen, der Armut und des Hungers. Vor allem galt ihre Aufmerksamkeit der alles überragenden Frage von Krieg und Frieden.

Eine Erzählung von Julio Cortázar

Das zweite Mal



Wir hatten nichts anderes zu tun, als sie warten zu lassen; jeder kam einmal an die Reihe, hatte seinen Termin, und darüber hinaus beiläufig man sich nicht, wir rauchten wie die Kamäne. Von Zeit zu Zeit kam Lopez der Neger mit einem Kaffee, was uns die Arbeit unterbrechen liess, und wir besprachen die Neuigkeiten, meistens dieselben Sachen, den Besuch des Chefs, den Wechsel in den oberen Rängen, die Resultate der Rennen. Sie, die ändern, konnten selbstverständlich nicht wissen, dass man auf sie wartete, was man so warten nennt, diese Sachen mussten ruhig vor sich gehen. Nehmt euch Zeit, war eine Anweisung des Chefs, die er oft wiederholte, als ob man sie nicht verstanden hätte, geht nur piano piano vor. Insgesamt war es einfach; wenn etwas schiefging, mussten nicht wir die Sache ausbaden, die Verantwortlichen sassen oben im Chef, flott wie immer. Macht euch keine Sorgen, Leute, wenn es je Gezänk gibt, werde ich da sein; das einzige, was ich verlange, ist, dass ihr auf der Hut seid, euch in der Sache nicht irrt, zuerst Bestätigung einholt, um keinen Blödsinn zu machen, und dann könnt ihr drauflos.

Ehrlich gesagt machten sie uns keine Arbeit, der Chef hatte funktionale Büros ausgesucht, damit sie sich nicht anstauen, und wir empfingen sie, einen nach dem andern, wie es sich gehört. Wir hatten Zeit für Oberflächlich. Was die gute Erziehung betrifft, so konnten wir uns sehen lassen. Der Chef konnte es nicht oft genug wiederholen, und es war wahr, die IBM, gleich nebenan, es war lächerlich, hier ging alles reibungslos, kein Gedränge und keine Hetzerei. Wir hatten Zeit für eine Tasse Kaffee, und gleich darauf begannen sie, sich um die Formalitäten zu kümmern. Auf der Vorladung stand geschrieben: wegen einer Sie betreffenden Angelegenheit, und wir hatten nur noch da zu sein und zu warten. Man muss schon sagen, dass selbst auf gelbem Papier eine Vorladung immer einen wichtigen Eindruck macht. Maria-Elena hatte sie sich zu Hause mehrere Male angesehen, das grüne Siegel neben der unleserlichen Unterschrift und die Angabe von Datum und Ort. Im Autobus nahm sie sie sogar aus der Tasche und zog ihre Uhr aus, um sicherzugehen. Man hatte sie in ein Büro in der Rue Maza vorgeladen, es war merkwürdig, dass es dort ein Ministerium gab, aber ihre Schwester hatte ihr gesagt, dass sie ein bisschen überall Büros einrichten mussten, weil es in den Ministerien zu eng wurde; und sobald sie aus dem Bus ausstiegen war, sagte sie sich, dass dies stimmen mochte, da die

es Quartier jedem andern gleich: drei- oder vierstöckige Wohnhäuser, viele kleine Läden und sogar einige Bäume, die wenigen, die es in der Gegend gab.

«Es muss doch wenigstens eine Fahne geben», dachte Maria-Elena, als sie sich der Ecke von Nummer 700 näherte. Es war zweifellos wie bei den Botschaften in den residentiellen Quartieren, die von weitem auffallen durch ein Stück farbiges Tuch, das an einem Balkon hängt. Obschon die Nummer deutlich auf der Vorladung stand, war sie überrascht, die Fahne des Landes nicht zu sehen, blieb einen Moment an der Strassenecke stehen (es war ohnehin noch zu früh, sie hatte noch einige Minuten Zeit) und fragte ohne jeden Grund den Mann hinter dem Zeitungsstand, ob die Direktion tatsächlich hier sei.

Ja, sicher, sagte der Mann, etwa gegen die Mitte der Strasse, aber warum bleiben Sie nicht zuerst ein wenig bei mir, sehen Sie nicht, wie allein ich bin? — Auf dem Rückweg, sagte Maria-Elena lächelnd, entfernte sich langsam und zog einmal mehr ihr gelbes Papier hervor.



«Es war wirklich merkwürdig, dass Carlos nicht herausgekommen war. Es war um so merkwürdiger, als dass das Büro nur eine einzige Türe hatte.»

Es gab fast keinen Verkehr auf der Strasse, fast niemanden, eine Katze vor einem Geschäft und eine dicke Frau, die mit einem Kind aus einem Hausgang trat. Die wenigen Wagen waren alle vor der Direktion abgestellt, in fast allen sass jemand hinter dem Steuer und las Zeitung oder rauchte. Der Eingang war eng wie bei allen Häusern dieser Strasse, hatte einen mit Fayencen geschmückten Gang und im Hintergrund eine Treppe. Das Schild an der Tür war dem eines Arztes oder Zahnarztes mehr oder weniger ähnlich, glanzlos, unten mit Papier beklebt, um einen Teil der Inschriften zu verdecken. Es war komisch, dass es keinen Lift gab, ein dritter Stock und zu Fuss gehen müssen und das nach einem offiziellen Papier mit grüner Marke, Unterschrift und allem.

Die Türe im dritten Stock war geschlossen und hatte weder eine Glocke noch ein Schild. Maria-Elena ergriff den Türknauf, und die Türe öffnete sich geräuschlos; Tabakrauch kam ihr entgegen, sie sah den Gang mit den grünen Fayencen und auf beiden Seiten, auf denen Leute sassen. Sie waren nicht zahlreich, aber in dem Rauch und diesem engen Gang hätte man sagen können, ihre Knie berührten sich. Die beiden alten Damen und der junge Mann mit der grünen Krawatte mussten miteinander gesprochen haben, um die Zeit totzuschlagen, denn Maria-Elena konnte gerade noch den Schluss eines Satzes hören, als sie die Türe öffnete, und wie immer verstumten alle, um sich den neu Ankommenden anzusehen, und wie immer kam sich Maria-Elena dumm vor und erödete. Sie hatte eben noch Stimme genug, guten Tag zu sagen, dann blieb sie neben der Türe stehen, bis der junge Mann ihr bedeutete, sich auf die leere Bank neben ihm zu setzen. Im Moment, da sie sich setzte und ihm dankte, öffnete sich die Türe am andern Ende des Ganges und entliess einen rothaarigen Mann, der sich einen Weg zwischen den Knien durchbahnte, geschickte auch nur die Mühe einer Entschuldigung zu machen. Der Angestellte hielt die Türe mit seinem Fuss offen und wartete, bis eine der beiden Damen mühsam aufgestanden und an Maria-Elena und dem kahlköpfigen Herrn vor-

beigegangen war; die Ausgangstüre und die des Büros schlossen sich beinahe gleichzeitig, und die Zurückbleibenden streckten sich etwas auf den knarrenden Banken aus und begannen wieder zu sprechen.

Wie gewöhnlich hatte jeder sein Thema, beim kahlen Herrn war es die Langwierigkeit der Formalitäten; wenn es das erste Mal schon so geht, dann sieht das ja vielversprechend aus, finden Sie nicht, mehr als eine halbe Stunde und wozu schliesslich, vier Fragen und Adieu, zumindest nehme ich das an. — Glauben Sie das nicht! sagte der junge Mann mit der Krawatte, bei mir ist es das zweite Mal, und ich kann Ihnen sagen, dass es nicht so schnell geht, die Zeit, während deren sie alles mit der Maschine kopieren, während deren man sich an ein Datum erinnert, während deren sie es nachsuchen, all diese Dinge dauern doch recht lange.

Der glatzköpfige Herr und die alte Dame hörten ihm mit Interesse zu, denn offenbar waren sie das erste Mal da, wo Maria-Elena auch, doch wagte sie nicht, sich in die Unterhaltung einzumischen. Der glatzköpfige Herr wollte wissen, wieviel Zeit zwischen der ersten und zweiten Vorladung vergangen war, und der junge Mann sagte, bei ihm drei Tage. Aber weshalb zwei Vorladungen? wollte Maria-Elena fragen, und sie spürte wiederum die Rote, die ihr ins

türe erreichte. Schliesslich ging es ziemlich schnell, dachte Maria-Elena, drei Personen vor ihr, sagen wir dreiviertel Stunden, natürlich konnten die Formalitäten für einige länger dauern, der junge Mann, der schon einmal hier war, hatte es gesagt. Als die Reihe am glatzköpfigen Mann war und er im Büro war, fasste Maria-Elena sich ein Herz und fragte ihn, um sicherer zu sein, der Junge überlegte einen Moment, dann sagte er, dass es beim ersten Mal bei einigen länger gedauert hatte, bei andern nicht, man könne es nicht wissen. Die alte Dame bemerkte, dass die andere Dame beinahe sofort wieder herausgekommen sei, dass aber der Herr mit den roten Haaren eine Ewigkeit drinnen verbracht habe. — Gottlob sind wir nur noch drei, sagte Maria-Elena, solche Orte deprimieren. — Man muss die Dinge philosophisch sehen, sagte der junge Mann, vergessen sie nicht, dass sie nochmals kommen müssen, das heisst, dass sie sich besser nicht aufregen sollten. Als ich das erste Mal kam, gab es niemanden, mit dem ich hätte sprechen können, obschon ein Haufen Leute da war, aber ich weiss nicht, es ergab sich nichts, während heute die Zeit schneller vergeht, weil man plaudert.

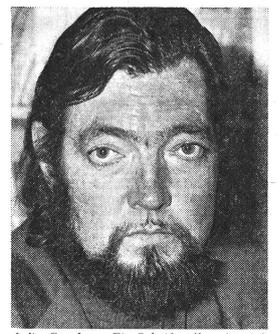
Maria-Elena liebte es, mit dem Jungen und der Dame so zu sprechen, sie konnte sich fast nicht weigern, die Zeit verging bis zur Rückkehr des glatzköpfigen Herrn. Die Dame erhob sich mit einer Leichtigkeit, die man ihrem Alter nicht zugetraut hätte, die Arme, sie wollte zweifellos schnellstens mit den Formalitäten an ein Ende kommen.

— Gut, nun zu uns, sagte der junge Mann, Sie rauchen es nicht, wenn ich eine Zigarette rauche? Ich halte es nicht mehr aus, aber dieser Dame schien es so schlecht zu gehen... — Ich habe auch Lust zu rauchen.

Sie nahm die Zigarette, die er ihr anbot, sie sagten sich ihre Namen, wo sie arbeiteten, es tat ihnen gut, zu sprechen, es Hess sie den Gang vergessen, die fast abnormale Stille zwischen durch, wie wenn die Strasse und die Leute Kilometer entfernt wären von ihnen. Maria-Elena hatte auch im Quartier Floresta gelebt, als sie klein war, jetzt wohnte sie in der Nähe der Constitution. Carlos mochte dieses Quartier nicht, er bevorzugte die Osten, eine bessere Luft, Bäume. Sein Wunsch wäre es gewesen, in Villa-del-Parque zu leben; wenn er heiratet, wird er vielleicht eine Wohnung mieten in dieser Gegend, sein angeheuer Schwegel hatte versprochen, ihm zu helfen, und da er ein Heilmittel in den Beziehungen war, konnte er sein, dass er ihm etwas zuhalten konnte. — Ich weiss nicht weshalb, aber ich habe das Gefühl, dass ich mein ganzes Leben in der Gegend von Constitution verbringen werde. Es ist eigentlich gar nicht so schlecht. Und wenn eines Tages...

Sie sah, wie sich die Türe öffnete, und sah den jungen Mann und beinahe überrascht an, wie er ihr zulächelte, indem er aufstand: Sehen Sie, wie die Zeit vergeht, während man plaudert. Die Dame grüsst sie liebenswürdig, sie schien so zufrieden, gehen zu können, jedermann sah jünger aus und leichter beim Hinausgehen, wie wenn man ihnen ein Gewicht von oben genommen hätte, die beendigten Formalitäten, eine Sorge weniger und draussen die Strasse, die Cafés, wo sie vielleicht eintreten würden auf ein Glas oder einen Tee, um sich wirklich, wahrhaftig auf der andern Seite des Wartsaals und der Formalitäten zu fühlen. Die Zeit schien ihr jetzt länger, obschon, wenn alles so weiterging, würde Carlos sehr bald wieder herauskommen, wenigstens wenn sich die Sache nicht dahinschleppte, weil es das zweite mal war und weil weiss, auf welche Formalitäten er ein Anrecht hatte.

Si verstand zuerst nicht, als sie die Türe aufgehen sah, und der Angestellte ihr ein Zeichen mit dem Kopf machte, damit sie eintrete. Dann dachte sie, dass es so sei, dass Carlos noch Papiere auszufüllen habe und dass man sich während dieser Zeit mit ihr beschäftigen werde. Sie grüsst die beiden, die Formalitäten ins Büro, Kaum war sie eingetreten, als sie ein anderer Angestellter auf einen Stuhl verwies, vor einem schwarzen Tisch. Es gab mehrere Angestellte im Raum, nur Männer, aber sie sah Carlos nicht. Auf der andern Seite des Tisches betrachtete ein Angestellter von kranklichem Aussehen den Zettel, der in die Augen zu heben, streckte er die Hand aus, und Maria-Elena verstand zuerst nicht, dass er ihre Einladung verlangte, dann begann sie mit einiger Hast nach ihr zu suchen, und Entschuldigungen murmelnd, nahm sie sogar zwei der drei Sachen aus ihrer Tasche herauszunehmen, bevor sie das gelbe Papier fand. — Füllen Sie das aus, sagte der Angestellte, indem er ihr ein Formular hielt. Mit Grossbuchstaben, gut leserblich. Die gewöhnten Dummheiten, Name, Vorname, Alter, Geschlecht, Wohnort. Während sie schrieb, spürte Maria-Elena, dass etwas sie störte, irgend etwas, was unklar war. Nicht das Blatt, welches einfach auszufüllen war; irgend etwas ausserhalb, was fehlte oder was nicht auf seinem Platz war. Sie hörte auf zu schreiben und schaute umher, die andern Tische, an denen die Angestellten arbeiteten oder miteinander sprachen, die schmutzigen Wände mit den Plakaten und Photos, die beiden Fenster, diese Tür, durch welche sie



Julio Cortázar: Ein Schriftsteller, der sich der sozialen Verpflichtung bewusst ist

hereingekommen war, die einzige des Büros. Beruf und die punktierte Linie, automatisch füllte sie die weisse Stelle, die einzige Türe des Büros, und Carlos war nicht hier. Die Gestalter in Grossbuchstaben, gut leserblich.

Als sie unterschrieben hatte, schaute der Angestellte sie an, wie wenn sie zu viel Zeit gebraucht hätte, den Zettel auszufüllen. Er musterte den Zettel einen Augenblick, fand nichts daran auszusetzen und legte ihn in ein Dossier. Es folgten einige Fragen, einige waren unnötig, weil sie schon darauf geantwortet hatte auf dem Zettel, aber andere über ihre Familie, über ihre Wohnungswechsel in den letzten Jahren, ihre Versicherungsverträge, ob sie viel reise und wohin, ob sie einen Pass besitze oder im Sinn habe, einen zu verlangen. Es schien niemand sehr an ihren Antworten interessiert, auf jeden Fall schrieb sie der Angestellte nicht auf. Unerwartet sagte er zu Maria-Elena, dass sie gehen könne und dass sie in drei Tagen wiederkommen müsse, um 11 Uhr, sie würde keine schriftliche Einladung erhalten, aber sie dürfe es nicht vergessen. — Ja, mein Herr, sagte Maria-Elena im Aufstehen, Donnerstag um 11 Uhr. — Bis zum nächstenmal, sagte der Angestellte, ohne sie anzusehen.

Es war niemand im Korridor, und um ihn zu durchlaufen, hatte sie dieselbe Eile wie die andern, den gleichen Erleichterungseufzer, dasselbe Verlangen die Strasse zu erreichen, und dies alles hinter sich zu lassen. Maria-Elena öffnete die Türe, und beim Hinuntersteigen

Pablo Neruda über Julio Cortázar

«Wer seine Werke nicht liest, ist verloren. Sie nicht zu lesen ist eine schwere, schlechthelbe Frankheit, die mit der Zeit schreckliche Folgen haben kann. Ähnlich wie jemand, der nie einen Pfirsich gekostet hat, er würde langsam melancholisch werden und immer blässer, und vielleicht würden ihm nach und nach die Haare ausfallen.»

dachte sie wieder an Carlos, es war wirklich merkwürdig, dass Carlos nicht herausgekommen war wie alle andern. Es war um so merkwürdiger, als dass das Büro nur eine einzige Türe hatte. Sicher hatte sie nicht richtig geschaut, weil es nicht möglich war, der Angestellte hatte die Türe geöffnet und sie eintreten lassen, und Carlos hatte sie nicht gekreuzt, er war nicht herausgekommen wie alle andern, der Mann mit den roten Haaren, die beiden Frauen, alle andern, alle ausser Carlos.

Die Sonne brach sich am Trottoir, es war Lärm und Luft über der Strasse. Maria-Elena machte einige Schritte und blieb bei einem Baum stehen, an einem Ort, wo es keine parkierten Autos gab. Sie betrachtete die Türe des Gebäudes, sagte sich, dass sie ein Weichen warten werde, um Carlos herauszutreten zu sehen. Es war unmöglich, dass er nicht herauskam, sie waren alle herausgekommen, als sie die Formalitäten erledigt hatten. Sie dachte, dass es vielleicht länger dauerte, weil es bei ihm das zweite Mal war, das war vielleicht doch der Grund. Trotzdem, es schien so verwirrend, ihn nicht im Büro gesehen zu haben, vielleicht gab es eine durch Plakate verborgene Türe, etwas, was ihr entgangen war, aber jedenfalls war es merkwürdig, weil alle durch den Korridor herausgekommen waren wie sie, alle jene, die zum ersten Mal kamen, waren durch den Korridor hinausgegangen.

Bevor sie weiterging (sie hatte ein Weichen gewartet, aber sie konnte nicht unendlich lang dableiben), dachte sie, dass auch sie am Donnerstag wiederkommen müsse. Es könnte also sein, dass man auch sie auf einer andern Seite herauslassen konnte, obwohl sie weder wusste, was unklar war. Sie wusste es nicht, natürlich, aber wir, wir wissen es, wir, wir werden sie erwarten; sie und die andern, rauchend wie die Kamäne und plaudernd, während der Neger, einer der vielen Morgenkaffees zubereiten wird.

Aus dem Französischen übersetzt von Christine Miserez

Kann man die Information auf Zahlen reduzieren — auch wenn diese noch so ungeheuer sein sollten —, um das Elend zu messen und den Schrecken, die ökonomischen Umwälzungen, die Unterentwicklung, den politischen Mord und die Effizienz der Todesmaschinen? Oder die rationalen und geschlecht konstruierten Analysen, die die strategischen Beziehungen und die Handelsbeziehungen beinhalten, die Bündnisse und die Regierungsstrukturen, die Machtquäntel und die gängigen Ideologien? Weil diese Analysen sich um die Genauigkeit der Aussagen kümmern müssen und es gleichzeitig ablehnen, die mehr und mehr komplexen Realitäten allzusehr zu vereinfachen, münden sie schliesslich oft in Abstraktionen. Die aber lassen den Menschen aus, verfallen so gründlich die Sicht der konkreten Welt. Aus diesen Überlegungen heraus hat der «Monde diplomatique» für einmal nicht einen Journalisten, sondern den argentinischen Schriftsteller Julio Cortázar um eine «Berichterstattung» aus seinem Land angefragt. Denn: Die Diktatur des General Videla in Argentinien ist nicht nur ein schönes Thema für politikwissenschaftliche Lehrbücher. Sie ist auch der Brief, den Frau Pérez Esquivel am 8. April dieses Jahres an die Junta geschrieben hat: «Mein Mann ist am 5. dieses Monats im Department der Bundespolizei verhaftet worden, wohin er wegen eines Verfahrens betreffend seinen Pass vorgeladen worden war. Im Moment, wo er ihn zurück erhalten sollte, rief man ihn in ein anderes Büro; seitdem weiss man nichts mehr von ihm.» Wir haben die Kurzgeschichte Cortázars aus dem «Monde diplomatique» übernommen.

Julio Cortázar, geboren 1914, lebt seit 1951 in Paris, ist Argentinier. Auf deutsch sind folgende Werke erhältlich (alle Suhrkamp-Verlag): — Album für Manuel (Roman) — Ende des Spiels (Erzählungen) — Das Feuer aller Feuer (Erzählungen) — Geschichten der Cronopien und Famen — Rayuela (Roman, erscheint demnächst)

er nicht wusste, was anfangen damit, und die alte Dame seufzte zustimmend erfahren. Sie war eben im Begriff, ihr Flaschen zu versorgen, als sich die Türe hinten öffnete; die andere Dame trat heraus mit einer Miene, um die sie alle beneideten, dann ihr mitlediges «Aufwiedersch», als sie die Ausgangs-

soziales/philosophie

Hausbesetzung in Bern

Es Gsetz für d'Chatz

Im verschlafenen Bern hat auf Initiative der POCH im Nordquartier die erste Hausbesetzung seit Jahren stattgefunden. Ein massives Polizeiaufgebot hat ihr nach zehn Tagen ein Ende gesetzt. Zwei Quartierbewohner und Mitbesitzer berichten, warum es ging, und versuchen, eine Bilanz zu ziehen.

Ab/Ps. Auch in Bern arbeiten Spekulant und Baunternehmer seit Jahren systematisch an der Zerstörung unseres Lebensraumes. Eine Abbruchwelle v. a. im Längsquartier hatte zu grosser Empörung und 1973 zu einer Hausbesetzung geführt, so dass in der Folge vom Parlament ein Gesetz geschaffen werden musste, welches spekulative Abbrüche eindämmen sollte: das «Gesetz zur Erhaltung von Wohnraum» (GEW, 1976).

Dennoch: Im Nordquartier ist die Abbruchhysterie seit letztem Jahr erst richtig ausgebrochen. Als bekannt wurde, dass auch das «Restaurant Spitalacker», eine äusserst beliebte Quartierbeiz, und das danebenliegende Wohnhaus, beides sehr gut erhaltene, z. T. kürzlich noch renovierte Gebäude, abgerissen werden und einem hässlichen,

teuren Neubau weichen sollten (Miete 4-Zimmer-Wohnung vorher: 400 Fr., 1-Zimmer-Wohnung nachher: 465 Fr.), regte sich der Widerstand: Stadtpräsident Tschopp hiess sich verhängte schliesslich in Anwendung des GEW über die beiden Häuser ein Abbruchverbot. Die beiden Rekursinstanzen, welche sich in der Folge mit dem Fall beschäftigen mussten (Regierungsstatthalter und Verwaltungsgericht), schlugen sich jedoch auf die Seite des Bauherrn Badertscher und desavouierten die Gemeindebehörden: Die Wohnungen befanden sich in einem unzumutbaren Zustand, die Gebäude passten städtebaulich nicht mehr in die neue Umgebung (der spekulativen Neubauten), und überhaupt schütze das GEW nicht billigen Wohnraum, sondern nur Wohnraum schlechthin, und dieser bleibe mit

dem Neubau erhalten. Damit erhielt Badertscher grünes Licht, und für die Umgebung des neuen Gesetzes war ein Präzedenzfall sondergleichen geschaffen.

Mit der Quartierbevölkerung

Als letzter Rettungsversuch wurde nun von der POCH auf den 13. August eine Besetzung der gefährdeten Häuser organisiert. Mit Flugblättern und Plakaten, Diskussionen mit der Bevölkerung, Hausbesichtigungen, Versammlungen und kleinen Festchen im Restaurant wurde versucht, die Quartierbevölkerung einzubeziehen. Und tatsächlich war das Echo sehr positiv. Dies äusserte sich vor allem in den zahllosen Gesprächen während der ganzen Besetzungszeit und durch viele Spenden und Geschenke (v. a. Nahrungsmittel). Selbst die konservative Berner Presse reagierte vorerst erstaunlich verständnisvoll auf die Besetzung. Später wurden die Artikel zunehmend gehässiger (Eingriffe überordneter Stellen?). Die Bevölkerung jedoch war bis zum Schluss den Besetzer freundlich gesinnt.

Bemerkenswert am Ablauf der Besetzung ist die Art und Weise, wie die Besetzer unter militärischen Seiten nach und nach eingekesselt wurden:

- durch ein Schreiben des Regierungstatthalters, der unter Androhung polizeilicher Massnahmen den Getränkeausbank bei der Beiz unterbinden wollte;
- durch den Versuch von beauftragten Bauarbeitern, die schönen Kastanienbäume der Gartenwirtschaft zu fällen (durch mehrmalige Baumbesetzung konnte dies verhindert werden);
- durch ein Anzeige-Badertschers wegen Hausfriedensbruchs;
- durch polizeiliches Registrieren der Besetzer mittels Ausweiskontrollen (bei jedem Betreten des Hauses oder Gartens);
- durch die PTT, welche die Telephonapparate aus dem Haus holen wollte;
- durch ein Kommando von Badertscher-Arbeitern, welche das Haus gewalttätig aufbrachen, Installationen zertrümmerten und Apparate herausriissen;
- durch die Städtischen Verkehrsbetriebe, welche gleichzeitig mit der Besetzung eines Billettautomaten auch noch die Stromzufuhr zum Haus unterbrachen;
- durch Handreichung eines benachbarten Spekulanten bei den Vorbereitungsarbeiten zur Räumung.

60 Grenadiere gegen 6 Besetzer

Nach insgesamt zehn Tagen war es soweit: Am 23. August, um 3 Uhr morgens räumten gegen 60 Polizeigrenadiere in voller Ausrüstung, gesäumt von einem Trupp gewählter Überläufer, das Haus von den 6 Besetzern, die sich zu diesem Zeitpunkt darin befanden. Etwas später riss der Bagger die Bäume nieder und machte sich an die Zerstörung der Häuser. Das Kapital hatte recht behalten – gegen das geltende Recht.

Es ist ein eindeutiges Verdienst der POCH, die Initiative zu dieser Besetzung ergriffen zu haben. Rückblickend muss am Vorgehen der Besetzer jedoch einiges kritisiert werden: Der Alleingang der POCH bei der Vorbereitung und Durchführung der Besetzung verhinderte doch wesentlich die Koordination mit andern interessierten Gruppen; durch die bewusste Begrenzung der Besetzerzahl im Hause auf etwa 6 Leute wurde die Möglichkeit zu einer breiteren direkten Unterstützung der Besetzung nicht ausgenutzt; die Übergriffe Badertschers und seiner Helfershelfer wurden zuwenig konsequent abgewehrt (was zum Teil auf den vordern Punkt zurückzuführen ist).

Trotz dieser Kritik ist es bedenklich, dass so wenige Linke ausserhalb der POCH sich zur Teilnahme an der Besetzung entschliessen konnten. Solidarität wäre nötig gewesen und hätte es zudem erlaubt, gemeinsam Fehler zu vermeiden oder zu korrigieren.

HAUTERGRUND

(dmb) In einem offenen Brief an Fernseh-Programmdirektor Guido Frei protestierte das Demokratische Manifest (DM) gegen die verstümmelte und «eingepackte» Ausstrahlung des Dindo/Meienberg-Films «Die Erschliessung des Landesverträgers Ernst S.» («das konzept», Nr. 6/77). Die Programmredaktion antwortete nun dem DM. Fazit des zweiseitigen Frei-Briefes: Die gestellten Fragen bleiben unbeantwortet, die Probleme offen. Vier DM-Fragen (nach den Kürzungen im Film, der polemischen Einführung Prof. Dürrenmatts, der Verbannung der Filmautoren von der TV-Diskussion sowie der nazifreundlichen Vergangenheit von Dürrenmatt) lässt Frei unbeantwortet: «Ich habe daher keine Veranlassung, Ihnen weitere Beweggründe anzugeben für Entscheide, die im Rahmen der redaktionellen Verantwortung zu treffen waren.»

Immerhin gesteht Frei dem DM das Recht zu, «sich kritisch zu unseren Programmentscheidungen und -leistungen zu äussern». Dies, die Ansicht, dass die Verantwortlichkeiten in der Beurteilung dieses Dokumentarwerkes sind gebrochen, die sich nicht allein politisch begründen lassen. Das Generationenproblem bietet sich an, die Toleranz der Generationen und das Verständnis. Und wer hier tolerant ist, sagt Frei auch gleich: nämlich die ältere Generation, die einmal den Film ausstrahlte und zu dem für «diese neue Weise der Geschichtsbetrachtung» Verständnis forderte. So weit die «Alten», mit ihnen Guido Frei. Für die «Jungen» heisst das, «dass sie genügend anerkennen, dass andere als neutral: er kandidierte 1935 auf der Liste der Nationalen Front. Als er fünf Jahre später als Korrespondent für die «Schweizerische Mittelpresse» nach Berlin zog, lobte ihn SS-Sturmbannführer Hügel als «loyalen» Journalisten und nach dem Widerstand als «Genugtuung» zur Kenntnis. Dürrenmatt ist der Experte nicht, als den ihn die Fernsehbosse uns vorgaukeln wollten. Doch das ist für Frei Demokratie. Toleranz. Er definiert in seiner Antwort an das Demokratische Manifest die Demokratie als das Bestehen, gegenseitliche Ansichten zur Kenntnis zu nehmen. Nur: was Dindo/Meienberg filmten, sind keine Ansichten, sondern

Berliner Hefte



Die «BERLINER HEFTE» sind eine relativ neue Publikation (November 76 erschien Heft 1). Sie verstehen sich nicht als eine weitere kulturpolitische Zeitschrift, sondern wollen der lähmenden Trennung von Kultur und Politik, Kunst und Wissenschaft entgegenwirken. Die «BERLINER HEFTE» wollen keine abstrakte Linie propagieren, sondern einen Beitrag zur Überwindung verfestigter Positionen in der politischen Landschaft leisten. Mit einer aktuellen Berichterstattung, durch die schwerpunktmässige Diskussion ausgewählter Fragestellungen sowie durch künstlerische Beiträge (Gedichte, Lieder, Malerei) soll ein breites Spektrum der politischen und kulturellen Realität heute aufgegriffen werden. Damit richten sich die «BERLINER HEFTE» an einen politisch engagierten Leserkreis, der – keineswegs auf Berlin beschränkt – im Klima der Angst und der Berufsverbote den Geist des demokratischen Widerstands wachhalten will.

Heft 2 Intellektuelle und Volkstümlichkeit: Freupflicht in neuen deutschen Staaten; Zur Ausbürgerung von Wolf Biermann; Volkstümlichkeit. Tilo Medek: Komponist und Persönlichkeit in der DDR. Der Bauernführer Zapata im Blickwinkel mexikanischer Künstler. – Ursprünge der Country-Musik. – Tili Eulenspiegel – ein plebeischer Bürger?

Heft 3 Sozialismus minus Stalin? Interview mit Charles Bettelheim; Zur Stalin-Frage. – Bildende Kunst in der UdSSR: Vom Revolutionismus zum sozialistischen Staatsakt. – Thesen zu den Säuberungen der 30er Jahre in der UdSSR. – China: Wer gegen wen? Li Yi Zhe. Aus einer Wandzeitung.

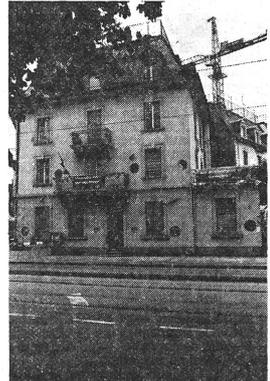
Heft 4 Wer herrscht eigentlich in der DDR? Wehrdienstverweigerer in der DDR. – Die Nationale Volksarmee. Zum militärpolitischen Verhältnis zwischen der DDR und der UdSSR. – Kaderakte – Unterdrückungsinstrument in der DDR. Mitbestimmung im VEB. – Bürgerprotest gegen Atomkraftwerke. – Interview mit J. und C. Brovelli zur neueren Entwicklung in der VR China.

(In Vorbereitung:) Heft 5 Lebensläufe nach '45 Lebensmuster. Verschiedene Schwierigkeiten bei der Aneignung langster Geschichte. Gegen die Geschichtlosigkeit des Bürgertums: Biographische Zugänge. – Sonhe und Vater. – Über Christa Wolfs «Kindheitsmuster»: Leibarbeit von Leben, Erwartungen und Wirklichkeit. Lebensläufe von Arbeitslosen.

Heft 6 Die Volksrepublik China und die westeuropäische Linke. Heft 7 Frauenkampf/Klassenkampf Heft 8 Intelligenz und Klassenkampf Heft 9 Nach der Befreiung – Antimperialistische Solidarität heute Heft 10 Wissenschaft und Sozialismus

unter fragwürdigen Umständen Geschrieben. Dies, die Ansicht, dass nicht vom Fernsehen und mit Dürrenmatt runderum montiert, mit parteiischen «Experten» also, mit Diskussion ohne die Filmatoren.

Auf den zentralen Dürrenmatt-Punkt des DM-Briefes aber geht Frei schon gar nicht ein, auch diese Klippe umschiffert er scheinbar elegant. Er ist nicht erstaunt darüber, dass Dürrenmatt die Frage der Einführung der Todesstrafe vor den Film setzte, sondern erstaunt über das DM, das ebendiese Absichtserklärung von Dürrenmatt kritisiert. Und zum Schluss – und dies macht ein Drittel des Briefes aus – folgt noch die Umarmung, denn Frei teilt «Ihre Sorge um die Meinungsfreiheit», denn das mit dem Persönlichkeitsschutz müsste abgeklärt werden, dazu aber habe das Fernsehen vor der Ausstrahlung keine Zeit gehabt. Der dem Fernsehen übertragene Auftrag – immer wieder gerne zitiert – verlangt es von den Verantwortlichen, sich jeder Einflussnahme zu widersetzen, auch «jenen, die vom Fernsehen erwarten, dass es sich vorbehaltlos in den Dienst der Multiplikation von Botschaften stellt, deren Ziel die Agitation und nicht die Information ist». Dass aber gerade Prof. Dürrenmatt vor dem Film in seinem Elaborat massiv agitiert, keineswegs aber informiert und argumentiert hat, davon keine Rede, dafür gibt es ja die demokratische Toleranz. Bei einem bleibt irret sich treu: Seine Antwort bleibt dürr, matt, sie hinterlässt einen bitteren Geschmack.



Polizeigrenadiere verteidigen die Umgehung der Wohnschutzgesetzgebung



Ernst Bloch

Der aufrechte Gang

Am 4. August starb in Tübingen der Philosoph, der grosse Marxist Ernst Bloch. Im folgenden ein Bericht von Blochs Assistent Beat Dietschy und Ursula Beerli.

Das Echo auf den Tod Ernsts Blochs war gross. Betroffenheit bei den Freunden des bis zuletzt aktiven Denkers, der für uns einer der treuesten und unermüdetlich kritischen Zeitgenossen war. Für andere die peinliche Notwendigkeit, über den Tod Ernsts Blochs nicht einfach mit Stillschweigen hinweggehen zu können – wie es im östlichen Teil Deutschlands allerdings geschehen ist. Sie mussten ihn mindestens als grossen Philosophen und Literaten würdigen, der, wie Filibinger schrieb, für Theologie und Marxismus befruchtend wirkte. Immerhin auch lange Beileidsgramme von Willy Brandt, Vetter und Eppler, Todesanzeigen nicht nur vom Verlag, sondern auch vom Sozialistischen Büro, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft u. a. Das erfreulichste und eigentlich Bloch gemässe Echo kam aber von seinen der Studenten. Die Universität Tübingen wurde in ihrem 500. Jahr zur «Ernst-Bloch-Universität» umbenannt (bisher hiess sie nach dem Feudalherren Tübingens Eberhard Karls-Universität). So stand am Sonntag in sauberen schwarzen Lettern der neue Name über dem Eingang zur Uni, Symbol für den studentischen Willen, an diesem Orte im Sinn Ernsts Blochs politisch und philosophisch zu handeln, sein Erbe weiterzutragen. «Geschlagen ziehen wir nach Haus, unsere Enkel fechten's besser aus» war ja das Lied der aufständischen Bauern von 1525, das Bloch so gern und oft zitierte. Die Inschrift an der Uni – nach dem Vorbild der auf Ossietzky-Universität umbenannten Oldenburger Uni – ist von

vielen sehr positiv aufgenommen worden. Nicht so von offizieller Seite: Bereits am Tage nach der Beerdigung bezieht sich die Universität, sich der unbequemen Anspielung auf ein mögliches Veränderwerden im Sinn Blochs zu entledigen. Gleichzeitig mit der schon Monate alten Aufschrift «brot brecht bass für das Neuphilologium, die sich schon eint gebürgert hatte als Bezeichnung, wurde sie entfernt.

Ganz anders agierte Ludwigshafen, Blochs Geburtsstadt: ein Platz dieser Stadt soll künftig Blochs Namen tragen; Ähnliches wurde sogar in Stuttgart vorgeschlagen, das mit Bloch nie viel zu tun hatte.

Andere wiederum reagierten nervös: Baron von Freytag gen. Löringhoff, der Dekan des philosophischen Fachbereichs, war so betroffen von der «Ernst-Bloch-Universität», dass er seine Wit über die «ganze Bloch-Brut» (wie er sagte) dem Schwäbischen Tagblatt gegenüber keineswegs verheimlichte. Nachdem diese darüber eingermessen offen berichtete, kam es zum Streit, der zusammen mit andern Querelen – andere Kollegen waren beleidigt, dass sie nicht sprechen durften – den eigentlichen Anlass beinahe aus dem Gesichtskreis zu verdrängen drohte. Wenn nicht spontan Prof. Fahrnback noch eingeschritten wäre, hätte an der Beerdigung keiner vom Fachbereich Philosophie, an dem Bloch 16 Jahre lang lehrte, ein Wort gesagt.

Ganz anders die Studenten, denen Bloch ebensolange Lehrer, Freund und Genosse gewesen war. Sie ehrten ihn mit einem Fackelzug am Abend der Beerdigung, mit über 3000 Teilnehmern. Am studentischen Klubhaus war zu lesen: «Wir trauern um unsern Genossen Ernst Bloch. Wir gehen aufrecht weiter. Die konkrete Utopie wird Wirklichkeit.»

Bloch war immer einer der Ihren. Als ihm zu seinem 90. Geburtstag vor zwei Jahren der Ehrendoktor der Universität verliehen wurde, unterstützte er die studentische Aktion gegen Berufsverbote und für die Entreise chilenischer Flüchtlinge, was den «Festakt» in einen politischen verwandelte – Bloch grüsste die anwesenden Studenten mit erhobener Faust. So war es immer – untragbar war für ihn das Kriegsende in der Schweiz, untragbar war er, als er 1933 zum zweiten Mal kam, aus der amerikanischen Emigration ging er in die DDR, die ihm schon 7 Jahre danach jegliche Aktivität verunmöglichte, in seiner letzten Emigration, in kapitalistischen Westen wurde er schliesslich zu einem der engagiertesten, vorhabellosten und intelligentesten Kämpfer gegen Notstandsgesetze und Vietnamkrieg. Noch mit 88 Jahren trat er als Redner auf gegen den Schwangerschaftsparagraphen 218 und gegen politische Entziehung, also für den aufrechten Gang an der Hochschule. So schickte die Studentenvertreter ihre Gedankrede wirklich zu Recht mit den Worten: «Wie fern sind uns manche, die leben. Wie nah sind uns manche, die tot sind!»

Von Bloch können wir lernen, wenn es um unorganisierte aber adäquate, sozialistische Politik geht, die den Ansprüchen ihrer eigenen Geschichte zu erzählen vermag. Er, der Denker des Ziels, der stets die Fragen des Wohin und Wozu gegen jede verdinglichte ökonomische Rede ins Feld führte, er hat das Nächste und scheinbar Unbedeutende auch politisch nie vergessen. Fragen waren ihm das Wichtigste: Wer sind wir? Was geht in uns vor? Was hoffen wir? Aber auch: Zu wem spreche ich? Und wer hört zu? Wer hat noch den Nutzen davon? Sozialismus als Lernprozess. Nachdem ihm soundsoviel Ehrungen Anfang der siebziger Jahre zuteil wurden, fragte er uns wiederholt: Habe ich etwas falsch gemacht? Oder aber, den Engelschen Satz zitierend, dass das Essen der Beweis des Puddings sei: das praktische Verhalten und die reale Veränderung sind der Prüfstein für die marxistische Theorie. In dieser Rücksicht oder eher besser Voraussicht und Vor-sicht muss etwa auch gefragt werden: aus dem Citoen der Französischen Revolution kam der Bourgeois heraus – was wird aus dem Genossen? Daher ging es Bloch stets darum, den Widerstand (als Utopische seines Marxismus aus), dafür zu sorgen, dass der Sozialismus zur «Kenntlichkeit» verändert werde, dass er wirklich die Sache der Mühseligen und Beladenen, aber auch die der Ermüdeten und Beleidigten verleihe. So hat er uns gelehrt, über den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital zum Beispiel nicht die Widersprechenden zu vergessen, über dem Produkt (dem allem, was wir vorfinden) nicht die Produzierenden und über allem nicht das Wortzuführen, denn der Sozialismus ist nicht eine Utopie, sondern das Novum einer konkreten Utopie. Beat Dietschy, Ursula Beerli

Der Staatsschutz liest uns. Monat für Monat. Sie auch?

«das konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren 30% Rabatt (Ausweiskopie belegen). Aus technischen Gründen laufen die Abo's stets bis Ende Jahr. Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen) Oktober 77 bis Dezember 78 (15 Monate) für 20 Fr. (Ausland 24 Fr.) zum Schülerpreis von 14 Fr. (Ausweiskopie belegen!) zusammen mit dem «Zitieren» (Oktober 77 bis Februar 78) für 14 Fr. Umsetzungsabonnement (doppelter Betrag)

Name: _____ Datum: _____
Adresse: _____
PLZ, Ort: _____
Beruf: _____

Talon einsenden an: «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich
Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das konzept» über einen Bekannten* als Probenummer* (am Kiosk* auf ein Inserat in nachfolgender Zeitung hin*). Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort* (Zutreffendes unterstreichen):
Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n):
dk 77/9

Gespräch mit A. Mazzone über die Politik der Kommunistischen Partei Italiens

«Es regnet, Schuld haben die Kommunisten!»

Wie sieht eine kommunistische Partei Westeuropas, welche bereit ist, die Regierung des Landes zu übernehmen, den geschichtlichen Verlauf? Mit dieser Frage im Hintergrund führten wir ein Gespräch mit dem italienischen Professor für Geschichte der Philosophie in Rom und KPI-Mitglied Alessandro Mazzone.

wärtigkeit dieses Theoretikers in den Aussagen Mazzones, sondern auch die Überlegenheit und Klarheit in der Analyse der italienischen Situation, welche vor allem eine Situation der Krise ist.

In der Schweiz ist man es sich nicht gewohnt, dass ein Denker, und obendrein ein nicht einfach zu verstehender Denker, in breiten Kreisen der politisch aktiven Bevölkerung präsent ist wie Gramsci in Italien.



Antonio Gramsci

Mit A. Mazzone, der auf Einladung der POCH in Zürich, Bern und Basel Vorträge hielt, sprach Ruedi Kiing.

Dörfern schnell die «Via Gramsci» gefunden hat, sondern sie bedeutet, dass seine Begriffe und Analysen in der grossen italienischen kommunistischen Partei intensiv diskutiert werden.

Alessandro Mazzone: «Gramsci denkt die Möglichkeit der Revolution aus und in einem Zusammenhang, wo die herrschende Klasse, speziell die italienische Bourgeoisie, historisch abgewirtschaftet hat.»

gesprochen, die wirtschaftliche Entwicklung das wichtigste, die grossen Investitionen, die ökologischen Probleme, Atom usw., usw., dass diese Entscheidungen ausserhalb des Parlamentes und im allgemeinen ausserhalb des demokratischen Willensbildungsprozesses stattfinden.»

In den Analysen der italienischen Kommunisten wird deutlich, dass die Krise eine Krise der gesamten Gesellschaft ist, eine Krise des Systems.

Wichtige Entscheidungen geschehen nicht mehr im Parlament

Aber auch politisch wird offenkundig, dass die tradierten Formen des liberal-demokratischen Parlamentarismus die wirklichen politischen Entscheidungen nicht mehr in sich enthalten, dass, gross

Schulen, der Bildung etc. auf die Produktion.»

Sonnenuntergang des Bürgertums ist da

Diese Verflechtung führt zur eigentlichen Frage, wie werden in einem modernen Staat die Menschen zueinander kapitalistisch erzogen? Aber dieser Frage steht die andere gegenüber: Wie werden die Menschen kommunistisch erzogen? Das heisst, auf welche Weise gelingt es der Partei, welche sich nur als Teil der Masse versteht, eine neue Lebensweise zu schaffen.

Wir sind verantwortlich für die ganze Nation. Wenn man es lustig ausdrücken will: Es gibt ein altes italienisches Sprichwort: «Es regnet, die Schuld hat die Regierung.» Es ist das Ergebnis einer anarchoiden Situation, Italien war lange kein Staat.

Die Macht kann nicht aufgepöppelt werden

Der Übergang aber zur, wie Gramsci sagt, Hegemonie der Arbeiterklasse, welche die Hegemonie des Bürgertums

ablässt, muss in einem kapitalistisch hochentwickelten Land anders sein, als er in Russland 1917 war. 1936 ist das Wort vom «italienischen Weg zum Sozialismus» geprägt worden, schon damals mit den Implikationen einer breiten demokratischen Basis, schon damals mit der Implikation, dass die Kommunisten alleine es nicht schaffen würden.

Gramscis Analyse ist eine Analyse der Gesamtgesellschaft und die Vorstellung, dass man jetzt dieser Gesellschaft eine staatlich-polizeilich-partielle Macht aufpropfen könnte, die der gesamten Gesellschaft die Lebensform diktiert, ist Gramsci nicht nur fremd, ich glaube, so etwas ist lächerlich. Das gibt es nicht.

Die Kommunistische Partei Italiens erzielte 1975 grosse Wahlerfolge. Sie war aber deshalb auch konkret mit der Aufgabe des Regierens konfrontiert. In Tausenden von Städten und Gemeinden musste sie ihre besten Leute dem Staat «leihen». Aber dies birgt auch Gefahren in sich, denn es sind nicht nur einzelne Menschen, es ist ein ganzer Körper von Kadern, der es nun durch Erfahrung lernen muss zu regieren und auch die alltägliche Kleinarbeit zu verrichten: in der Stadtverwaltung die Leute einstellen, zu sehen, dass die Busse fahren usw. Dinge, welche normal sein sollten, es aber bei den Christdemokraten nicht mehr sind.

Und aber gleichzeitig die Erfordernisse der Massen, die weit über dieses Minimum an Effizienz hinausgehen, weil sie in der Krise des Gesamtsystems, weiterhin politisch auszurücken und ihnen eine Perspektive zu liefern.

«Ich erinnere mich an einen berühmten Satz, Lenins: «Solange die Köchin nicht gelernt hat zu regieren, solange gibt es keine Demokratie.» Wenn der Historische Kompromiss bedeuten sollte, dass wir der italienischen Bevölkerung etwas einträglichere und erträglichere Lebensverhältnisse schaffen, und die Leute dann nach Hause gehen, dann sind wir verloren.»

fern. Tut man das nicht, tut man letzteres nicht, dann ist empirisch – und im Lokalen ist das sicher auch vorgekommen – die Gefahr der Sozialdemokratisierung gegeben.

Als ob es genug wäre, dass wir etwa eine dezente Stadtverwaltung liefern. Das ist lebenswichtig. Man darf es nicht unterschätzen... sonst gibt es Cholera wie in Neapel vor zwei Jahren. Aber das ist nicht das letzte Ziel. Das ist ja der Fehler der Sozialdemokraten.



In bezug auf Bildungschancen, Lehrstellen und Arbeitsplätze sind die Bergkantone im allgemeinen und in diesen Kantonen die kleinen Gemeinden ganz besonders benachteiligt. Dass es bei der zürcherlichen Versorgung nicht anders ist, hat die Urner Alternativzeitung klar dargestellt.

Helmut Horten, deutscher Milliardär mit Wohnsitz im Tessin, hat Steuerärger mit den deutschen Behörden. Deshalb gründete er die Stiftung «Villatav». Weil aber eine Stiftung für arme, steuergeschädigte Milliardäre keine Steuerbegünstigung mit sich brächte, formulierte er als Zweck der Stiftung den Einsatz für «alle Bemühungen zum Schutz der menschlichen Gesundheit».

In Lugano wurde der im Einführungsfall Christina Mazzotti mitangeklagte Andina der Hehlerei für schuldig befunden. Das Gericht hielt fest, Andina habe schon vor der Tat keine Bedenken gehabt, einem Kunden der Bank Zusicherungen zu geben, dass der Umtausch von Geld zweifelhafter Herkunft ohne weiteres möglich sei.

Furglers Kunsttheorie: «Die Freiheit der Kunst ist eine Freiheit zur Unbefangenheit auch und gerade denen gegenüber, die dafür verantwortlich sind, dass sich die Kunst, auch die kritische Kunst, zu Markte tragen kann.»

Die Direktion einer Zürcher Firma verpflichtete ihre weiblichen Angestellten, ihre Schwangerschaft im zweiten Monat schriftlich zu melden. Werde das unterlassen, so behalte sich die Firma «einfache Täuschung» das Recht der fristlosen Entlassung vor!

Randbemerkungen zu Alfred Rasser

Am 18. August starb in Basel, 70 Jahre alt, Alfred Rasser. Kaum je in den mehr als vierzig Jahren, die er als Kabarettist auf helvetischen Bühnen stand, hatte er so gute Kritiken wie nach seinem Tod...

Die Rezensenten bürgerlicher Blätter taten sich eh und je schwer mit ihm: Sie lobten seine schauspielerische Leistung, sein komödiantisches Genie in den höchsten Tönen und wiesen im gleichen Atemzug den «subversiven» Gehalt seiner Kleinkunst so entrüestet zurück, als hätte ihnen der Kabarettist einen unsittlichen Antrag gemacht.

Der unbestechliche Moralist und furchtlose Kämpfer war seinen Landsleuten regelmässig zehn oder zwanzig Jahre voraus, und das konnten sie ihm nicht verzeihen: Als Prophet wurde er nie gefeiert, wohl aber als «Nestbeschützer», «Nihilist» und «Moskowiter» verketzert. Seine Informationsreise nach China, 1954, kostete ihn vorübergehend seine berufliche Existenz; Offiziersgesellschaften und Lokalzeitungen

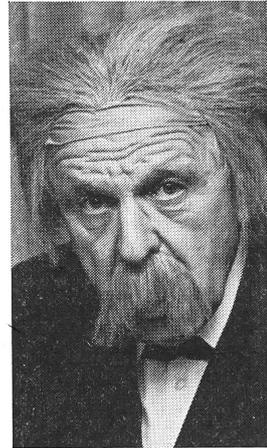
inszenierten Boykott und Volkszorn. Noch 1958 verlangte Theaterdirektor Rudolf Bernhard in Zürich ultimativ die Streichung einer der schönsten Rasser-Nummern, des «West-östlichen Iwan».

Die Entspannung kam trotzdem, von der atomaren Bewaffnung der Schweizer Armee träumen heute bestenfalls noch ein paar Wirkköpfe, und die USA verloren schliesslich ihren gloriosen Vietnamkrieg, obwohl Rassers Andenwurm in St. Gallen und anderswo kräftig ausgebuht worden war.

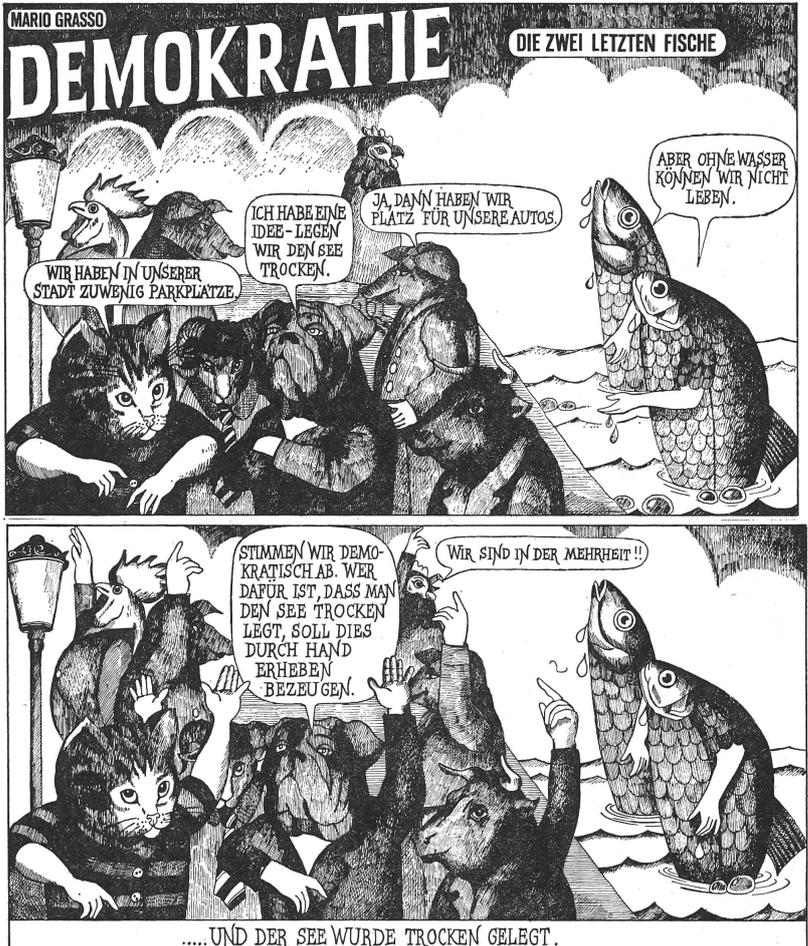
1967 wurde der streitbare Kabarettist in den Nationalrat gewählt, obwohl das «Wiler Tagblatt» allein schon seine Kandidatur als «eine Unverschämtheit, die jedem staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstsein spottete» empfand und Rassers Wähler kurzerhand als «unterentwickelt» apostrophierte.

Mit dem «Läppli», diesem Bruder von Schwegel, durchbrach Rasser die Grenzen, die dem Kabarett als intellektuellem Spass für Eingeweihte und Gleichgesinnte üblicherweise gesetzt sind. Die Figur des «Läppli», der sich dumm stellt, damit er etwas Gescheites sagen darf, führte Rasser zum Volk und zum Erfolg.

Ein grosser Künstler und eine einzigartige, unverwechselbare Erscheinung im Schweizer Kabarett – darüber ist man sich nach seinem Tod einig. Doch selbst jetzt noch begegnet man ihm mancherorts mit gemischten Gefühlen: In einem Nachruf wurde er zum «Sozialisten mit Herz» erkoren (womit auch gleich gesagt ist, dass Sozialisten normalerweise keins haben), und Radio DRS schmückte seinen Beitrag zum Tod des Kabarettisten mit der harmlosesten «Läppli»-Nummer, die im Archiv aufzutreiben war.



Rasser: als Prophet nie gefeiert, vielfach als «Nestbeschützer» verketzert



..... UND DER SEE WURDE TROCKEN GELEGT.

Wirksamer Schutz für Mieter und Pächter – für Dich und mich!

Skiweltmeisterin auf der Strasse!

«Sie war ein Star und hat noch heute treue Fans: Ida Schöpfer, zweifache Schweizer Skiweltmeisterin in Abfahrt und Kombination... Die verheiratete Frau Bieri-Schöpfer wird aus der Wohnung in Schüpfheim geworfen, mitsamt ihrem verfallenen Mann und einem geistig behinderten Kind!» (Am 30. 5. 1974 stand es im «Blick».) Nach dreizehn Jahren muss die Familie ausziehen. Abgesehen von kleinen Meinungsverschiedenheiten, gab es keine ernststen Gründe für die Kündigung. Der Vermieter des Sechsfamilienhauses machte Eigenbedarf geltend.

Ein Einzelfall? Nein. Nur stehen die unzähligen übrigen Mieterschicksale nicht auf der Titelseite einer Tageszeitung. Man glaubt es nicht:

Noch immer kann dem Mieter sein Zuhause, die Wohnung, ohne Grund gekündigt werden!

Ob der Mieter eine masslose Mietzinserhöhung anfechtet oder nicht: wenn es dem Vermieter nicht gefällt, fliegt der Mieter raus: Das ist der typische Herr-in-Haus-Standpunkt.

Beispiel 2

Einige Mieter wollten eine massive Mietzinserhöhung zur «Anpassung an die ortsüblichen Mietzinse» vor der Schlichtungsstelle anfechten. In der unentgeltlichen Rechtsberatung des Mieterverbandes erfuhren die Mieter, dass sie bei einem Misserfolg überhaupt nicht und bei einer erfolgreichen Anfechtung nur für zwei Jahre vor einer Kündigung geschützt seien. Deshalb verzichteten alle Mieter auf eine Anfechtung des Mietzinses. Nur Mieter X. ging vor Gericht. Mit Erfolg.

Daraufhin fragten die übrigen Mieter den Hauseigentümer in einem höflichen Brief an, ob nun auch sie weniger Mietzins bezahlen müssten. Die Antwort des Vermieters: Er kündigte demjenigen Mieter, in dessen Wohnung der gemeinsame Brief unterzeichnet worden war. Dem tapferen Mieter X. wurde nach zwei Jahren ebenfalls gekündigt. – So ist der Mieter heute geschützt! So will ihn

auch das Parlament mit seinem Gegenvorschlag zur Mieterschutz-Initiative «schützen»!

Beispiel 3

Der Vermieter V. verbindet seine besten Weihnachts- und Neujahrswünsche mit der Mitteilung, er müsse «leider» ab 1. Januar mehr Mietzins haben. Mieter Z. macht den Vermieter darauf aufmerksam, dass die Mietzinserhöhung auf einem amtlichen Formular auf den nächsten Kündigungstermin mitgeteilt werden müsse. Eine so massive Erhöhung könne er nicht akzeptieren. Die Antwort des Vermieters: Ich will mir das überlegen. Doch: Nach Neujahr erhält Mieter Z. die Kündigung. Begründung: Eigenbedarf für die Tochter, die sich überraschend verlobt hat.

Der Mieter kann diese Geschichte nicht so recht glauben und wendet sich an den Richter. Dieser entscheidet (man lese und staune!): Die Kündigung ist gültig. Die Möglichkeit einer Erstreitung des Mietverhältnisses ist wegen Eigenbedarfs nicht gegeben.

Mieter Z. zog aus. Neu zog ein anderer Mieter ein, und zwar nicht etwa die Tochter. Der neue Mieter bezahlte den Zins gemäss seinerzeitigem Weihnachtsgruss!

Die Serie solcher Fälle könnte beliebig fortgesetzt werden. Kündigungen, weil der Mieter nicht im Laden des Vermieters einkauft, weil die Kinder vor dem Haus spielen, weil der Mieter die Heizkostenabrechnung beanstandet...

Wie viele Mieter schweigen ganz einfach, weil sie Angst vor der Kündigung haben?!

Wir meinen: Das darf nicht mehr vorkommen. Eine Kündigung soll begründet sein. Ungerechtfertigte Kündigungen sollen aufgehoben werden können.

Das will die Mieterschutz-Initiative!

Pächter auch nicht geschützt

Weil die Mieterschutz-Initiative auch die Pächter vor ungerechtfertigten Kündigungen schützt, kämpfen die Bauern gemeinsam mit den Mietern. Denn: Mehr als die Hälfte der Landwirte ist auf Pachtland angewiesen. Die Pächter sind doppelt gefährdete Mieter: Sie verlieren mit der Kündigung Wohnung und Arbeitsplatz. Deshalb solidarisieren sich die Landwirte mit den «Bauern auf Zeit» und stimmen JA zur Initiative und NEIN zum Gegenvorschlag, der keinen Schutz für die Pächter bringt.

Lesen Sie weiter auf der rechten Innenseite!

Mieterschutz – Gewerbeschutz!

Die Erhaltung eines gesunden Mittelstandes erfordert einen wirksamen Schutz der Geschäftsmieter. Wegen der hohen Investitionen sind vor allem die kleinen und mittleren Betriebe durch eine Kündigung in ihrer Existenz bedroht. Denn: die Situation der Selbständigerwerbenden hat sich verschärft. In den guten Jahren der Hochkonjunktur sind die Mietzinse für Geschäftsräume ins Astronomische gestiegen. Und heute sinken sie nicht – trotz veränderter Marktlage.

Lesen Sie weiter auf der linken Innenseite!

Korrekte Vermieter fürchten nichts!

Die Vermieter, die von Haus aus gewohnt sind, auch die Interessen der Mieter zu respektieren, wissen: «Die Mieterschutz-Initiative schränkt unsere Freiheit nicht ein. Sie bekämpft nur den Missbrauch der Freiheit. Den hemmungslosen «Abreisern» unter den Vermietern muss das Handwerk gelegt werden.» Deshalb unterstützen anständige Hauseigentümer die Mieterschutz-Initiative. Ihr JA ist ein JA für ein gesundes Klima zwischen Mietern und Vermietern.

Lesen Sie weiter auf der rechten Innenseite



Sind die Häuser für die Leute da oder die Leute für die Häuser?

Zwei Millionen Wohnungsmieter, Geschäftsmieter und Pächter!

1973 wurde die Volksinitiative für einen wirksamen Schutz vor ungerechtfertigten Kündigungen und für angemessene Mietzinse (MIETERSCHUTZ-INITIATIVE) eingereicht. Sie hat an Aktualität nichts eingebüsst. Jahrelang wurden die Mietzinse nach oben «angepasst» – innert zehn Jahren haben sie sich verdoppelt! Heute sinken

sie nicht oder nur ganz wenig, obwohl die Hypothekarzinsse um durchschnittlich ein ganzes Prozent herabgesetzt wurden. Und ungerechtfertigte Kündigungen treffen den Mieter mit unverminderter Härte, denn teure Leerwohnungen am falschen Platz sind für ihn kein tauglicher Ersatz. Das Recht des Mieters kommt weiterhin zu kurz.

Die Initiative ist nicht die Sache einer kleinen unzufriedenen Minderheit. 142 000 Mieter haben unterschrieben, 30 000 Unterschriften kommen aus der Landwirtschaft, ebenso viele aus Gewerbetreibenden. Nachdem sich die Parlamentarier mehrheitlich gegen den Kündigungsschutz ausgesprochen haben, bringt nur die Volksinitiative ein ausgewogenes Mietrecht. Sie bringt den gerechten Ausgleich zwischen den Interessen von Mieter und Vermieter.

Wir seien gegen die Staatsordnung, gegen das Eigentum, gegen die Freiheit; wir seien einseitig, extrem. So tönt es aus dem Munde der Mieterschutzgegner. Sie sagen Freiheit und meinen den Missbrauch. Daher verschweigen sie, dass sich unsere Initiative nur gegen ungerechtfertigte Kündigungen und überhöhte Mietzinse richtet. Die anständigen Vermieter haben deshalb nichts zu fürchten.

rechnungsgrundlagen des Vermieters nicht.

Der anfechtende Mieter setzt sich dem Vorwurf aus, er störe das gute Einvernehmen. In vielen Fällen riskiert er die Kündigung.

Demgegenüber ersetzt die Mieterschutz-Initiative das heutige Streitverfahren durch ein Bewilligungsverfahren. Damit wird erreicht:

Der Vermieter muss seine Karten offen auf den Tisch legen. Die Mieterbehörde überprüft, ohne dass Mieter und Vermieter in eine Streitposition gedrängt werden. Damit entfällt der Zündstoff des heutigen Streitverfahrens.

Die Überprüfung der Mietzinse ist garantiert, ohne dass ein durch Kündigungsschutz blockierter Mieter den Anstoss geben muss.

Nicht bewährt

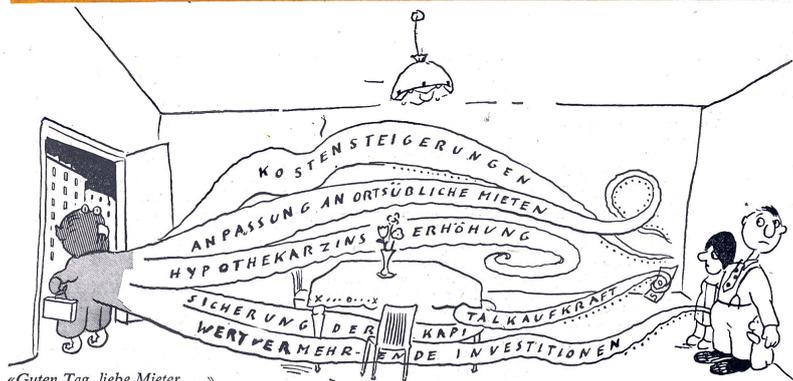
Die Mieterschutz-Initiative zerstöre Bewährtes, warnen die Gegner unserer Initiative. Nur ein ganz kleiner Teil der Mieter sei unzufrieden und wende sich an die Schlichtungsstelle.

Wir aber wissen aus Erfahrung: Der Mieter tappt bei der Mietzinsanfechtung im dunkeln. Er kennt die Be-

Missbrauch der Freiheit

Gewissen Scharfmachern passt das gar nicht. Sie bekämpfen die Initiative mit enormem Aufwand – nicht mit Argumenten, sondern mit viel Geld. Achten Sie nur auf die vielen Inserate in der Presse!

«Wenn es Ihnen nicht passt, dann ziehen Sie doch aus!»
(Häufigstes Vermieterargument)



Am 24./25. September
Mieterschutz-Initiative JA
*
Gegen-Vorschlag NEIN
* = gegen die Interessen der Mieter und Pächter!

Mit grösstem finanziellem Aufwand machen die Gegner eines ausgezogenen Mietrechts unsere Initiative schlecht. Statt mit Argumenten kämpfen sie mit Angst- und Feindbildern. Wir meinen: Freiheit darf nicht heissen, dass dem Vermieter jeder Missbrauch erlaubt ist.

Lassen Sie sich nichts vorgaukeln!

Die Gegner behaupten:

Die Annahme der Initiative würde sich nachteilig auf den privaten Wohnungsbau auswirken.

Wir antworten:

Wohnliegenschaften werden weiterhin eine attraktive Kapitalanlage sein. Denn die Initiative erklärt ausdrücklich, dass der Vermieter Anspruch auf angemessene Verzinsung seines Eigenkapitals hat. Nur für Spekulantentum bleibt kein Raum mehr. Dem wird niemand nachtrauern. Die Wohnungen, die von Spekulanten ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Mieter gebaut worden sind, stehen heute leer.

Die Gegner behaupten:

Die Mieterschutz-Initiative passe nicht in die Landschaft unserer liberalen Staatsordnung. Sie sei der erste Schritt zu einer Verstaatlichung des Grundeigentums.

Wir antworten:

Die Initiative lässt die Eigentumsverhältnisse unangetastet. Sie will nur die Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt korrigieren. Wer die Freiheit dadurch bedroht sieht, setzt sich dem Vorwurf aus, er billige auch den Missbrauch der Freiheit. Ein echter Liberaler weiss, dass Eigentum sozial verpflichtet!

Die Gegner behaupten:

Gegen Missbräuche im Mietwesen hätten wir bereits ein Gesetz. Bei Annahme des Gegenvorschlages des Parlaments gelte diese «Missbrauchsgesetzgebung» in der ganzen Schweiz und unbefristet.

Wir antworten:

Die Missbrauchsgesetzgebung ist ungenügend, und sie wird durch den Gegen-vorschlag praktisch nicht verbessert. Bei Mietzinsserhöhungen (oder längst fälligen Senkungen!) muss der Mieter ohne Kenntnis der Berechnungsgrundlagen des Vermieters an die Schlichtungsstelle gelangen. Um kein böses Blut zu schaffen, verzichten viele Mieter auf eine Anfechtung des Mietzinses. Sie wissen: nach spätestens zwei Jahren kann mir so oder so gekündigt werden. Denn es fehlt ein Schutz vor ungerechtfertigten Kündigungen. Dieser Missstand wird durch eine Bewilligungspflicht für Mietzinsserhöhungen beseitigt.

Die Gegner behaupten:

Die Initiative schütze die Querulanten unter den Mietern. Beim heutigen Leerwohnungsbestand sei ein Kündigungsschutz nicht mehr nötig. Und: Die Initiative führe zu einer unnötigen Aufblähung des Beamtensapparates.

Wir antworten:

- Die Initiative schützt den Mieter vor ungerechtfertigten Kündigungen. Kündigung bei Störung des Hausfriedens, bei Zahlungsverzug des Mieters oder bei anderen Vertragsverletzungen wird weiterhin erlaubt sein.
- Der Leerwohnungsbestand macht die Mieterschutzinitiative nicht überflüssig. Denn: Erschwingliche Wohnungen an zumutbarer Lage sind nach wie vor Mangelware.
- Die bestehenden Mietämter und Schlichtungsstellen können die Mietpreisüberwachung und den Kündigungsschutz ohne grossen Mehraufwand an die Hand nehmen.

Hier wird Ihnen als Mieter geholfen

Die Initianten sind Vertreter der politisch und konfessionell unabhängigen Mieterverbände. Sie helfen Ihnen durchs ganze Jahr. Wer Mitglied eines Mieterverbandes ist, hat Vorteile: unentgeltliche Rechtsberatung, fachkundige Vertretung vor Gericht, Gratis-Mieterzeitung, Veranstaltungen, Mieter-Haftpflichtversicherung. Die Mieterverbände vertreten die Mieter in allen Fragen des Wohnungsbaus und des Mietrechts gegenüber den Behörden.

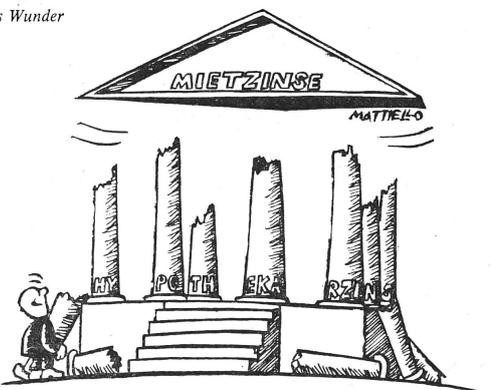


Dr. Walter Zähler, Präsident des Schweiz. Mieterverbandes

Denkt an die Zukunft!

Ja zur Mieterschutzinitiative ist die richtige Parole, weil diese Initiative das Mietrecht voranbringt. Dem Mieter soll nicht wegen einer Laune des Vermieters oder aus sonstigen nichtswürdigen Gründen gekündigt werden können. Vor allem soll ihm nicht gekündigt werden, weil er sich für vernünftige Mietvertragsbedingungen wehrt. Die Annahme der Initiative schützt die Wohnungs- und Geschäftsmieter gegen die Aushöhlung ihres Portemonnaies durch die sattsam bekannten Quartierübliche Mietzinse, «erhöhte Hypothekenzinsen», «allgemeine Teuerung», «Kaufkraftsicherung des risikotragenden Kapitals», soweit solche Aufschläge nur Vorwände sind, um die Rendite von Grundstücken in unangemessene Höhen zu treiben. Leider bietet der Gegenwart keinen Schutz, weder gegen Kündigungen noch gegen die meisten ungerechtfertigten Mietzinsserhöhungen. Mieter, lasst Euch nicht durch den Gegenwartswirrwarr verunsichern! Stimmt ja zur Initiative für einen wirksamen Mieterschutz und nein zum Gegenorschlag. Denkt an die Zukunft!

Das Wunder



Die Zinsen steigen, die Mieten steigen, die Zinsen sinken, die Mieten bleiben!

Geprellte Mieter

Die Hypothekenzinsserhöhungen der letzten Jahre wurden praktisch ausnahmslos auf die Wohnungs- und Geschäftsmieter überwälzt. Die rückläufige Bewegung in jüngster Zeit ist für die Mieter zum Testfall geworden, zum Testfall für die partnerschaftliche Gesinnung der Vermieter. Selbstverständlich haben auch die Hauseigentümerverbände verstanden, was im Vorfeld der Volksabstimmung vom 25. September auf dem Spiel steht. Daher haben sie den Mietern eindringlich empfohlen, die Kostenverbilligung an die Wohnungs- und Geschäftsmieter weiterzugeben. Mietzinssenkungen auf breiterer Front hätten im Abstimmungskampf als Argument gegen die Initiative ausgespielt werden sollen.

Diese Übung ist total misslungen:

- Vom 1. Januar 1976 bis 1. April 1977 ist der Hypothekenzins um durchschnittlich 1% gesenkt worden. Somit hätten die Mietzinse im Durchschnitt um rund 12%, mindestens aber um 10% gesenkt werden müssen.
- Umfragen verschiedener Mieterverbände ergeben demgegenüber, dass im massgebenden Zeitraum kaum 20% der Vermieter die Mietzinse verbilligt haben,

und erst noch in sehr bescheidenem Ausmass. In rund 4 von 5 Fällen hat der Vermieter die Kostenverbilligung vollumfänglich seiner Rendite gutgeschrieben. Aus den Inflationserwartungen sind Rezessionsgewinner geworden!

• Eine Untersuchung des Biga und der neuesten Stand des Mietindex bestätigt diese Umfragen: Der gesamtschweizerische Mietindex ist sowohl im Zeitraum Mai–November 1976 als auch im folgenden Halbjahr nochmals angestiegen. Das bringt den letzten Einwand zum Verstummen.

Der Testfall der sinkenden Hypothekenzinse ist für die Vermieter und ihre Wortführer zu einer eigentlichen Blamage geworden. Wie wäre das Ergebnis erst ausgefallen, wenn die Hauseigentümerorganisationen nicht unter dem Druck der Volksinitiative gestanden hätten? Die Antwort ist klar. Und sie beantwortet zugleich die Frage nach der Aktualität unserer Initiative.

Das Debakel mit den sinkenden Hypothekenzinsen hat einmal mehr bestätigt, dass die Wohnungs- und Geschäftsmieter ohne wirksamen gesetzlichen Schutz immer die Geprellten sind.

Ein Geschäft wehrt sich

Ausser Spesen nichts gewesen



Dr. Roland Gmür, Alt-Sekretär Mieterverband Zürich

Der Geschäftsmieter sei schon heute bestens geschützt, behaupten die Gegner der Mieterschutzinitiative. Sie rechnen uns vor, dass eine vom Vermieter gekündigte Geschäftsmitiete im Härtefall bis zu zwei Jahren, ja unter Umständen sogar noch um drei weitere Jahre erstreckt werden könne. Was wollen wir denn eigentlich noch mehr?

Ein Erstreckungsverfahren, das alle Instanzen bis und mit Bundesgericht beschliffen hat, mag die Frage beantworten. Die Geschäftsmitietern, welche mit Erlangung des Gerichtsentscheidungs, ist eine in der Stadt Bern niedergelassene Firma für sanierte Anlagen. Sie konnte durchaus handfeste Härtegründe vorbringen! Das sind einmal die Umzugskosten, die ja beim Geschäftsmieter rasch in die fünfstelligen Zahlen gehen. Dazu kommt, dass die Geschäftsmieteterin in ein anderes Quartier hätte umziehen müssen, weil in der näheren Umgebung keine Ersatzlokalität zu finden war. Wer sein Geschäft verlegt, verliert in der Regel alle Kunden; ganz abgesehen von anderen unerwünschten Umstellungen, die sich nicht in Franken und Rappen übersetzen lassen. Unter diesen Umständen hätte eine einmalige Erstreckung gewährt werden müssen. Doch: Das Bundesgericht entschied anders:

«Es ist zum vornherein fraglich, ob und inwieweit die Notwendigkeit, das der

Mieter sein Geschäft wegen Kündigung der bisherigen Räume verlegen muss, überhaupt als nicht zu rechtfertigende Härte im Sinne des Gesetzes gelten und zu einer Erstreckung des Mietverhältnisses führen kann. Gewiss können die Folgen einer Geschäftsverlegung für einen Geschäftsinhaber unangenehm oder sogar hart sein. Sie gehören jedoch zur Kündigung und werden durch eine Verlängerung des Mietverhältnisses nicht aufgehoben, sondern bloss aufgeschoben.»

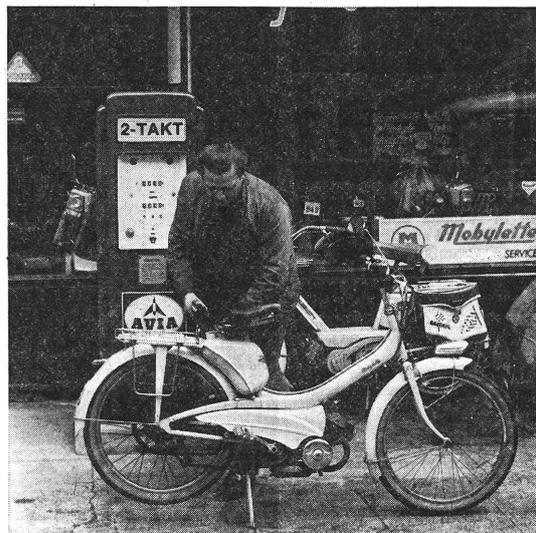
Daher also keine Erstreckung!

Man weiss nicht, ob man sich über das Resultat empören oder aber dem Bundesgericht dafür danken soll, dass es den heutigen Rechtsschutz des Geschäftsmieteters in seiner ganzen Kläglichkeit unverhüllt zur Schau stellt!

Seit Jahren beandstanden die Mieterorganisationen die heutige Erstreckungslösung, weil die Probleme der Mieter damit nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben werden.

Nur die Mieterschutzinitiative kann hier Abhilfe schaffen, indem sie den Gesetzgeber – und damit auch den Richter – zu einem wirksamen Kündigungsschutz verpflichtet. Das bedeutet, dass ungerechtfertigte Kündigungen des Vermieters aufgehoben werden können. Die Geschäftsmieter haben es am 25. September in der Hand, mit dem Stimmzettel einen Beitrag zur Verbesserung ihrer eigenen Rechtsstellung zu leisten.

Das Zuger Strafgericht hat den «Mieterschreck» Berger zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Sündenregister: Betrug (10X), Wucher (33X), Veruntreuung (19X), Urkundenfälschung (16X), sexuelle Nötigung (2X). Gegen solche Figuren sind die Hauseigentümerverbände machtlos. Deshalb braucht es die Mieterschutzinitiative.



Geschäftsmieter sind besonders hart betroffen.

Adressen der Sektionen und Sprechstunden

- Basel-Stadt**
Postfach, 4001 Basel
(061) 34 11 16 (Schenk)
Di 18.15–19.15 / Weisse Gasse 15
- Basel-Land**
Postfach 245, 4410 Liestal
(061) 98 30 77 – Mo 18.00–19.00
- Bern**
Postfach, 3000 Bern 5 (031) 25 80 10
Sa 8.30–11.00 / Genfergasse 3
- Biel**
Postfach 33, 2503 Biel
(032) 22 29 50 (Steiner)
Mo 19.00–20.00 / Hotel «Blaues Kreuz»
- Bettlach/Grenchen**
Aristonstr. 7, 2544 Bettlach
(065) 8 08 61 Mo 17.00–20.00
- Bülach und Umgebung**
Postfach 2510, 8180 Bülach (01) 96 84 89
Di 18.30–19.30 / Musegg 3
- Graubünden**
Süsswinkelnstr. 1, 7000 Chur
(081) 22 19 45, (081) 24 44 71
8.00–10.00 / 16.00–18.00
- Herisau**
Grub 2, 9100 Herisau (071) 51 69 88 (Net)
- Horgen**
Bergwerkstr. 3, 8810 Horgen
(01) 725 19 08 (Tanner) Mo 18.30–20.00
- Limmat**
Postfach 85, 8953 Dietikon
(01) 748 16 39 (Brobeck)
- Lucern**
Postfach, 6002 Luzern (041) 22 06 95
- Oberrieden**
Hans Intrass, Alte Landstr. 29
8942 Oberrieden (01) 720 66 14
- Ollen**
Postfach 33, 4600 Ollen (062) 21 97 77
- Schaffhausen**
Abendstr. 20, 8200 Schaffhausen (053) 5 64 32
- Solothurn**
Postfach 261, 4500 Solothurn
(065) 23 20 30, (065) 23 19 75 Sa 10.00–12.00
- St. Gallen**
Linsenhühstr. 2a, 9000 St. Gallen (071) 22 61 36
- Rorschach**
Wiesenaltstr. 9, W. 37, 9400 Rorschacherberg
(071) 22 61 36
- Rapperswil**
Zürcherstr. 80d, 8640 Rapperswil
jeden 2. und 4. Do 18.00–19.30
Rest. «Rosengarten»
- Wädenswil**
Dr. B. Lang, Alvierstr. 27, 8804 Au
Di 19.00–20.30 Friedensrichteramt
- Winterthur**
Haldenstr. 20, 8483 Kollbrunn
Mi 18.00–19.30 / Marktgasse 25, Dr. Hünerwadel
- Zug**
Postfach 1127, 6301 Zug
Di 17.00–19.00 / Metalstr. 1 (GBH-Sekretariat)
- Zürich**
Birmensdorferstr. 56, 8004 Zürich
(01) 241 94 41
- Zürcher Oberland**
Marco Mona, 8627 Grüningen
(01) 77 04 27, 97 58 51, 87 58 74

Die Gegner eines wirksamen Mieterschutzes setzen Unsummen ein, um ihre Prüfnde zu verteidigen. Mit dem Geld, das sie ihren wehrlosen Mietern abknöpfen, finanzieren sie ihre destruktive Kampagne. Wir haben keine Millionen hinter uns! PC-80-14 637 Deutschschweizerisches Aktionskomitee für wirksamen Mieterschutz, Zürich.

Durch Ihre Mitgliedschaft stärken Sie die wirksame Interessenvertretung der Mieter. Helfen Sie uns, damit wir auch Ihnen helfen können. Mitgliederbeitrag: etwa 20 Franken.

Ich möchte Mitglied des Mieterverbandes werden:

Name _____ Vorname _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

(Einsenden an den lokalen Mieterverband!)

MIETERPROBLEME? Haben Sie Probleme mit Ihren Mietern? Wir übernehmen die Auflösung der Mietverträge, d. h. die Lösung der Mietobjekte, Referenzen vorh. Offerten an Chiffre ENS36 Tages-Anzeiger, 8021 Zürich.

Ein Inserat aus dem «Tages-Anzeiger» vom 27. 6. 77. Gegen Vermieter, die so skrupellos mit ihren Mietern umspringen, gibt's nur eins: ein kräftiges JA zum Mieterschutz!



Robert Frischknecht
Präsident des Schweiz.
Pächterverbandes

Die schweizerische Landwirtschaft hat eine historische Aufgabe, die ihr durch Verfassung und Gesetz übertragen wurde. Sie hat die Ernährung des Schweizer Volkes auch unter erschwerten Umständen, vor allem bei gestörtem Zufuhr vom Ausland, sicherzustellen.

Um diese Aufgabe voll erfüllen zu können, muss die bäuerliche Struktur in Ordnung sein. Nur ein Bauernstand, der mit dem Boden verwurzelt ist und für

Liebe Bauern,

sich und seine Familie eine sichere Heimstätte hat, ist zu dieser Aufgabe fähig.

Weil der Boden keinen genügenden gesetzlichen Schutz erhalten hat, wurde er zur Handelsware degradiert. Da er nicht vermehrbar ist, stiegen die Preise so in die Höhe, dass er vom praktizierenden Bauern, abgesehen vom bäuerlichen Erbrecht, nicht mehr erworben werden kann. Das führte dazu, dass der Boden immer mehr von Pächtern bewirtschaftet wird.

Es ist darum verständlich, dass nur eine gut funktionierende Pachtordnung die Landwirtschaft leistungsfähig und lebensfähig erhalten kann. Die landwirtschaftliche Gesetzgebung hat aber mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten.

Seit der Gründung des Schweiz. Pächterverbandes wurde immer wieder mit Nachdruck und bei jeder passenden Gelegenheit ein wirksamer Kündigungsschutz verlangt, aber vergebens.

Wir stehen heute als einziges Land da, in dem man dem Pächter grundlos kündigen kann.

Obwohl der Rechtsschutz für landwirtschaftliche Pächter vom Bundesrat wiederholt als dringlich erklärt wurde, hat das Parlament den Kündigungsschutz für Pächter mehrheitlich abgelehnt. Deshalb unterstützen wir Pächter die Mieterschutzinitiative.

Wir wollen keine gesellschaftlichen Veränderungen, keinen Angriff auf das Eigentum, keine Verstaatlichungen. Wir wollen Menschenwürde und gleiches Recht für alle. Die Gewinnsucht und das Gewinnstreben dürfen nicht über dem Menschen stehen.

Das Volk wird aufgerufen, am 25. September durch ein Ja für die Mieterschutzinitiative den verlangten Schutz vor missbräuchlicher Kündigung zu verwirklichen.

Prof. Frischknecht

Ein anständiger Vermieter:

Ich bin dafür!

Dass die anständigen Vermieter die Initiative nicht zu fürchten brauchen, zeigt der nachstehende Leserbrief aus der «Tat» vom 23. 6. 77:

«Aus den Haushalt-Buchhaltungen geht wohl ausnahmslos hervor, sofern man Wohnungsmieter ist, dass der Mietzins einen merklichen Prozentsatz der Lebenskosten einer Familie ausmacht (in nicht wenigen Fällen ¼ und auch mehr).

In Anbetracht dieser Tatsache wäre die mittels der Mieterschutz-Initiative angestrebte gesetzliche Grundlage sehr zu begrüssen, und zwar durch Schaf-

fung einer Art Preisüberwachungsstelle. Einerseits: Recht des Vermieters, welcher Hypothekenzinsen zu bezahlen hat, bei Erhöhung derselben den Betrag auf die Mietzins zu verteilen, bei gleichzeitiger Pflicht zu entsprechenden Mietzins-Verminderungen bei Zinsreduktionen, von denen er profitiert. Andererseits: Klares Recht des Mieters, zu verlangen, dass für ihn kostenlos und ohne dass er «Repressalien» befürchten muss, von neutraler Seite kontrolliert wird, ob die Erhöhung (resp. Reduktion) richtig vorgenommen wurde.

Ich bin selbst Vermieter, und auch als solcher finde ich, dass eine Regelung in obigem Sinn sehr am Platz wäre.» G. L. Bellinzona

Die Probleme der Mieter auf dem Land



Dr. Werner Caviezel
Präsident Mieter-
verband Graubünden

Als Mieterberater in einem typischen Landkanton muss ich leider immer wieder feststellen, dass die heute geltende «Missbrauchsgesetzgebung» den Weg in entlegene Gemeinden noch gar nicht gefunden hat. So kommt es häufig vor, dass ein Vermieter bei Mietzins erhöhungen gar kein vorgeschriebenes Formular benutzt und dass er über die Nebenkostenrechnung Auslagen geltend macht, die bereits durch den Mietzins abgegolten sind.

Falls dem Mieter überhaupt bekannt ist, dass er sich unter Umständen gegen missbräuchliche Mietzinse wehren oder eine Kündigung aufschieben könnte, so ist ihm damit noch nicht geholfen. Der

Mieter in ländlichen Gegenden hat noch mehr als der städtische Mieter Angst oder mindestens Hemmungen, seine Rechte auch wirklich durchzusetzen.

Die Angst vor der Kündigung ist deshalb besonders gross, weil der Mieter auf dem Land zum vornherein wenig Auswahlmöglichkeiten hat, ein anderes Mietobjekt zu finden. Er ist in seinem Dorf stark verwurzelt. Was nützt es ihm, wenn in der benachbarten Gemeinde oder in der nächsten Stadt eine Wohnung frei ist? An dieser Tatsache vermag auch der Pächter etwas höhere Leerwohnungsbestand nichts zu ändern. Die Erfahrung zeigt leider, dass gerade auf dem Land die sogenannte partnerschaftliche Lösung auf Kosten der Mieter geht.

Deshalb stimmen auch wir Mieter, die in ländlichen Gebieten wohnen, am 25. September geschlossen JA zur Initiative und NEIN zum Gegenvorschlag.

Werner Caviezel

Bauer, stimme JA!



Josef Oetiker
Landwirt, Geschäts-
führer OPV

Die Bauern stimmen JA zur Mieterschutzinitiative und NEIN zum Gegenvorschlag, weil sie an einer sauberen Miet- und Pachtordnung interessiert sind. Mit diesem Ja zur Initiative nehmen wir nicht gegen das Eigentum Stellung, sondern gegen den schrankenlosen Missbrauch. Die Pächter halten an der bürgerlichen Ge-

sellschaftsordnung fest. Sie wollen eine Partnerschaft, bei der auch der Schwächere geschützt ist. Pächter und Parzellpächter wollen endlich einen wirksamen Schutz vor ungerechtfertigten und willkürlichen Kündigungen. Denn: Ohne Kündigungsschutz keine im Interesse der Volkswirtschaft funktionierende Pachtzinskontrolle.

Bauer, bedenke, dass der Mieter das gleiche will wie der Pächter: wirksamer Kündigungsschutz und angemessene Mietzinskontrolle!

Bauer, stimme Ja zur Mieterschutzinitiative und Nein zum Gegenvorschlag.

Oetiker Joe

Warum unterstützen die Bauern die Mieterschutzinitiative?

Das Los des Pächters: Bauer auf Zeit!

Die heutige ungenügende Pachtordnung berücksichtigt die Tatsache nicht, dass mehr als 40 Prozent des landwirtschaftlichen Bodens verpachtet und mehr als die Hälfte der Bauern auf Pachtland angewiesen ist. (Siehe untenstehende Tabelle!) Doch der Pächter hat immer noch keinen Kündigungsschutz. Durch die Erstickungsmöglichkeit um höchstens drei Jahre wird die Härte nicht aufgehoben, höchstens aufgeschoben.

Das folgende Beispiel zeigt, wie der spärliche Schutz des Pächters, die Pachtzinskontrolle, vom Verpächter häufig unterlaufen wird:

«Im Frühjahr 1971 übernahm die Pächterfamilie M. in Z. eine landwirtschaftliche Liegenschaft in Pacht. Der Verpächter bestand darauf, dass der Pachtzins nicht der Genehmigungsbehörde vorgelegt werde. Zwei Jahre später verlangte der Verpächter einen höheren Pachtzins, obwohl sich am Ertragswert nichts geändert hatte. Daraufhin rief der Pächter M. trotz Widerstand des Verpächters die Genehmigungsbehörde an. Diese setzte den Pachtzins herab.

Nun kündigte der Verpächter dem Pächter auf den nächstmöglichen Termin. Der Pächter reichte daraufhin fristgerecht beim zuständigen Bezirksgericht ein Erstickungsgesuch ein. Der Verpächter war nicht verlegen: er machte Eigenbedarf geltend. Das Gericht musste die Erstickungsklage des Pächters abweisen. Der Pächter musste von der Pachtliegenschaft abziehen. Wer zog an seiner Stelle auf den Hof? Ein neuer Pächter, der den übersetzten Pachtzins bezahlte!»

Kündigung kann Pächter ruinieren

Für den Vollpächter ist die Kündigung noch härter als für den Mieter. Denn der Pächter verliert Wohnung und Arbeitsplatz. Man bedenke, dass ein Pächter bei seiner Kündigung mit hohen Liquidationsverlusten rechnen muss. Für seinen mittelgrossen Familienbetrieb hat der oben erwähnte Ostschweizer Pächter 270 000 Franken investiert. Als er nach sechs Jahren Pachtdauer ausziehen musste, hatte er einen Wertungsverlust von mehr als 50 000 Franken hinzunehmen.

Nicht besser als dem Vollpächter geht es den fast 50 000 Eigentümer-Landwirten, welche auf Zupachtland angewiesen sind. Denn das Gebäude- und Maschinenkapital sind auf die gesamte Bodenfläche ausgerichtet. Landwirte in Hügelgebieten müssen oft zwei bis vier kleine Liegenschaften zapachten, um eine ausreichende Betriebsgrösse und Existenz zu erreichen. Eine Kündigung kann zum Ruin führen.

Bundesrat zurückgepfiffen

Auch der Bundesrat anerkannte in seiner Botschaft vom 29. 4. 1970 die Notwendigkeit eines wirksamen Kündigungsschutzes: «Sie (die Pächter)



Die Pächter: Wohnung und Existenz gekündigt – doppelt gefährdete Mieter!

Lesen Sie beim

Gegen-

(die Mieter und Pächter)

Vorschlag

zwischen den Zeilen!

Dann merken Sie, dass der Gegenvorschlag nur ein Schlangenfängertrick ist, um die Initiative zu torpedieren, und keinen wirksamen Schutz für Mieter und Pächter bringt.

Lesen Sie beim

Gegen-

(die Mieter und Pächter)

Vorschlag

zwischen den Zeilen!

Davon wollte aber das Parlament nichts wissen. Deshalb kann heute der Verpächter ohne Wimpernzucken Eigenbedarf vorsepielen (auch wenn er selbst nicht Landwirt ist) oder den Pächter ganz einfach vor dem Richter schlecht machen. Dann ist selbst die kurze Erstickung der Pacht ausgeschlossen. Deshalb kann dem Pächter – wie eh und je – ohne Angabe eines Grundes gekündigt werden. Das zuegt nicht gerade von Respektierung der Menschenwürde.

Ja-Parole zur Initiative

Weil die Herren Juristen und Parlamentarier die berechtigten Hoffnungen der Pächter jäh zerschlagen haben, dürfen wir Bauern keine Gelegenheit verpassen, um zum Schutz vor missbräuchlichen Kündigungen zu kommen.

Deshalb hat der Schweizerische Pächterverband von Anfang an die JA-Parole zur MIETERSCHUTZINITIATIVE herausgegeben.

Immer mehr Bauern sind Pächter

	1939	1965	1975
Gesamtes Kulturland	1 343 000 ha	1 232 000 ha	1 196 000 ha
Davon gepachtet	295 000 ha	394 000 ha	442 000 ha
Anteilsmässig	22%	32%	37%
Landwirtschaftliche Betriebe	238 000	159 000	130 000
Anteilsmässig	101 000	83 000	76 000
Davon mit Pachtland	42,3%	52,3%	58,5%

Wir müssen unseren Kampf für die Rechte der Mieter und Pächter mit bescheidenen Mitteln führen. Wir sind auf Ihre Spende angewiesen. Unterstützen Sie uns mit einem Beitrag auf

PC 80-14637

Deutschschweiz. Aktionskomitee für wirksamen Mieterschutz Zürich



Wir lassen uns nicht länger verschaukeln!
Am 24./25. September gehen wir an die Urnen und stimmen

Ja zur Mieterschutzinitiative
und zum Gegenvorschlag **Nein**

Deutschschweizer Aktionskomitee für wirksamen Mieterschutz

Volksbegehren für einen wirksamen Mieterschutz

Nur die Initiative bringt den Schutz für Mieter und Pächter.

Der zweite Absatz des Art. 34septies der Bundesverfassung wird ersetzt durch einen neuen Artikel 31sexies, der wie folgt lautet:

1 Der Bund erlässt Bestimmungen über die Mietzinse für Immobilien und über den Schutz der Mieter gegen ungerechtfertigte Kündigungen und missbräuchliche Forderungen.

2 Die Mieten für Immobilien dürfen ohne Bewilligung nicht erhöht werden, auch nicht bei Wechsel des Vermieters oder Mieter. Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn aufgrund von Abrechnungen nachgewiesen wird, dass der Mietertrag für eine angemessene Verzinsung des Eigenkapitals und für die Deckung der wirklichen Kosten, nicht genügt. Bei Handänderungen wird der Kaufpreis nur so weit berücksichtigt, als er den mittleren Ertragswert vergleichbarer Objekte nicht übersteigt.

3 Die Mieten der erstmals vermieteten Objekte unterliegen der Bewilligungspflicht. Für Neubauten werden die Mieten aufgrund der Anlagekosten berechnet. Übersetzte

Kosten werden nicht berücksichtigt.

4 Ungerechtfertigte Kündigungen des Vermieters werden aufgehoben. Gerechtfertigte Kündigungen, die für den Mieter eine Härte bedeuten, können aufgeschoben oder aufgehoben werden. Diese Bestimmungen gelten auch bei Verkauf, Umbau oder Abbruch des Mietobjekts. Einen besonderen Schutz geniessen die Mieter, deren Wohnung als Stockwerk verkauft wird.

5 Der Bund erlässt entsprechende Bestimmungen für Pacht- und Baurechtsverhältnisse.

6 Der Bund kann die Kantone für die Ausführung dieser Bestimmungen herbeiziehen.

Der Gegen-(Mieterschutz-)Vorschlag ist völlig unverbindlich: «Der Bund erlässt Bestimmungen zum Schutz der Mieter vor missbräuchlichen Mietzinzen und anderen Forderungen der Vermieter.» (Wo ist der Kündigungsschutz??)

24./25. September



Wohnungsmieter, Geschäftsmieter und Pächter

stimmen

JA

**zur Volks-
initiative
für einen
wirksamen
Mieterschutz**

denn:



Nur die Initiative schützt Mieter und Pächter vor ungerechtfertigten Kündigungen. Diesen Schutz brauchen sie dringend – auch heute noch!



Nur die Initiative zwingt Vermieter, die aus ihrer Mietzinsberechnung ein Geheimnis machen, über Kosten und Rendite umfassenden Aufschluss zu geben.



Nur die Initiative beseitigt den heutigen Missstand, dass übersetzte Mietzinsaufschläge nur dann überprüft werden können, wenn der Mieter die Risiken einer Anfechtung auf sich nimmt.



Nur die Initiative garantiert, dass der Mietzins auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten und in Berücksichtigung einer angemessenen Rendite berechnet wird.



Nur die Initiative bringt dem Pächter den Kündigungsschutz, ohne welchen die Pachtzinskontrolle nicht funktioniert.

und

NEIN

**zum Gegen-
vorschlag
des Parlaments**



- * Weil der Gegenvorschlag den ausgewiesenen Bedürfnissen der Mieter und Pächter überhaupt nicht Rechnung trägt.
- * Weil er die heutige unbefriedigende Situation überhaupt nicht verbessert.
- * Weil er weiterhin ungerechtfertigte Kündigungen zulässt.
- * Weil er missbräuchliche Mietzinse nicht verhindert.

Helfen Sie uns, damit wir Ihnen helfen können:
Deutschschweiz. Aktionskomitee für wirksamen Mieterschutz,
Postcheckkonto 80-14637 Zürich.

Wohnungsmieter, Geschäftsmieter und Pächter
gehen am 24./25. September an die Urnen.

Ihr Recht steht auf dem Spiel!

Wir fordern einen besseren Mutterschaftsschutz in der Schweiz

Abtreibung verbieten ist nicht schwer, Mutter sein dagegen sehr

Ein Kind auf die Welt stellen ist nicht nur Privatsache. Es geht auch die Gesellschaft etwas an. Ein Kind auf die Welt setzen heisst auch einen zukünftigen Bürger und Arbeiter erzeugen.

Heute wird aber diese Zweiseitigkeit strikte getrennt: Wenn Frauen abtreiben wollen, heisst es, diesen Föt abzutreiben oder zu gebären sei ein

soziales Problem und dass darüber Ärzte und Juristenkommissionen zu entscheiden hätten, nicht die Frau oder das Paar.

Wenn die Frau hingegen sich entscheidet, ein Kind auszutragen und aufzuziehen, wird dies plötzlich zur Privatsache: Die Frau ist nicht gegen eine Entlassung vor dem 7. Monat geschützt, auch hat sie die Kosten der Geburt über eine Privatkrankenkasse selber aufzubringen.

Arbeitsgesetz Art. 27

1. Schwangere Frauen und stillende Mütter dürfen nicht zu Arbeiten gezwungen werden, die sich erfahrungsgemäss auf die Gesundheit, die Schwangerschaft oder das Stillen nachteilig auswirken.

2. Schwangere Frauen und stillende Mütter sind auf ihr Verlangen von Arbeiten zu befreien, die für sie beschwerlich sind.

«Tönt gut», meint M. Sie arbeitet als Packerin in einem Betrieb, welcher Elektrowaren herstellt. Sie ist im dritten Monat schwanger. Das Herumtragen der schweren vollen Kisten auf die Palette bringt sie je länger, je mehr ins Schweben. Sie könnte aber gut die Kisten anschreiben und die Bestellungen kontrollieren. Dies würde ihr besser passen. Daher geht sie zum Chef.

«Ich bin schwanger, und meine Arbeit macht mich ziemlich kaputt. Ich könnte doch die Kisten anschreiben.»
«Sie wissen gut, dass dies die Arbeit von Frau W. ist. Sie arbeitet viel länger hier und hat sich diesen Posten verdient.»
«Ich bin aber schwanger und habe ein Recht auf eine leichtere Arbeit.»
«Wo steht das?»
«Im Arbeitsgesetz, Art. 67.»
Der Chef lässt sich diesen Artikel von seiner Sekretärin bringen.

«So so, das stimmt, auf Ihre Stelle warten Sie noch viele andere, und bis Sie sich in die Arbeit von Frau W. einschafft haben, werden Sie bald gebären, und dann fallen Sie für einige Zeit aus, abgesehen von den Lämphen, die ich mit Frau W. haben werde...» Er überlegt einige Zeit. «Ich muss Ihnen kündigen, falls Sie nicht an Ihrem alten Posten bleiben wollen.»

Jetzt wird M. böse. «Sie kündigen mir, weil ich schwanger bin. Das ist ungesetzlich.»

«Jawoher denn? Ich kündige Ihnen nur, wenn Sie die alte Arbeit nicht machen wollen und ich in dem Fall keine passende mehr für Sie habe. Übrigens brauche ich eine Kündigung nie zu begründen, wenn sie nicht fristlos ist. Also überlegen Sie es sich noch eine Woche. Noch etwas: Nach Art. 35 Arbeitsgesetz dürfen Sie als Schwangere jederzeit kündigen, auch wenn ein Vertrag besteht... hah ha...»

kannst, in die Schonfrist, also kann er dir dann erst zum Termin acht Wochen nach der Geburt kündigen.»

Arbeitsgesetz Art. 35 al 2

Wöchnerinnen dürfen während acht Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden, doch darf der Arbeitgeber auf ihr Verlangen diesen Zeitraum bis auf sechs Wochen kürzen, sofern der Wiedereintritt der Arbeitsfähigkeit durch ein ärztliches Zeugnis ausgewiesen ist.

M. hat geboren. Da sie erst ein Jahr in dieser Bude arbeitet, bekommt sie den Lohn für den Geburtsurlaub nur während drei Wochen; nachher muss die Krankenkasse bezahlen; hier hat sie aber nur eine Taggeldversicherung für 30 Franken. Dieses Geld reicht nicht weit.

«Wenigstens habe ich trotzdem noch drei Wochen Ferien, auch wenn ich zwei Monate nicht arbeite!» (Art. 329b al 3 OR).



Schwangere werden ausgenutzt

Eine Spitalaborantin teilt ihrem Vorgesetzten mit, dass sie nach der Geburt nur noch halbtags arbeiten wolle. Man verweigert ihr das nicht nur, vielmehr erpresst man sie folgendermassen: entweder arbeite sie ganztags oder überhaupt nicht mehr. Darüber hinaus muss sie sich schriftlich verpflichten, wenn sie ganztags arbeiten will, in den nächsten zwei Jahren kein Kind mehr zu gebären. (Ein Beispiel, welches in Deutschland, Italien oder Frankreich unmöglich, illegal wäre.)

Mütter nehmt Eure Rechte wahr!

Gesetze zur Schwangerschaft

Quelle: Verordnung zum Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel.

Art. 67: Schwangere Frauen und stillende Mütter dürfen nicht zu Arbeiten herangezogen werden, die sich erfahrungsgemäss auf die Gesundheit, die Schwangerschaft oder das Stillen nachteilig auswirken. Schwangere Frauen und stillende Mütter sind auf ihr Verlangen von Arbeiten zu befreien, die für sie beschwerlich sind.

Art. 35: Schwangere dürfen nur mit ihrem Einverständnis und keinesfalls über die ordentliche Dauer der täglichen Arbeit hinaus beschäftigt werden. Sie dürfen auf blosser Anzeige hin von der Arbeit wegbleiben oder diese verlassen.

Art. 72: Schwangere Frauen und stillende Mütter dürfen nur mit ihrem Einverständnis ausserhalb der Grenzen der Tagesarbeit beschäftigt werden.

Quelle: Obligationenrecht Art. 336 a OR: Nach Ablauf der Probezeit darf der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis nicht kündigen... in den 8 Wochen vor und nach der Niederkunft einer Arbeitnehmerin.

• Die schwangere Frau in der Schweiz während des grössten Teils der Schwangerschaft keinen Kündigungsschutz. Deshalb nützen ihr Art. 67 und 35 wenig. Sie wagt nicht, sich gegen Überstunden und beschwerliche Arbeiten aufzulehnen, weil sie Angst hat vor der Kündigung.

• «Schwangere dürfen nur mit ihrem Einverständnis beschäftigt werden» heisst: die Schwangere darf jederzeit kündigen. Sie muss sich an keinerlei Abmachungen halten.

• Kündigt ein Arbeitgeber vor der Schutzzeit, so gilt die Kündigung nur, wenn bis zum Beginn der Schutzzeit die Kündigungsfrist abgelaufen ist. Beispielsweise: Arbeitgeber hat eine Kündigungsfrist von 2 Monaten. Er kündigt erst 12 Wochen vor Geburt; die Kündigung gilt nicht, denn nach 4 Wochen beginnt die Schutzzeit. Die Kündigung kann jetzt erst wieder 8 Wochen nach der Geburt ausgesprochen werden.

• Die Abwesenheit wegen Mutterschaftsurlaub wird wie Krankheit bewertet. Für den Arbeitgeber besteht die Möglichkeit, schon bezogene Krankheitsstage vom bezahlten Mutterschaftsurlaub abzuziehen. Fazit: Eine Frau, die während der Schwangerschaft oft krank war, hat unter Umständen keinen bezahlten Urlaub mehr.

M. ist sehr sauer. Sie blättert am Abend weiter in ihrer Ausgabe des Arbeitsgesetzes und in andern Paragrafenbüchern. Den Art. 35 liest sie nochmals durch, da steht noch weiter: Schwangere Frauen dürfen auf blosser Anzeige hin von der Arbeit wegbleiben oder diese verlassen.

Am nächsten Morgen in der Bude, als sie nach zwei Stunden Packen und Tragen so richtig müde ist, läuft sie von der Arbeit weg, nach Hause und macht sich einen gemütlichen Tag.

Am nächsten Tag lässt sie der Chef rufen: «M. das geht nicht. Sie trotzen und wollen Ihren Willen einfach durchsetzen. Ich drücke nochmals ein Auge zu, aber das ist das letzte Mal.»

«Im Arbeitsgesetz kennen Sie ja den Art. 35, ich war dazu berechtigt.»

«Ich bestreite das nicht, aber wenn Sie von diesem Recht Gebrauch machen, entlasse ich Sie. Es gibt viele Frauen, die Ihre Arbeit gerne machen würden. Ich entlasse Sie wohlverstanden nicht, weil Sie schwanger sind oder von einem Ihnen zustehenden Recht Gebrauch machen, sondern weil ich keine passende Arbeit für Sie habe.»

M. geht. «Entweder diese Arbeit machen, oder er kündigt mir. Ich bin auf das Geld angewiesen, also muss ich wohl diesen Scheissjob noch machen... aber irgendwo habe ich mal etwas vom Kündigungsschutz der Schwangeren gelesen...»

Sie geht zum Anwaltskollektiv: «Schau, der Kündigungsschutz dauert von acht Wochen vor bis acht Wochen nach der Geburt. Du hast eine Kündigungsfrist von drei Monaten. Wenn er dir kündigen will, muss du noch bis etwa Mitte vierten Monat an dieser Arbeit durchhalten und schauen, dass er dich nicht rauschmeisst. Anschliessend fällt das Datum, ab wann du nicht mehr arbeiten

Zwei Monate später arbeitet M. wieder in der Bude. Ihr Kind hat sie in einer Krippe in der Nähe des Geschäftes. Sie stillt ihr Kind. Während der Arbeitszeit sollte sie es auch zwei- bis dreimal stillen. Sie geht wieder zum Chef:

«Ich muss drei Stillpausen haben. Nach Arbeitsgesetz Art. 35 al 3 müssen Sie mir die erforderliche Zeit freigeben.»

«Schauen Sie, das geht von der Arbeitsstruktur her fast nicht. Es sind nach Gesetz maximal 2 x 1/2 Stunde, vielleicht kann ich Ihnen da entgegenkommen.»

«Das reicht nicht, erstens der Weg zur Krippe, und dann hetze ich nicht beim Stillen, das tut dem Kind nicht gut, ich muss mehr haben.»

«Ich kann Ihnen in dem Fall nur wieder sagen, dass...» «Ja ja ja, ich habe eine Arbeit, auf welche viele andere nur warten, und dass Sie mir kündigen können... die Leier kann ich jetzt.»

«Werden Sie nicht frech... Sie haben das Kind gewollt, nicht ich...»

«Meinen Sie, ich wollte zuerst abtreiben, aber das ging nicht, ich fand niemanden, auf welche viele andere nur warten, und als ich hörte, wohin man sich wenden kann, war es zu spät...»

«Abtreibung ist Mord, jeder hat ein Recht auf Leben... gehen Sie wieder an die Arbeit, wir sind mit der Lieferung sowieso schon im Rückstand, und kaufen Sie einen Schoppen...»

Gesetze zum Wochenbett

Quelle: Verordnung zum Bundesgesetz Art. 35: Wöchnerinnen dürfen während 8 Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden; doch darf der Arbeitgeber auf ihr Verlangen diesen Zeitraum bis auf 6 Wochen verkürzen, sofern der Wiedereintritt der Arbeitsfähigkeit durch ärztliches Zeugnis ausgewiesen ist.

Quelle: Obligationenrecht Art. 324 a OR: Bei Schwangerschaft und Niederkunft der Arbeitnehmerin hat der Arbeitgeber den Lohn im gleichen Umfang (wie bei Krankheit) zu entrichten.

Art. 324 a² OR: Sind durch Abrede, Normalarbeitsvertrag oder Gesamtarbeitsvertrag nicht längere Zeitschnitte bestimmt, so hat der Arbeitgeber im ersten Dienstjahr den Lohn für 3 Wochen und nachher für eine ausgewiesene längere Zeit zu entrichten.

Gesetze zum Stillen

Quelle: Verordnungen zum Bundesgesetz Art. 35:

Stillende Mütter dürfen auch nach Ablauf von 8 Wochen seit ihrer Niederkunft nur mit ihrem Einverständnis beschäftigt werden. Zum Stillen ist ihnen die erforderliche Zeit freizugeben.

Quelle: Obligationenrecht OR 329 b:

Die Ferien dürfen vom Arbeitgeber nicht gekürzt werden, wenn eine Arbeitnehmerin wegen Schwangerschaft und Niederkunft bis zu 2 Monaten an der Arbeitsleistung verhindert ist.

Hinweise zu den Gesetzen

Quelle: Die Frau im schweizerischen Arbeitsrecht, von Christiane Closset-Brunner



Endlich die Verfassung respektieren!

1945 wurde in der Bundesverfassung ein Artikel zum Schutz der Familie (Art. 34quinquies) angenommen. Darin heisst es: «Der Bund wird auf dem Weg der Gesetzgebung die Mutterschaftsversicherung einrichten.» Trotzdem gibt es bis heute in der Schweiz keine Mutterschaftsversicherung.

Um die ungenügenden Rechte der schwangeren Frauen und Mütter in der Schweiz zu verbessern und dem internationalen Standard anzupassen, haben die OFRA (Organisation für die Sache der Frau) und der Frauenkongress des Schweiz. Gewerkschaftsbundes Initiativvorschläge unterbreitet.

Der Initiativvorschlag der OFRA
Der Verfassungsvorschlag soll den oben erwähnten Artikel 34quinquies (Abs. 4 und 5) der Bundesverfassung revidieren.
Der Wortlaut wurde aus dem Volksrecht (23. 6.) übernommen.
Der Bund richtet auf dem Wege der Gesetzgebung eine von der Gesamtheit der Erwerbstätigen mitgetragene und für die gesamte weibliche Bevölkerung obligatorische Mutterschaftsversicherung ein. In den Genuss der Versicherungsleistungen kommen alle in der Schweiz wohnhaften Frauen.

Die Mutterschaftsversicherung umfasst:
a) die vollständige Deckung aller während und als direkte Folge einer Schwangerschaft entstehenden Arzt-, Pflege- und Spitalkosten für Mutter u. Kind;
b) einen Mutterschaftsurlaub von mindestens 16 Wochen, wovon mindestens 10 Wochen nach der Niederkunft. Erwerbstätige Versicherte haben Anspruch auf die Fortzahlung ihres vollen Lohnes während der ganzen Dauer dieses Mutterschaftsurlaubs.

Darüber hinaus ist es den Versicherten freigestellt, unter Verzicht auf eine weitere Lohnfortzahlung einen zusätzlichen Elternurlaub von höchstens einem Jahr zu nehmen. Nimmt sich anstelle der Mutter der Vater der Pflege des Kindes an, so geht der Anspruch auf Elternurlaub auf ihn über. Nicht erwerbstätige Versicherte erhalten während der ganzen Dauer des Mutterschaftsurlaubs ein angemessenes Taggeld.

c) Einen umfassenden Kündigungsschutz für die gesamte Dauer der Schwangerschaft und des bezahlten Mutterschaftsurlaubs sowie des unbezahlten Elternurlaubs ohne Lohnelibusse und ohne Einbusse der durch das Arbeitsverhältnis erworbenen Rechte.
Im Absatz 5 folgen Ausführungsbestimmungen sowie die Art der Finanzierung. Diese wird mittels Beiträgen durch Bund und Kanton sowie zum anderen Teil (hältig durch den Unternehmer und den Lohnabhängigen bezahlte) Lohnprozente von schätzungsweise 0,125% realisiert.

Gewerkschaftliche Forderung
Die Resolution des Frauenkongresses des Schweiz. Gewerkschaftsbundes 1975 forderte zum Mutterschaftsurlaub:
• Unverzügliche Krankenversicherung für alle Frauen, mit Mutterschaftsversicherung. Diese soll 100% Lohnausfall bezahlen während 14 Wochen vor und nach der Geburt. Gleiche Prämien für Mann und Frau.
• Mutterschaftsurlaub von mind. 1 Jahr ohne zumutbare Lohnverluste. Sicherung des Arbeitsplatzes mit allen erworbenen Rechten.
• Kündigungsschutz während der ganzen Schwangerschaft.
• Soziale Infrastruktur für erwerbstätige Eltern (öffentl. Krippen, Kindergärten, Tagesschulen usw.)

Wieviel wurde Dir dann nach der Geburt ausbezahlt?
Während 3 Wochen wurden mir noch 100% Lohn ausbezahlt.

Ist das alles?
Natürlich, ich kehre ja nicht zur Arbeit zurück!

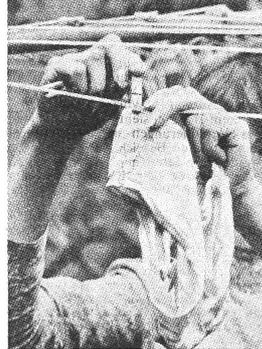
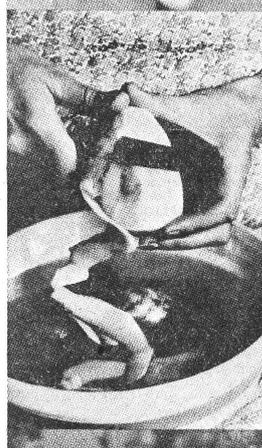
Aber Du hast Dich immerhin mehrere Jahre eingesetzt im Spital!
Ja, wenn ich weiterarbeiten würde, hätte ich vor der Geburt 4 Wochen 100%, und nach der Geburt 8 Wochen 100% Lohnauszahlung erhalten.

Ist das überall, das heisst in allen Betrieben so geregelt?
Eben nicht, denn der ganze Mutterschaftsanspruch wird äusserst individuell geregelt. Meistens wird in der Privatwirtschaft grosszügiger gerechnet als in den öffentlichen Diensten, wobei schon zum Beispiel zwischen den städtischen und kantonalen Verwaltungen Unterschiede bestehen!

Krankenkassen bei Mutterschaft
Was zahlen die Frauen?
• Prämien, die für alle Frauen 10% höher sind als für Männer!
• 270 Tage ununterbrochene Prämienzahlung vor der Geburt.
• Die Geburt wird der Krankheit gleichgesetzt.
• Kein Krankenversicherungsobligatorium.

Was leisten die Krankenkassen?
• Während der Schwangerschaft: 4 Kontrolluntersuchungen
• Entbindung zu Hause: Kosten von Hebamme und Arzt
• Entbindung im Spital: Entbindungstaxibetrag 40-60 Fr.
• Nach der Entbindung: 1 Nachkontrolle bis 10 Wochen nach der Geburt. Stillgeld (50 Fr. bei 10wöchigem Stillen mind.). Taggeld, wenn die Frau den Lohn bekommt, nur bis zur Überversicherung, d.h. nur bei zusätzlicher Taggeldversicherung oder Lohnausfallversicherung.
• Für das Kind: Solange mit der Mutter im Spital, 10 Wochen nach der Geburt, wenn das Kind hospitalisiert werden muss.

Keine Franchisen, kein Selbstbehalt bei Mutterschaft!
Diese Bedingungen und Leistungen gelten für die folgenden Krankenkassen: Allgemeine Krankenkassen Zürich, Christlich-soziale, Grünl., OSKA, Union, Gewerbe, Konkordia usw.
P.S. Für nicht erwerbstätige Frauen beträgt das Taggeld 5-6 Franken.



Zum Vergleich

Das Mutterschutzgesetz in der BRD

... besteht seit 17. 5. 42, eine Neufassung, die verschiedene Verbesserungen beinhaltet, ist seit dem 18. 4. 68 in Kraft. Wir fassen die wichtigsten Punkte zusammen.

Beschäftigungsverbot:

6 Wochen, es sei denn, die Frau erklärt sich ausdrücklich zur Arbeitsleistung bereit. Diese Erklärung kann sie jederzeit widerrufen.

nach der Entbindung 8 Wochen. Für Mütter nach Früh- und Mehrlingsgeburten 12 Wochen.

die Arbeit betreffende Beschäftigungsverbot:
«Werdende Mütter dürfen nicht beschäftigt werden»

• mit Arbeiten, bei denen regelmässig Lasten von mehr als 5 kg oder gelegentlich Lasten von mehr als 10 kg Gewicht gehoben, bewegt oder befördert werden. Sollen grössere Lasten mit mechanischen Hilfsmitteln von Hand gehoben, bewegt oder befördert werden, so darf die körperliche Beanspruchung der werdenden Mutter nicht grösser sein als die obengenannten.

• nach Ablauf des 5. Monats der Schwangerschaft mit Arbeiten, bei denen sie ständig stehen müssen, soweit diese Beschäftigung täglich 4 Stunden überschreitet.

• mit Arbeiten, bei denen sie sich häufig erheblich strecken oder beugen oder bei denen sie dauernd hocken oder sich gebückt halten müssen.

• mit der Bedienung von Geräten und Maschinen aller Art mit hoher Fussbeanspruchung, insbesondere von solchen mit Fussantrieb

• mit dem Schalen von Holz

• mit Arbeiten, bei denen Berufserkrankungen entstehen können

• nach Ablauf des 3. Monats der Schwangerschaft auf Beförderungsmitteln

• mit Arbeiten, bei denen sie erhöhten Unfallgefahren, insbesondere der Gefahr auszugleiten, zu fallen oder abzustürzen, ausgesetzt sind.
Die Beschäftigung von werdenden Müttern mit

• Akkordarbeit und sonstigen Arbeiten, bei denen durch ein gesteigertes Arbeitstempo ein höheres Entgelt erzielt werden kann,

• Fließbandarbeiten mit vorgeschriebenem Arbeitstempo ist verboten.»

Kündigungsverbot:

während der ganzen Schwangerschaft sowie 4 Monate danach.

«Die Kündigung gegenüber einer Frau während der Schwangerschaft und bis zum Ablauf von 4 Monaten nach der Entbindung ist unzulässig, wenn dem Arbeitgeber z.Z. der Kündigung die Schwangerschaft oder Entbindung bekannt war oder innerhalb zweier Wochen nach Zugang der Kündigung mitgeteilt wird.»

Arbeitsentgelt bei Beschäftigungsverboten:

(6 Wochen vor, 8 Wochen nach der Entbindung)

• entweder: Mutterschaftsgeld von der Krankenkasse, bei der sie versichert ist (= 100% des Lohnes)

• oder: wenn sie das Mutterschaftsgeld nicht beziehen kann, muss der Arbeitgeber ihr den Durchschnittsverdienst der letzten 3 Monate vor Beginn der Schwangerschaft gewähren (deswegen sinnvoll, weil sich der Verdienst während der Schwangerschaft aufgrund bestimmter Beschäftigungsverbote die Arbeit betreffend verringern kann, oder die Frau sogar ganz aussetzt) = entspricht also auch 100% des Lohnes.

• oder: wenn sie nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert ist, erhält sie Mutterschaftsgeld zu Lasten des Bundes, entsprechend dem von der Krankenkasse entrichteten Mutterschaftsgeld = 100% des Lohnes.
Fazit: Frauen in der BRD erhalten während der Schutzfrist (14 Wochen) 100% ihres bisherigen Lohnes.

• Es darf durch die Gewährung der Stillzeit kein Verdienstausfall eintreten, ebenso darf die Stillzeit nicht vor- oder nachgearbeitet werden oder von den allgemeinen gültigen Ruhepausen abgezogen werden.

Weitere wichtige Bestimmungen:

1. Stillzeit:
• auf Verlangen der Mutter ist ihr die zum Stillen erforderliche Zeit frei zu geben, mindestens aber 2 Mal täglich ½ Stunde oder einmal täglich 1 Stunde.

• Es darf durch die Gewährung der Stillzeit kein Verdienstausfall eintreten, ebenso darf die Stillzeit nicht vor- oder nachgearbeitet werden oder von den allgemeinen gültigen Ruhepausen abgezogen werden.

2. Werdende und stillende Mütter dürfen nicht mit Mehrarbeit, nicht in der Nacht zwischen 20.00 und 06.00 h und nicht an Sonn- und Feiertagen beschäftigt werden. Es darf kein Verdienstausfall eintreten.

3. Eine Frau kann während der Schwangerschaft und während der Schutzfrist nach der Entbindung das Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung einer Frist zum Ende der Schutzfrist nach der Entbindung (= 8 Wochen) kündigen. (Sie erhält damit auf jeden Fall während der Schutzfrist von 14 Wochen ihren vollen bisherigen Lohn).

4. Mutterschaftshilfe: von der gesetzlichen Krankenversicherung.
a) ärztliche Betreuung sowie Hebammenhilfe
b) Pflege in einem Krankenhaus sowie Hilfe und Wartung durch Hauspflegerinnen.
c) Versorgung mit Arznei-, Verband- und Heilmitteln.
d) Pauschalbeträge für die im Zusammenhang mit der Entbindung entstehenden Aufwendungen.

5. Freizeit für Untersuchungen ist vom Arbeitgeber zu gewähren. Ein Entgeltausfall darf hierdurch nicht eintreten.

Erfahrungen einer Krankenschwester

Frage: Wie lange hast Du im Spital gearbeitet?
Antwort: Ich war zuletzt 5 Jahre hintereinander an der gleichen Stelle, vorher arbeitete ich 2 Jahre in der Entwicklungshilfe.

Warum hast Du gekündigt?
Ich erwartete mein erstes Kind.

Hast Du schon während der Schwangerschaft nicht mehr gearbeitet?
Ich arbeitete bis im achten Monat.

Warum hast Du nicht früher aufgehört zu arbeiten?
Ich fühlte mich eigentlich gut und hatte im Gegensatz zu anderen Frauen eine sehr ringe Schwangerschaft. Dazu

kommt, dass, wenn ich mehr als 2 Monate vor der Geburt gekündigt hätte, der Schwangerschaftsanspruch entfallen wäre.

Wieviel wurde Dir dann nach der Geburt ausbezahlt?
Während 3 Wochen wurden mir noch 100% Lohn ausbezahlt.

Ist das alles?
Natürlich, ich kehre ja nicht zur Arbeit zurück!

Aber Du hast Dich immerhin mehrere Jahre eingesetzt im Spital!
Ja, wenn ich weiterarbeiten würde, hätte ich vor der Geburt 4 Wochen 100%, und nach der Geburt 8 Wochen 100% Lohnauszahlung erhalten.

Ist das überall, das heisst in allen Betrieben so geregelt?
Eben nicht, denn der ganze Mutterschaftsanspruch wird äusserst individuell geregelt. Meistens wird in der Privatwirtschaft grosszügiger gerechnet als in den öffentlichen Diensten, wobei schon zum Beispiel zwischen den städtischen und kantonalen Verwaltungen Unterschiede bestehen!



das konzept

die kritische Alternativzeitung

Informiert Sie darüber, worüber die anderen schweigen.

Gibt Ihnen Informationen, aber keine Belehrungen.

Jeden Monat, im Abonnement oder am Kiosk.

Ich abonniere ab sofort «das konzept» bis Dezember 1978:

Name, Vorname: _____

Strasse, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Beruf: _____

das konzept, Rämistr. 66, 8001 Zürich.

Mutterschutz im internationalen Vergleich

	Mutterschaftsurlaub	freiwillige Verlängerung	Lohnfortzahlung in % des Lohnes	Kündigungsverbot
Schweiz	8 Wochen	keine	3 Wochen bei 1 Jahr Anstellung 1 Monat bei 2 Jahren Anstellung 2 Monate bei 2-4 Jahren Anstellung 3 Monate bei 5-10 Jahren Anstellung % wie bei Krankheit	8 Wochen vor und 8 Wochen nach Geburt
BRD	14 Wochen	1 Jahr mit Kündigungsschutz	14 Wochen 100%	ab Beginn der Schwangerschaft bis 4 Monate nach Geburt
Österreich	16 Wochen	1 Jahr mit Kündigungsschutz	16 Wochen 100%	ab Beginn der Schwangerschaft bis 16 Monate nach Geburt
Italien	24 Wochen	6 Monate bei 30% und Kündigungsschutz	24 Wochen 80%	ab Beginn der Schwangerschaft bis 1 Jahr nach Geburt
Frankreich	14 Wochen	1 Jahr mit Kündigungsschutz	14 Wochen 90%	ab Beginn der Schwangerschaft bis 12 Wochen nach Geburt
Belgien	14 Wochen		14 Wochen 50%	
Niederlande	12 Wochen		12 Wochen 100%	
Schweden	12 Wochen	6 Monate für Vater oder Mutter mit Kündigungsschutz	12 Wochen 90%	keine Regelung
Polen	16-18 Wochen	auf Anfrage unbezahlter Urlaub mit Kündigungsschutz	16-18 Wochen 100%	ab Beginn der Schwangerschaft bis 16-18 Wochen nach Geburt
Ungarn	20 Wochen	3 Jahre bei 35% und Kündigungsschutz	20 Wochen 100%	
CSSR	24 Wochen		24 Wochen 100%	
qFRA-Vorschlag	16 Wochen	1 Jahr für Vater oder Mutter mit Kündigungsschutz	16 Wochen 100%	ab Beginn der Schwangerschaft bis Ende des unbezahlten Urlaubs

Verantwortlich: Anzeigengruppe, Kantonalspital des VPOD, Produktion: «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich, Swi und Druck: TA Zürich.

Sahel 1977: Die Nomaden im Niger stehen jedes Jahr vor den gleichen Problemen

Eine Reise zu den Tuareg-Nomaden

Entwicklung zur Wüste

Im Niger, einem der ärmsten Länder der Welt, steigen die Temperaturen jetzt ständig und erreichen im Juni Höchstwerte von 47° C. Bis zum Beginn der Regenzeit im Juli wird es nie mehr regnen. Die trockene Zeit, die eigentlich schon mit dem Ende der Niederschläge im Herbst des letzten Jahres begonnen hat, nähert sich ihrem Höhepunkt. Jedes Jahr stehen so die Nomaden vor denselben Schwierigkeiten: Wassermangel, völlig

ausgetrocknete und ungenügende Weiden für ihre Tiere. Im Jahre 1973 waren die Verhältnisse besonders gravierend. Die Viehbestände wurden damals bis auf kleine Resten zerstört. Heute haben sich die Herden wieder vergrößert, aber noch immer gibt es jedes Jahr diesen Engpass in der Trockenzeit. Auch hier hat der Kolonialismus das traditionelle Gleichgewicht zerstört.

F. Kummer/L. Haltmeyer



Gegen Abend beginnen die Frauen im Holzmörser die Hirse zu zerstampfen.

Der Niger ist mit seinen 3,5 Einwohnern pro Quadratkilometer eines der am wenigsten dicht besiedelten Länder. Das Bruttoerzeugnis verringerte sich im Jahr 1975 um 4,6% von 470 auf 450 Mio. Dollar. Das Land liegt im Süden der Sahara, in der sogenannten Sahelzone. Der Grossteil ist nur für eine extensive Viehwirtschaft geeignet (Kamele, Rinder, Ziegen und Schafe). Im Süden, wo sich auch die wichtigeren Städte befinden, wird Ackerbau betrieben (Hirse und Erdnüsse).

10% der 6-Mio.-Bevölkerung sind die ehemaligen Herren der Wüste, die Tuareg. Sie leben heute in den ärmsten und trockensten Gebieten am Südrand der Sahara. Ihre ehemaligen Abhängigen - die schwarzen Haussa und Djerna - besetzen in der Militärregierung von Kountié alle wichtigen Posten. Der soziale Status der Tuareg ist in den letzten Jahren stark gesunken. Ihr Selbstbewusstsein ist in der Regel aber noch sehr gross, und sie schauen verächtlich auf die sesshaften und ackerbaubetriebenden Neger hinab. Sie selbst ziehen in einem jahreszeitlichen Wechsel den Weiden nach.

Bis jetzt interessierte sich niemand sonderlich für die Probleme dieser Nomaden, die grosse Kampagne während der Saheldürre von 1973 einmal ausgenommen. Die Hilfe war damals sehr schlecht organisiert, die fehlende Infrastruktur ein grosses Hindernis. Seit man aber im Niger bedeutende Uranvorkommen gefunden hat, beginnen sich plötzlich wichtige Kapitalkreise aus den Industriestaaten für das Land zu interessieren. Der Präsident kündigt den Ausbau des Strassennetzes an. In Arlit, mitten in der Wüste, entsteht eine

wichtige Produkte eintauchen und die Hirse von seinen abhängigen Sesshaften bezog.

Die «Befreiung» dieser Abhängigen, das heisst die Abschaffung der Sklaverei durch die Franzosen, so positiv sie im europäischen Kampf für die Menschenrechte auch angesehen werden mag, führte dazu, dass die Tuareg nun auch für die Hirse in Geld zahlen müssen, ebenso für Salz, das sie nicht mehr selber in langen Karawanenreisen einhandeln können, da mit der Einteilung des Gebietes in Nationalstaaten die Weiden für Nomaden geschlossen sind und auch der Transport mit Kamelen nicht mehr rentiert.

Auch der Ackerbauer in der Sahelzone muss natürlich Steuern bezahlen. Er beginnt deshalb, für den Markt zu produzieren. Er plant den Ernteertrag, der exportiert werden muss, auf Kosten der Produktion der Hirse, also des Hauptnahrungsmittels geht. Falls diese zur Deckung der Lebensbedürfnisse ausreichen soll, muss der Bauer mehr anbauen. Das als Ackerland bebauten Gebiet nimmt also auf Kosten des Weidelandes für Nomaden ständig zu. Dies wird immer mehr in die schlechten Randgebiete verdrängt.

Die Vergrößerung der Herde als Strategie gegen den Hunger

Auch die Bevölkerung nimmt dank der verbesserten medizinischen Versorgung zu, was ein weiterer Grund für den Tuareg ist, seine Herde möglichst zu vergrössern. Je grösser seine Herde ist, desto sicherer fühlt er sich, denn nur durch sie kann er zu Geld kommen. Ihr Wert ist allerdings im Vergleich zum Wert der Hirse gesunken, so dass auch hier der Nomade im Nachteil ist.

Gerade diese Übergrösse der Herde aber zerstört das natürliche Gleichgewicht mit der Natur weiter: Die Weiden werden für so viele Tiere zu klein, sie werden daher überweidet, das heisst die Grasdecke wird zerstört, so dass gewisse Gebiete allmählich vegetationslos werden und sich in Wüste verwandeln. An diesem Beispiel sieht man deutlich, dass es Veränderungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich sind, die zur Veränderung der Umwelt geführt haben und auch wieder Rückwirkungen auf das Klima haben. Von gewissen Autoren wird diese Strategie der Tuareg, sich mit einer möglichst grossen Herde gegen schlechte Zeiten abzusichern, meist als irrational bezeichnet. Mit der Grösse der Herde wolle der Tuareg nur seine Prestige gegenüber den andern erhöhen! Aber auch dieses letzte Mittel der Tuareg ist heute wirkungslos geworden, ja beschleunigt sogar die Ausbeutung der Natur.

Im Herbst 1976 haben wir im Niger einen Monat lang mit Tuareg zusammengelebt, zuerst zwei Wochen in Hütten am Stadtrand von Agades, dann zwei Wochen in einem Nomadenlager draussen bei den Weiden, 50 km vom nächsten Tuareglager in Tuareg und Araber Viehzüchtern. Sie ziehen in einem jahreszeitlichen Wechsel mit ihren Tieren den Weiden nach. Das Lager bei Tschin-sakan, wo wir uns aufhielten, besteht aus sieben Hütten, die leicht transportierbar sind. Es leben dort an die 40 Leute, die zusammen ungefähr 50 Kamele, 100 bis 200 Ziegen und Schafe sowie viel Vieh besitzen. Sie leben hauptsächlich von ihrer Milch und der Hirse, die sie auf den Märkten gegen ihre Tiere eintauschen.

Nach Sonnenaufgang werden die Tiere von den Weiden, wo sie die Nacht verbracht haben, herangezogen und werden gemolken. Die Jungtiere werden im Lager angebunden, während die übrigen zum täglichen Gang zum Brunnen bereitgemacht werden. Dieser befindet sich in einer Entfernung von 6 km. Es handelt sich um einen 30 m tiefen Schacht, dessen Rand Wasser mit einem Seil heraufgezogen werden muss. Dieser Gang zum Brunnen prägt den Tagesablauf auch im Lager entscheidend.

Die zurückbleibenden Leute scharren nach der gestrigen Glut und einfachen ein Feuer. Dann beginnt das langwierige Kochen des Wassers, um daraus Milch zu machen. Die Milch wird etwas abgekühlt, die Sonne steht schon hoch am Himmel, wenn das letzte Glas ausge-trunken ist. Die zunehmende Hitze lässt alle in die Hütte und ihren Schatten flüchten. Man spricht noch etwas miteinander. Das letzte Wasser geht zur Weige. Es wird immer heisser und wärmer, bis um mittlich um die 45 Grad. Alles verstaubt und legt sich zum Schlafen nieder.

Während der grössten Mittagshitze macht das Lager einen ausgestorbener Eindruck. Auch die zurückgebliebenen Tiere ruhen lustlos am Gras und verzehren sich ebenfalls in den Schatten eines Dornestrüpps oder Baumes. Die Sonne wandert über das Dach der Hütte. Die Matten werden von der Ost- auf die

Westseite verschoben. Der lange Nachmittag beginnt.

Plötzlich hört man Rufe. Die Leute kehren endlich mit ihren Tieren vom Brunnen zurück. Zuerst erscheinen die Frauen mit den Eseln. Diese tragen unter dem Bauch die mit Wasser prall gefüllten Cerbas (abgedeckte Felle). Endlich kann man den Durst löschen. Das Lager erwacht zu neuem Leben. Die Frauen beginnen im Tindi - dem Holzmörser - die Hirse zu zerstampfen. Die Männer trinken unterdessen den zweiten Tee im Schatten vor der Hütte. Einige drehen aus Baststreifen die Seile, die sie beim Brunnen benötigen.

Eine Gruppe von Frauen und Kindern zieht aus dem Lager hinaus. Sie sammelt kleine Früchte und bringt auch manchmal Igel oder Eidechsen zurück. Das Gesammelte bildet als Vitaminlieferant einen wichtigen Teil der Nahrung.

Nach Sonnenuntergang werden die Tiere wieder ins Lager getrieben und gemolken. Überall hört man das Spritzen der Milch beim Melken. Schäumend wird sie in den Holzleimern aufgefangen und noch «kamelwarm» zu den Hütten gebracht. Dort ist zwischen die Hirse in heraufgezogenen Töpfen eingekocht worden. Nun wird sie zusammen mit der Milch in ein hölzernes Gefäss getan und halb kauend, mehr schlürfend verzehrt. Dieser ungesalzene und ungewürzte Hirsebrei bildet die Hauptmahlzeit. Männer und Frauen essen getrennt.

Nach dem Essen treffen sich die Leute vor einigen Hütten. Lange Gespräche werden geführt. Witze werden erzählt. Die Leute sprechen mit uns, sprechen über uns. Wir beherrschen die Sprache ungenügend. Das meiste bleibt unverständlich, nicht mittelbar. Wie wirken wir auf sie? Heissen wir sie, kommen sie von uns? Umgekehrt empfinden wir trotz der grossen Fremdheit eine starke Sympathie für die Leute, für ihre fröhliche Art, für ihre Offenheit. Gleichzeitig herrscht aber eine starke Verunsicherung. Was wollen wir eigentlich hier? Sind nicht auch wir ein Teil des Neugeschehens, der die Lastwagen durch die Wüste rollen lässt, den Leuten hier zusehends die Lebensgrundlage entzieht, die Rohstoffe des Landes ausbeutet? F. K. L. H.

Advertisement for 'team' magazine. It features the magazine's logo at the top, followed by the text 'im September-Heft: Festivals: Der Traum von Woodstock'. Below this is a cartoon illustration of a man with a large nose and a hat, looking thoughtful. Further down, the text reads 'Siedler in der Toscana: Schöne neue Welt' and 'Auto-Sektierer'. The overall design is bold and graphic, typical of the 'das Konzept' magazine.

Eindringen des Kolonialismus in das traditionelle System

Die Tuareg, deren Produktionsweise wie die aller Nomaden während Jahrhunderten darin bestand, ihre natürliche Umgebung maximal auszunützen, ohne dabei an ihr Raubbau zu betreiben, sind heute nicht mehr in der Lage, dieses Gleichgewicht aufrecht zu erhalten. Der Kolonialismus der Franzosen und heute der Neokolonialismus der gesamten westlichen Welt haben ihr System in den Teufelskreis der kapitalistischen Marktzwänge gezogen, was so einschneidende Veränderungen mit sich brachte, dass man heute oft vom Untergang des Nomadentums spricht.

Die grösste Schwierigkeit ist für den Tuareg die Bezahlung der Steuern. Diese muss er natürlich mit Geld entrichten, so dass er gezwungen ist, pro Jahr eine Anzahl Tiere aus seiner Herde zu verkaufen, während er diese früher direkt gegen Salz, Stoff und andere

3 LPs von kritischen Schweizer Liedermachern

Lieder gegen die Obrigkeit

1977 wird als das Jahr der aufmüpfigen Liedermacher in der Schweizer Musikproduktion eingehen (aus unserer Warte, aus der anderen wird es das Jahr des «Tell!», der «Swiss Lady» und von Che & Ray gewesen sein...). Nach den bereits besprochenen Schallplatten von Aernschd Born und Martin Heiniger («das Konzept» No. 6/7) sind mittlerweile drei neue hörens- und anschaffenswerte LPs erschienen. Hugo Faas hat sie sich aufmerksam angehört.

Lokalpatriotismus first. In der Spielaison 76/77 fiel im Theater am Neumarkt eine Produktion ins Wasser. In kürzester Zeit musste ein Ersatzprogramm gefunden werden. Aus diesem «Ersatz» wurde ein «Hit» der Saison. Den «Liedern gegen den Tritt» war ein so grosser Erfolg beschieden, dass sich der neue Zürcher Tonträgerverlag Voxpop (der geneigte Leser vermutet hinter diesem Namen nicht zu Unrecht etwas Lin-

Neumarkttheater Zürich: «Lieder gegen den Tritt» (Voxpop 4002, Verlag Voxpop, Kanzelestr. 63, 8004 Zürich) Urs Hostettler, Martin Diem, Luc Mentha: «Lieder und Tanz us dr Schwyz» (Image U-775 006) Aernschd Born, Martin Hauenberger, Jürg Jegge, Gusti Pollack und Fritz Widmer: «Trotz der Obrigkeit», Lieder zur Schweizer Geschichte (Zytlogge, zyt 30)

kes...) entschloss, dieses Liederprogramm auf einer LP herauszubringen. Dank dieser Initiative der Voxpop wurde ein wichtiges kulturelles Ereignis festgehalten, das von «offiziöser» Seite nur zu gerne der Vergessenheit übergeben worden wäre (so soll z. B. das neue Neumarkt-Ensemble «auch nicht mehr wie früher sein»).

Gegen die Tritte von fünf Jahrhunderten

Die «Lieder gegen den Tritt» stammen aus fünf Jahrhunderten und haben

allesamt Texte, in welchen gegen die jeweiligen herrschenden Klassen aufgebracht wird. Die Lieder stammen aus Deutschland, wo das politische Lied eine viel grössere Tradition als in der Schweiz hat. Aber der Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Herrschaft ist ja ohne nationalstaatliche Grenzen. Deshalb sprechen diese gut ausgewählten Lieder auch uns direkt an.

Da es sich bei den Schauspielern des Neumarkt-Theaters nicht um professionelle Sänger handelt, fühlt man auch keine allzu starke Diskrepanz, wenn man versucht, diese Lieder mitzusingen. Dank diesem Umstand und einem der Platte beigegebenen Textposter gehören diese Lieder bald einmal zu den «Top Ten» der persönlichen Hitparade. Wenn man sich diese LP auflegt, zieht man mit den Bauern in den Kampf gegen ungenügende Verhältnisse, hin zu Aristokraten an die Laternen, macht sich über die Freifrau von Droste-Vischering lustig, singt die Bauernmarseillaise, wehrt sich gegen faule Kompromisse und gegen Faschisten, ja selbst Herrn Cicera windet man ein besonderes Kränchen. Kurzum, man begreift sich Glied einer langen Kette, gebildet von all denen, die sich gegen den Tritt aufgelehrt haben. Viele dieser Lieder stammen aus Zeiten, da die Unterdrückung besonders stark war und sich Mutlosigkeit breitmachte. Trotzdem werden diese Lieder gesungen, nicht zuletzt deshalb auch «Lieder gegen die Resignation» genannt werden. Und solche Lieder haben wir gerade jetzt weiss Gott

Dies sah man während der Hungersnot von 1973, als die Nomaden im Norden des Sahel aus ihren völlig ausgetrockneten und aufgebrauchten Weiden in den Süden zu ziehen versuchten, während der Reise aber keine besseren Weiden fanden, so dass die meisten etwa 80% der Tiere verloren. Heute sind die Herden noch klein, aber in einigen Jahren werden sie dieselbe Grösse erreicht haben, und dasselbe Problem stellt sich von neuem. Falls es nicht irgendwie gelingt, die Aufzucht unter Kontrolle zu bringen.

Hilfe oder Ausbeutung?

Die meisten Massnahmen, mit denen das Ausland und die Regierung des Nigers den Tuareg zu helfen versuchen, vergrössern nur ihre Abhängigkeit vom Kapital und von moderner Technologie. Viele der neuen Brunnen sind artesisch, das heisst, das Wasser fliesst ständig und versickert ungenutzt, wenn keine Nomaden dort sind. Sie können auch nicht von den Nomaden selbst geflickt wer-

den, dazu müssen westliche Techniker herbeigezogen werden! Man plant auch den Bau von grossen Viehzucht-Ranches, wo die Nomaden sesshaft würden und mit Hilfe von Agraringenieuren eine genau geplante und für den Export bestimmte Viehzucht betreiben würden. Dies alles, obschon man eigentlich weiss, dass das Nomadisieren für dieses Gebiet die ideale Lösung ist. Wieder einmal sucht man nur nach Lösungen, die sich ins kapitalistische System integrieren lassen. (Vgl. zu diesem Thema Nr. 6/77 von «das Konzept» den Artikel von D. Senghaas für ein alternatives Entwicklungskonzept.)

Literatur Comitis d'Information Sahel. Qui se nourrit de la lamaine en Afrique? Paris, 1975. Copans, J., Sécheresses et famines du Sahel, Paris, 1975. Nicolaïsen, J., Ecology and Culture of the Pastoral Tuareg, Kopenhagen 1963. Unesco-Kurier, Sahel, Auszug ohne Rückkehr, Bern 1975/Nr. 4.

bitter nötig. (Voxpop 4002, Verlag Voxpop, Kanzelestrasse 63, 8004 Zürich)

Ungestützte Schweizer Lieder

Obschon grundverschieden, ist die LP «Lieder und Tanz us dr Schwyz» von Urs Hostettler, Martin Diem und Luc Mentha eine gute Ergänzung zu den «Liedern gegen den Tritt». Urs Hostettler hat sich in dem Archivieren auf die Suche nach alten Schweizer Liedern gemacht, die noch nicht von Schullehrern und Moralhütern auf schweizerisches Mittelmaass zurechtgestutzt worden sind. Die Ausbeute darf sich sehen lassen. Die Auflehnung und politische Engagement sind vielleicht nicht ganz so offensichtlich, aber es wird einem durch diese Lieder klar, dass eben vieles anders war, als es uns die Schule weismachen will. So findet sich auf dieser LP



die Geschichte vom Jungbauer, der eine Reiche heiraten könnte, aber das arme Mädchen und die harte Arbeit dem bequemen Leben vorzieht. Direkt engagierte Lieder sind «dr arm burestand» und die «ballade vom klaus leuenberger», dem «Bauernkönig» aus dem grossen Schweizer Bauernaufstand von 1653. Auf einer anderen Ebene sind Hostettler, Diem und Mentha ebenfalls engagiert: Ihre Musik ist ehrlich und voll echter Einfühlung in diese alten Texte, und die Instrumentalnummern gehören zum Besten dieser LP. (Image U-775 006)

Korrektur am Geschichtsunterricht

Hostettler & Co. finden wir wieder, zusammen mit Aernschd Born, Martin Hauenberger, Jürg Jegge, Gusti Pollack und Fritz Widmer auf der LP «Trotz der Obrigkeit». Bei diesen «Liedern zur Schweizer Geschichte» handelt es sich teils um wiederentdeckte Gesänge, teils um alte Kampflieder mit neuen Texten oder um neue Lieder, die das Bild der Schweiz korrigieren, wie wir es aus dem Geschichtsunterricht kennen. Martin Hauenberger z. B. findet die Parole, diese Lieder sind von Morgarten und einer heutigen Demonstration oder vergleicht das Reisläufergeschäft mit den Machenschaften Bürlers. Jürg Jegge singt von der Solidarität unter den Bauern, die verschiedenen Herren gehörten, übersetzt die Carmagnole für Schweizer, in der er hängt gleich noch ein paar Strophen aus der Sicht der Schweizergerade daran. Gusti Pollack und Fritz Widmer stellen den Kontakt zur heutigen Zeit her, die Urs Hostettler im Nestlé-Song «Baby Finer» und Aernschd Born in einer neuen Version des «Kaisergugelhühners» besingen. Auch diese LP gehörte als Obligatorium in jedes Schulhaus, was allerdings noch einige Zeit dauern dürfte, bis es soweit ist.

Am Radio wird diese - wie auch die beiden anderen LPs - kaum je zu hören sein, da sie engagiert und deshalb zu wenig ausgenutzt sind... Dies allein zeigt schon, wie wichtig diese drei Schallplatten sind. Hugo Faas

Nach dem Studienabschluss arbeitslos

«Leistung» ist wieder gefragt

Noch vor wenigen Jahren forderten fortschrittliche Wirtschaftskreise – z.B. über die «Gesellschaft für Hochschule und Forschung» – einen grosszügigen Ausbau der Hochschulen. Es grassierte die Angst, dass die Schweiz wegen eines zu geringen Ausmasses der Hochschulen den Anschluss im internationalen Konkurrenzkampf verpassen könnte. Inzwischen hat sich die Situation weitgehend verändert. Die unvermittelt einsetzende Rezession führte zu einer radikalen Korrektur

der Bedarfs nach Hochschulabsolventen nach unten. Architekten und Bauingenieure finden sich in den Lehren vor den Arbeitslosen. Statt einem Lehrermangel herrscht «Lehrerberfluss». Primarlehrer werden heute sogar behördlich ins Voralpengebiet exportiert, Hochschulabsolventen haben also Schwierigkeiten auf dem Stellenmarkt. Welches sind die Ursachen dieser Schwierigkeiten? Hat ein Diplomatier wirklich mehr Schwierigkeiten als ein Arbeiter?

Im September 1976 wurden in der Schweiz 340 000 Arbeitskräfte weniger beschäftigt als im September 1973. Die offizielle Arbeitslosenquote hat demgegenüber einen Höchststand von «nur» 8,32 000 Arbeitslosen ausgewiesen. Heute hat die Arbeitslosenquote wieder ein Niveau erreicht (0,4% aller Erwerbstätigen), dem zufolge Volkswirtschaftler und Statistiker von Vollbeschäftigung reden, da die Arbeitslosenquote unter 1% gesunken ist. Die Ursachen für die auffällige Diskrepanz zwischen der Zahl der gemeldeten Arbeitslosen und dem tatsächlichen Verlust an Arbeitsplätzen sind bekannt: Entlassene und gezwungenermassen rückgewanderte Fremdarbeiter sowie stellenlos gewordene «Zwei-Klassen-Frauen» – erscheinen nicht in der Statistik.

Nur aufgrund dieser gegenwärtigen Situation auf dem Arbeitsmarkt kann die Arbeitslosenquote von Hochschulabsolventen und deren Schwierigkeiten bei der Stellenbeschaffung analysiert und interpretiert werden. Es geht schliesslich nicht darum, nur die Probleme von Hochschulabsolventen zu beklagen und auf der politischen Ebene Verbesserungen und Hilfe für diese einzelne Gruppe zu fordern. Wie stark allerdings die Studienpolitik bei den bis kurzem privilegierten Akademikern noch verankert ist, zeigt deren geringer gewerkschaftlicher Organisationsgrad. Lediglich die Architekten und Ingenieure, die durch die Rezession relativ stark betroffen worden sind, sind vermehrt in die Gewerkschaften eingetreten.

Überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit

Wie steht es nun um die Arbeitslosigkeit der Hochschulabsolventen? Eine kürzlich erstellte Biga-Studie¹ kommt zum Schluss, dass die Arbeitslosigkeit bei den Beschäftigten mit Hochschulabschluss grösser ist als bei den anderen Beschäftigten:

Bei den Arbeitnehmern mit Hochschulabschluss gibt es etwa neun offene Stellen auf 100 Ganzarbeitslose, während es bei den Arbeitnehmern ohne Hochschulabschluss etwa 46 offene Stellen sind (berechnet aufgrund der Ergebnisse der Biga-Studie). Es scheint so, dass die Hochschulabsolventen mehr Schwierigkeiten haben, eine angemessene Stelle zu finden, als andere Berufstätige, da das Verhältnis zwischen offenen Stellen und Arbeitslosen bei den Hochschulabsolventen schlechter ist als bei den anderen Arbeitnehmern. Es besteht damit auch kaum eine Möglichkeit, mit Hilfe von «Massnahmen der Umschulung, der Mobilitätsförderung, der Weiterbildung, der Erhöhung arbeitsmarktlarer Transparenz» (Biga-Studie) die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, weil zu wenig offene Stellen vorhanden sind, für deren Besetzung ein Hochschulabschluss erforderlich ist. Die Chancen für Hochschulabsolventen, eine Beschäftigung zu finden, bei der weniger formale

Qualifikation verlangt wird, sind ebenfalls gering:

Sobald der Hochschulabsolvent eine bessere Stelle gefunden hat, wird er vermutlich die Stelle wechseln, oder er wird mit seiner Stelle unzufrieden sein und als Folge davon vielleicht zuwenig leisten, um in ein Arbeitsteam bringen und damit den Arbeitsprozess stören. Unzufriedenheit und zu häufiger Stellenwechsel treiben die Betriebskosten in die Höhe und lassen den Gewinn schrumpfen. Deshalb schätzen die Unternehmer überqualifizierte Arbeitskräfte nicht unbedingt. Sofern nicht durch Massnahmen politischer Instanzen mehr Stellen für Hochschulabsolventen angeboten werden, wie z.B. durch den Ausbau des Mittelbaus an den Universitäten, Förderung der Forschung an den Hochschulen usw., sieht die Zukunft für Hochschulabsolventen – kurzfristig zumindest – eher düster aus².

Hochschulabsolventen in besonderer Situation?

Eine kurze Kritik an der Biga-Studie sei hier gestattet. Ich glaube nicht, dass die Hochschulabsolventen mehr Schwierigkeiten haben als andere Berufstätige, eine angemessene Stelle zu finden. Wenn wir uns nämlich vor Augen halten, dass 340 000 Arbeitsplätze in relativ kurzer Zeit vernichtet wurden, dann ist unschwer zu erkennen, dass solche Zahlen auf etwas wackligen Grundlagen berechnet wurden. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit bei den Arbeitnehmern ohne Hochschulabschluss ist sehr viel grösser, als sie in der offiziellen Arbeitslosenstatistik erscheint.

Immerhin gibt es einige Hinweise, dass die Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt stossen als bestimmte andere Berufsgruppen, wo der Ausländeranteil und der Frauenanteil an den Beschäftigten vermutlich relativ gering ist (vgl. Tabelle). Ich halte dies für ein Zeichen der **Betroffenheitsintensität** – eine Masszahl, die angibt, wie stark eine bestimmte Berufsgruppe von der Arbeitslosigkeit im Vergleich zu anderen Berufsgruppen betroffen ist – bei den Architekten und Ingenieuren ist höher als bei den Ingenieur-Technikern³, Technikern ohne Hochschulabschluss.

Gegenmassnahmen scheitern politisch

Arbeitslosigkeit kann nach Prof. Würgler von der ETHZ mit *wirtschaftspolitischen Massnahmen* bekämpft werden. Solche Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit bei Hochschulabsolventen sind jedoch ungenügend. Mögliche Veränderungen und Verbesserungen von Arbeitsplatzanforderungen, die in Zukunft mögliche Arbeitslosigkeit verhindern könnten, werden bei den massgeblichen Instanzen noch kaum diskutiert. Um beispielsweise einem allfälligen Überangebot an hochspezialisierten Fachkräften in den neunziger Jahren vorzuzukommen, wäre eine Neuordnung des Arztstudiums in Richtung Primär- und Sozialmedizin, ausgerichtet

lich die Arbeitslosenintensität bei den Ingenieuren-Technikern HTL, Technikern niedriger als bei den Architekten und Ingenieuren.

Das wirtschaftliche Überleben bei Konjunkturrückgang zwingt die Unternehmer – mit Ausnahme vielleicht der Multis und der Banken, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht längerfristige Perspektiven verfolgen können – die Ausbildungskosten, zusätzlich zur formalen Ausbildung von den Unternehmungen aufgebracht werden müssen, möglichst gering zu halten. Da nutzen den Hochschulabsolventen auch «umfassende Handlungsfähigkeit» nichts, die einen flexiblen Einsatz der Arbeitskräfte für die verschiedensten Tätigkeiten ermöglichen würden. Die Anlernzeit ist für die Unternehmer zu kostspielig. Dies betrifft in besonderer Weise **Neuabsolventen von Hochschulen, die keine Berufserfahrung mit sich bringen**.

Die «handlungsfähigen» Hochschulabsolventen, wie sie auf Vorschlag des Wissenschaftsrates herangebildet werden sollen, können nur dann eine Beschäftigung finden, wenn sich das Beschäftigungssystem in eine bestimmte Richtung entwickelt. Notwendig wäre ein Beschäftigungssystem, das hinsichtlich auf Arbeitskräfte angewiesen ist, die in ihrer Ausbildung nicht so sehr Wissen anhäufen, als vielmehr eine Grundausbildung durchlaufen, die sie befähigt, komplexe Problemsituationen und Theorien zu verstehen und in die gesellschaftlich und betrieblich Praxis umzusetzen. Ein Beschäftigungssystem also, das den beruflichen Wechsel

Betroffenheitsintensität akademischer Berufe – März 1977			
Die Betroffenheitsintensität ist ein Mass, das angibt, wie gross die «berufsspezifische Konzentration der Ganzarbeitslosigkeit» ist. Je grösser die Indexzahl, desto stärker ist die entsprechende Berufsgruppe von der Arbeitslosigkeit betroffen. Ein Wert von 100 bedeutet, dass die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit in der entsprechenden Berufsgruppe gleich gross ist wie bei allen Beschäftigten in der Schweiz insgesamt. Wenn der Index grösser ist als 100, dann ist die Betroffenheit grösser.			
Architekten und Ingenieure	457	Berufe der Rechtspflege	114
Architekten und Landesplaner	525	Berufe der Heilbehandlung	54
Architekten	543	Zahn-, Zahnärztinnen	49
Maschineningenieure	404	Wissenschaftl. und verwandte Berufe	204
Elektroingenieure	862	Chemiker	120
Ingenieur-Techniker HTL, Techniker	148	Wirtschaftswissenschaftl., Marktforscher	455
Bauzeichner	287	Psychologen, Soziologen	1445
Maschinen-, Fahrzeugtechniker	141	Berufe in Unterricht und Erziehung	134
Elektro- und Elektroniktechniker	121	Primarlehrer	212
Chemiker-Techniker	209	Berufe in Seelsorge und Fürsorge	100

Quelle: BIGA-Studie

che Lösung bevorzugt wurden. Trotzdem: Im Kanton Genf werden Teilzeinstellungen bei den Lehrern auf Mittelschul- und Berufsschulstufe gefördert, die die Ganzarbeitslosigkeit möglichst auf einem geringen Niveau zu halten. Solche Lösungen sind dagegen im Kanton Zürich angeblich aus pädagogischen Gründen kaum möglich. Es wird sogar von einer Erhöhung der Pflichtstundenzahl bei den Mittelschullehrern gemunkelt. Arbeitsmarktkämpfung und Sozialpolitik ist zu kurz gekommen.

Eine Ansicht, die oft geäußert wird, um Arbeitsmarktprobleme zu lösen, besteht darin, dass das Bildungssystem und das Beschäftigungssystem «entkoppelt» werden müsste: Anstelle von bestimmten Berufsausbildungen, mit einer bestimmten geringen Flexibilität, muss berufliche Flexibilität treten, d.h. die Bereitschaft, den Beruf zu wechseln. Also stärkere Betonung der Allgemein- oder Grundausbildung vor der Spezialisierung, Aneignung von Fähigkeiten, neue, stets wechselnde Berufsaufgaben zu meistern. Daringehend müsste sich z.B. der bekannte Berliner Bildungswissenschaftler Prof. Becker.

Ähnliche Überlegungen liegen anscheinend auch dem 3. Forschungsbericht des Wissenschaftsrates zugrunde, der festhält, dass das *«allgemeine Bildungsziel, die umfassende Handlungsfähigkeit ist. Die Studien sind so zu gestalten, dass nicht vor allem Wissen angehäuft, sondern Verständnis komplexer Problemsammenhänge und Theorien gefördert, die Handhabung von Methoden gelernt und ein angemessener Bezug zur gesellschaftlichen und beruflichen Praxis hergestellt wird. Dabei wird das Ziel der Handlungsfähigkeit nicht nur aus ethischen und gesellschaftspolitischen Erwägungen heraus formuliert. Es wird auch darauf hingewiesen, dass der handlungsfähige Hochschulabsolvent die grösseren Chancen habe, die arbeitsmarktlischen Wechselnagen zu meistern.»* (Biga-Studie)

Berufserfahrung gefragt

Diese Zielsetzungen, wie sie von Becker und auch vom Wissenschaftsrat zum Ausdruck gebracht werden, sind zum Teil politisch durchaus vertretbar, aber es genügt nicht, diese Postulate zu formulieren in der Hoffnung, sie würden sich schon irgendwann einmal erfüllen. Politisch notwendig ist nämlich auch, die unabdingbaren Voraussetzungen für die Durchsetzung solcher Ziele zu benennen und zu fordern. Andernfalls stossen diese (idealistischen) Zielvorstellungen an der Realität: Die Unternehmer möchten ihre Gewinne optimieren. Sie greifen deshalb in Zeiten des Konjunkturrückgangs bzw. bei einem Überangebot von Arbeitskräften in der Regel auf solche Arbeitskräfte zurück, die über genügend und möglichst spezialisierte Berufserfahrung verfügen. Auch werden sie vermutlich die tiefstmögliche formale Qualifikation für eine Stelle beschafften, um die Personalkosten niedrig zu halten. (Deshalb ist vermut-

und eine breit gestreute, allgemeine, d.h. nicht so extrem spezialisierte Qualifikation zur Voraussetzung hätte.)

In welche Richtung sich jedoch das Beschäftigungssystem entwickelt, kann nur die *«gewerkschaftlichen Methoden»* (Biga-Studie) kaum vorausgesagt werden. Es werden nämlich jene Kapitalbesitzer, Arbeitsplatzinvestitionen getätigt, die den höchstmöglichen Profit ergeben. Und wer weiss heute schon, ob nicht vielleicht in Zukunft auf der höchsten Ebene der Beschäftigungshierarchie die Hochschulabsolventen traditionellere einzuweisen gedenken, eine verschärfte Spezialisierung stattfindet, während auf einer unteren Ebene der Beschäftigungshierarchie als Folge von Automatisierung die Flexibilität der Beschäftigungssystem nicht mehr nötig sind, wenn es um die Überwachung von komplexen Maschinensystemen – bei gleichzeitiger Dequalifizierung und struktureller Arbeitslosigkeit? Bei arbeitsmarktlischen Wechseln, d.h. wenn bestimmte Spezialisten im Beschäftigungssystem nicht mehr nötig sind, wird – möglichst kostensparend für die Wirtschaft –, eine neue Generation von Spezialisten herangezogen und die ältere Generation zum alten Eisen geworfen.

Sinnlose Prognosen

In einer Erhebung des *Vorortes* von 1970 wurde der Bedarf an Hochschulabsolventen aufgrund der Entwicklung der Zuwachsraten in der Vergangenheit mehr oder weniger in die Zukunft extrapoliert. Da diese Zuwachsraten sehr gross waren, befürwortete die Wirtschaft einen massiven Ausbau der Bildungsinstitutionen und unterstützte die politische Forderung nach Chancengleichheit. Die Wirklichkeit und die 1970 prognostizierten Werte differieren im heutigen Zeitpunkt natürlich gewaltig. So erreichte der effektive Zuwachs von beschäftigten Akademikern in der Privatwirtschaft zwischen 1970 und 1975 nur 10 Prozent der prognostizierten Zuwachsraten von 1970.

Trotzdem werden heute wiederum Zukunftsprognosen – diesmal mit kleineren Zuwachsraten von benötigten Hochschulabsolventen – aufgestellt, die jedoch kaum eintreffen werden, und wenn schon, dann eher zufällig. In weniger Jahren können sich die Prognosen für die Bewertung des zukünftigen Akademikerbedarfs nämlich wieder stark ändern. Schlüssige Kriterien, die eine zuverlässige Prognose erlauben würden, gibt es unter den Voraussetzungen kapitalistischer Produktionsweise nicht oder nur bedingt, vor allem deshalb, wenn ganz bestimmte Voraussetzungen und Randbedingungen aus der nationalökonomischen Theorie ausgeblendet und nicht analysiert werden.

Die Einschätzungen der gegenwärtigen Situation und der zukünftigen Entwicklung sind daher relativ wenig genau, je nach Standpunkt: Die einen meinen, das Beschäftigungssystem sei durch die Rezession etwas kopflastig geworden, d.h. es seien zu viele Fremdarbeiter ins Ausland zurückgekehrt und es habe deshalb zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte und zu wenig qualifizierte Arbeiter – eine Situation, wie sie für

den gegenwärtigen Arbeitsmarkt sicher zutrifft. Die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt seien deshalb im Zuge qualitativ, beim unqualifizierten Personal zu erwarten. Andere wiederum glauben, dass durch die massive Einwanderung von Ausländern die Wirtschaftsstruktur zementiert und konserviert wurde, notwendige Umstrukturierungen auf dem Beschäftigungssystem im Zuge qualifizierter Arbeitskräfte nicht oder zu spät stattgefunden habe und sich die schweizerische Wirtschaft deshalb langfristig vermehrt auf hochqualifizierte Arbeitskräfte abstützen müsse.

Härte, Hartnäckigkeit ...

Wir wissen jedoch, welche Qualitäten und Fähigkeiten in der nächsten Zukunft sicher verlangt werden: Der *«Ausleseprozess ist schärfer, die Konkurrenz zwischen Akademikern und Nichtakademikern ist grösser geworden. Nicht so sehr der Abschluss ist wichtig als die Persönlichkeit»*, was das *«Durchsetzungsfähigkeiten, Weiterbildungsfähigkeiten, Hartnäckigkeit, Härte gegenüber sich selbst»*, Leistung, Leistung, Leistung. So ist der ehemalige Allenspark von Schweizerischen Vorort an einer Tagung in Dullikon zur Beschäftigungssituation von Hochschulabsolventen. Zur Illustration genügt ein Blick in die Stellenanzeigen: wahre «Leistungsmodelle» sind gefragt, wie ein Tagungsteilnehmer merkte.

Eine mögliche Lösung, die Arbeitsmarktsituation aller Berufstätigen zu überwinden, besteht vielleicht darin, die Arbeitsplatzanforderungen umfassender zu gestalten oder zu «vertikalisieren», d.h. die verschiedenen Tätigkeiten in einem Arbeitsmodell zu integrieren, das nicht immer etwa das gleiche Qualifikationsniveau verlangen, sondern dieselbe Person würde unterschiedlich qualifizierte Arbeit verrichten (tendenzielle Auflösung der fatalen Trennung in Kopf- und Handarbeit). Dazu ist es jedoch notwendig, bestimmte Randbedingungen der gegenwärtigen Produktionsweise, die im wesentlichen auf Surplus-Abschöpfung und Privilegierenshaft beruht, aufzubrechen und die zukünftig wünschbare Produktionsweise zu planen. Sonst bleibt letztlich nur der fatalistische (Kurz-)Schluss übrig, dass *«die liberale Forderung nach einem freien Hochschulzugang ... von den Absolventen die ebenso liberale Bereitschaft verlangt, die Konsequenzen der freien Entscheidung auch weitgehend privat zu tragen»* (Biga-Studie).

Damit werden allerdings grundlegende Überzeugungen des Liberalismus aufgegeben. Letztlich ist dann auch die Forderung nach «expliziten Bedarfsrechnungen», die angeben sollen, wie viele Akademiker die Gesellschaft ausbilden soll, problematisch und lediglich eine unerfüllbare Willkür. Abhängen nicht jene politisch durchzusetzenden Voraussetzungen wissenschaftlich analysiert werden, die geschaffen werden müssen, um Bedarfsrechnungen tatsächlich zum Erfolg zu führen und das Bildungssystem und das Beschäftigungssystem «entkoppelt» adäquanter abzustimmen.

Friedrich Müller

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung: die Gratis-Rubrik



für die Reisepartner-Suche

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als die Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».)

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rappen frankiert, einstecken in das Konzept, Bern, Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).

Fahre ca. 23. September 1977 mit Auto nach Madrid (Eurozone). Wer beteiligt sich an der Autofahrt? Evtl. auch Rückfahrt an Weihnachten. Bitte schreiben an: Ruth Uebelhart, Habsburgerstrasse 48-51/3 Rheinfelden.

23jähriger sucht Reisepartner(in) für mehrtägigen Astenrip. Reise mit offener Verkehrsmittel. Start: Anfang Oktober. Jung Meyer, Av. Riviera 18, 1820 Montreux.

Wer begleitet mich bald nach Mexiko oder auf die Karibische Inseln? Ich bin 31/170, blond, vielseitig interessiert, unkompliziert mit viel Sinn für das Schöne. Von Dir erwarte ich Herz und Niveau. Pricea Filippi, Finkenstrasse 102, 3084 Bern-Wabern.

Ich suche Partner(in) für unbegleitete Lateinamerika-Reise. Ich möchte auch eine gewisse Zeit unter der Überbreitung leben und so sozialer, politischer, kultureller Kontakte vornehmlich im Herbst 77 rüber. Walter Gerner, Siedlung 7, D-8722 Grafenhausen.

Suche für mehrere 1- bis 6monatige Ferienreisen (Asien, Afrika, Südamerika) im Ökonomie-Preis-Netz Reisepartner(in) bis 28 Jahre. Beginn Mai 78. Dr. med. Walter Kipp (32 Jahre), Talstrasse 37, 7440 Nürting-Rudersheim, Tel. (07122/45001).

Pädagogik-Studium (24 Jahre) sucht Reisepartner(in) für schmetterliche Südamerikareise mit offener Verkehrsmittel und Daunen. Würde auch mitfahren. Abreise Januar 1978. Klaus Lutz, Mendelssohnstrasse 53, D-5400 Sülzborn, Tel. 051/74174.

Junge Suche sucht Boys, evtl. Girls für einen Ferienrip im Oktober nach der Türkei. Güstig etwa 4 Personen. Aufenthalt im Land ca. 3 Wochen. Fliegen. Kosten total ca. 1000 Fr. Veronika Soltmann, Finkenstrasse 95, 3145 Niederscherli.

Ich (23) möchte Anfang bzw. Mitte Nov. für ca. 1/2 Jahr nach Nepal, Indien, Thailand, Indonesien. Suche selbständige Reisegefährten mit ähnlichen Absichten. Hubert Wanzinger, Mierbachstr. 8, A-4650 Lambach.

Suche kurzfristige Reisepartner für Kachmir (Indien Nepal), Abflug Anfang Oktober. Bin Student der Musik und Kunst, 19 Jahre alt, zu erreichen bis 10. September unter: Martin Trüb, Sonderbergstrasse 10, D-53109 Pönn. BDD, Tel. 0432/3930.

Zürich-Paris-Hongkong-Philippinen-Bangkok. 3-6 Wochen im Okt., Nov., Dez. 1977. Ich suche unkomplizierte(r) Reisegefährter(in). Alter 20-40. Carl Schlemmer, Breitenstrasse 26, 8400 Winterthur. Tel. (052) 29 80 74 ab 19:00 h.

Neuigkeiten aus der Studentenschaft der Uni Zürich (SUZ)

Ganz besonders scherzhaft zeigte sich die Hochschulkommission: Der Kleine Studentenrat (KStR) erdreistete sich, ein inhaltlich wohl richtiges Zitat des Präsidenten der Interessengruppe Hochschule zwischen Gänsefüsschen zu setzen. Die Hochschulkommission fand diesen formalen Fehler so «unerhör», dass sie gleich mit Kanonen aufmar-

mester nicht nach Belieben auf dem Kopf herumstehen zu lassen. Am 3. Oktober (Beginn der Einzahlungen) werden wir nicht mit abgesetzten Hosen dastehen. Jemand anderer hingegen schon. Der Krug geht zum Brünnen bis ...

Der Rektor will seine Zustimmung zum Budget immer noch nicht geben. Daran ändern auch Vorträge der Parteien EVP und SP nichts. Auch einen Brief der Liberalen Studentenschaft wollte er nicht beantworten, da ihm der Ton nicht passte. Jetzt legt unser Rekurs bei der Hochschulkommission. Sinnvollerweise wird sie wohl erst in einem Jahr oder so entscheiden.

Unbeantwortet liegen immer noch zwei Briefe des Kleinen Studentenrates beim Rektor, der eine vom 5. Juli, ein anderer ein paar Tage später beim Rektor persönlich abgegeben. Offensichtlich muss man Rektor Neuf zuerst mit eingeschriebenen Briefen mahnen, bis ihm in den Sinn kommt, dass in einer so heiklen Frage eine schriftliche Antwort angebracht ist und erwünscht wird. Auch verweigert er die Antwort auf die Frage, ob er bereit sei, die Aktivitäten der SUZ im Wintersemester zu garantieren, oder ob er die Auffassung Gilgens teile, dass die Stipendienberatung, die Rebozo usw. nicht so nötig seien und aus Sparsamkeitsgründen abgebaut werden müssten. Aktivitäten, die zusammen etwa ein Fünftel des G.schen Gehaltes kosten und beim ständigen Rechtsmissbrauch und Stipendienabbau halt beim Genannten etwas stechen. Das gesparte Geld kann man ja auch anders einsetzen, oder nicht?

Studentenschaft der Universität Zürich



scherte und dem KStR die Absetzung androhte. Was tut man nicht alles, um seine Gesinnungsgenossen zu schützen! Jedenfalls zur dieser Entscheid zur Erheiterung des tristen KStR-Alltags bei. Um uns den Kopf nicht zu verderben, haben wir es auch unterlassen, gegen diesen Entscheid Rekurs einzulegen. Das wäre doch zu bierernst gewesen. Etwas makaber jedoch ist der Fall schon: Da gibt es eine Kommission, die über die Hochschule entscheidet, die Professoren beruft bzw. verleiht und nicht einmal fähig ist, materiell auf eine Aussage einzugehen.

An der juristischen Front tat sich bis jetzt (Redaktionsschluss) noch nichts, der Status der Studentenschaft ist immer noch derselbe. Und Herr Gilgen samt Anhang ist noch immer nicht bereit, dies auch nur zu Kenntnis zu nehmen. Die Vorbereitungen für die Gründung eines Vereins Studentenschaft, der die Aktivitäten der SUZ übernehmen soll, sind jedenfalls in vollem Gang. Die Behörden können also machen, was sie wollen, wir brauchen uns im Winter-

KStR

¹ Niklaus Blattner (Biga): «Arbeitsmarktpolitische Überlegungen zur Hochschulabsolventenfrage». In: «Wissenschaftliche Hochschulpolitik». Bern 1977 (unveröffentlicht).

² J. J. Palteghi: «Arbeitsplätze und Aufstiegsmöglichkeiten an den Hochschulen – Eine düstere Zukunft», in: «Wissenschaftspolitik», Juni 1977.

Jahresbericht des VSS-Vorstandes

Studentenschaften im behördlichen Clinch

An der Sitzung des Delegiertenrates des VSS vom 5. 7. 1977 verabschiedete das Plenum unter anderem den Jahresbericht des Vorstandes des VSS. Darin wird auf die wichtigsten Entwicklungen in der schweizerischen Bildungs- und Studentenspolitik eingegangen. Im Gegensatz zu anderen Jahren konnte der Grundtenor des Berichtes nicht auf «Kontinuität» und «Weitermachen wie bisher» gelegt werden. Es musste vielmehr darauf eingegangen werden, wie der wegen des Druckes auf seine Sektionen in eine schwierige Lage geratene VSS als Vertreter der von den hochschulpolitischen Entscheidungen am unmittelbar Betroffenen sich aus dieser Lage wieder befreien kann. Dies wird einer der Hauptaufgaben der kommenden Monate sein. Im folgenden wird der «Politische Bericht» des Vorstandes vollständig wiedergegeben, da darin alle grundsätzlichen Fragen der Verbandspolitik angeschnitten und in ihrem Zusammenhang dargestellt werden.

Wohl das wichtigste Ereignis für die Studentenspolitik im Amtsjahr 1976/77 war der Beschluss des Zürcher Regierungsrates, die Studentenschaft Zürich abzubauen. Dieses Ereignis fällt zwar nicht unmittelbar in den Aktionsraum des Vorstandes, hat aber weitreichende Auswirkungen, die sich für den VSS tiefgreifend erweisen werden. Die studentenspezifische Landschaft hat sich radikal verändert.

Unvorhergesehen war dieses Ereignis eigentlich nicht. Unsere Amtsvorgänger haben im letzten Jahr diese Entwicklungstendenzen analysiert. Man

Zwischenprüfungen, verschärfter Studienordnungen und Reglementierung der Studiendauer.

Der «kalte NC» als Folge der verschärften Studiensituation und der Verschlechterung der sozialen Lage der Studierenden, nicht zureichende Ausmass an die Anwaltschaft bei den Anwältern auf ein Medizinstudium legt davon Zeugnis ab. Die heutige Situation und vor allem das, was auf uns zukommen wird, entbehrt uns beinahe der Anwendung eines abstrakten Vokabulariums bei der Einschätzung der politischen Situation, worin sich heute Bildungspolitik im weitesten Sinn abspielt. Die konkreten Bedürfnisse werden brennender, und die Front der Kräfte, die sich ihrer Befriedigung entgegenstellen, baut sich immer deutlicher auf. Wie der Fall Zürich zeigt, nicht zuletzt auch in der Weise, dass sich die Zerstörung einer wirklichen Interessenvertretung durch die Studenten spekuliert wird. Herrscht einmal eine mit Hilfe von ultrarechten Minigruppen hergestellte Friedhofruhe an den schweizerischen Universitäten, so sieht man die Abbaupläne auch viel leichter durchbohren.

Erfolge in Basel

Aber zu Hoffnung Anlass gibt uns immerhin der Erfolg unserer Basler Sektion. Als Verband mit freiwilliger Mitgliedschaft ist es ihr gelungen, eine Periode der Rückläufigkeit zu überwinden und sich bei den letzten gesamtuniversitären Wahlen eindeutig durchzusetzen. Dieses schöne Ergebnis ist die Folge einer nüchternen, sich an den Interessen breiter Studentenkreise orientierenden Politik, die sektiererisches Abkapseln ausschliesst. Jedenfalls widerlegt die Studentenschaft Basel diejenigen, die eine Schaffung eines «lingua franca» anstelle einer auf die gesamte Studentenschaft ausgerichteten Politik als Notwendigkeit postulieren.

Die gegen die Studentenschaften gerichtete behördliche Politik trifft auch heute schon den VSS. Bekanntlich sind die Finanzen des Vorkommens. Jedoch lag das Hauptgewicht der Vorstandstätigkeit nicht auf diesem Gebiet. Denn neben diesem direkten behördlichen Druck auf die Studentenschaften hat sich die Lage auch auf dem allgemeinen bildungspolitischen und sozialpolitischen Sektor verschlechtert. Katalysator dieser Entwicklungen war sicher die Krise der Bundesfinanzen, die nach der Meinung der zuständigen Stellen einen weiteren Ausbau des schweizerischen Bildungswesens, darin eingeschlossen der Hochschulbereiche, im Mass der von der demographischen Entwicklung vorgegebenen Parameter nicht mehr erlauben. Ganz unter den Tisch gefallen sind die nach wie vor berechtigten Ansprüche auf eine allgemeine Erhöhung der Qualifizierung, diktiert auch durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung, die sich in einer Erhöhung der Studentenquote niederschlagen muss. Als fortschrittlich gilt heute schon, sich dafür einzusetzen, dass jeder Jahrgang noch einen gleichen Anteil an Studenten aufweisen kann wie der vorhergehende. Mehr zu fordern, wird ja entgegen allen stichhaltigen Argumentationen über das Verhältnis von Qualifizierungsgrad der Bevölkerung und der allgemeinen Entwicklung der Gesellschaft als utopisch zurückgewiesen. Das darf uns aber nicht hindern, die Studentenquote der Schweiz als das zu bezeichnen, was sie ist, nämlich als eine der niedrigsten in ganz Europa, als zu niedrig.



Vorstand: David Gerber, Urs Hänsenberger, Thomas Heilmann

Politik gegen leere Kassen
Die Politik der leeren Kasse hat den weiteren Ausbau des Stipendienwesens verhindert (siehe dazu unsere Dokumentationen). Der Verlust an Arbeitsmöglichkeiten in der Schweiz hat zudem die Möglichkeit der Studenten, das Studium über einen Nebenverdienst zu finanzieren, stark vermindert. Steuererhöhungen und Erhöhung der obligatorischen Beiträge an die Sozialwerke tragen im weiteren die Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten bei.

Auch die unmittelbaren Lernbedingungen leiden unter der «Austerität»-Politik von Bund und Kantonen. Neben der NC-Drohung, nun schon seit Jahren das Damoklesschwert über Studenten und Studienbetriebe, sind die Fragen des Abbaus in den Bereichen des Niveau des Studienbetriebs sicher nicht gelöst. Von qualitativen Reformen, über deren Notwendigkeit vor einigen Jahren ein breiter Konsens vorhanden war, sprechen auch nur noch die Studenten. Anstelle von Reformen, die den Studienbetrieb den Bedürfnissen der Studenten und, einen demokratischen Anspruch einlösend, breiter Bevölkerungsschichten anpassen, wird der individuelle Druck erhöht mittels vermehrter

laufend zurückgehen (3. Auflage beim VSS erhältlich). Im Kampf um die Wiedereinführung des Buchertrages für alle in Ausbildung Befragten konnte mindestens ein Teilerfolg erzielt werden, da durch die Eröffnung studentischer Buchläden bzw. eines studentischen Buchervertriebes die einheitliche Front der Buchhändler hatte gesprengt werden können. Der neue, beladene Verband der wissenschaftlichen Buchhändler gewährt heute auf eine ganze Anzahl von Titeln wiederum den Studentenrabatt. Dies ist ein Teilerfolg, kann uns aber noch nicht voll und ganz befriedigen.

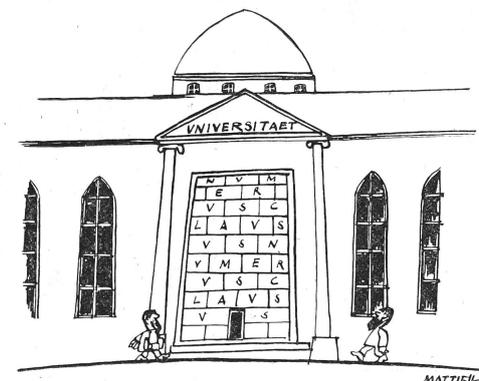
Bildungspolitisch stand, wie während vergangener Jahre der Kampf gegen den NC im Vordergrund. In diesem Kampf werden wir von eigentlich unerwarteter Seite unterstützt, nämlich von dem sonst auf bildungspolitischem Gebiet so konservativen Föderalismus. Es sind denn auch in erster Linie staatspolitische Beweggründe, die die Einführung eines NC-Vertrahes verhindern. Das neue HFFG (Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz) ist von den eidgenössischen Räten durchberaten. Ausstehend ist die Schlussabstimmung. Diese soll erst nach den «Spardebatten» der Verbesserung des Verankerung in den Sektionen. Eine Diskussion, die in einem viel breiteren Rahmen stattfinden wird. Immerhin erweist es sich gerade nach den Vorkommnissen in Zürich als vorteilhaft, dass im Ansatz wenigstens die Diskussion schon ins Laufen kommt. Doch dies wird Thema weiterer Beiträge in diesem Blatt sein.

Bei den Tätigkeiten auf internationaler Ebene sticht der Besuch einer Delegation des Sekretariats des «Internationalen Studentenbundes» (ISB) in der Schweiz hervor. Der VSS ist – und das war die einhellige Meinung auch des Delegiertenrates – heute mehr denn je interessiert, die Beziehungen zu diesem weltweit weltweit repräsentativen Verband zu festigen und, wenn die Zeit reif ist, zu institutionalisieren. Obwohl schon

die Informationen über den VSS als nationaler Verband kaum zureichend sind, werden wir zu einem späteren Zeitpunkt ausführlicher auf den ISB eingehen, denn auch die schweizerische Studentenbewegung hat es nötig, aus der von heute nicht mehr dominierenden Kräfte gewählten Selbstisolierung herauszukommen.

Der ausführliche Jahresbericht kann beim VSS angefordert werden. VSS

Zum Ende des Sommersemesters 1977 fand in Olten die 53. Sitzung des Delegiertenrates des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) statt. Bei den ordentlichen Geschäften wurden die Jahresberichte des Vorstandes und die Jahresrechnung genehmigt sowie dem scheidenden Vorstand die Decharge erteilt. Neben den aktuellen bildungspolitischen Themen bildete den Schwerpunkt der Diskussion des Jahresberichtes die Lage des Verbandes, da seine Sektionen auch im abgelaufenen Amtsjahr wiederum unter vermehrtem behördlichen Druck geraten sind, wie dies der Auflösungsbeschluss des Regierungsrates des Kantons Zürich gegen die Studentenschaft der Universität Zürich gezeigt hat.



Nicht nur der Zugang ist enger geworden...

Interview mit Ökonomiprofessor Basilio Biucchi

Kein Marx für Schweizer Ökonomen

Ende Sommersemester hat der Ökonomiprofessor Basilio Biucchi in Fribourg seine Abschiedsvorlesung gehalten. Die Ökonomiestudenten drängten sich in den Hörsaal. Ein Beweis dafür, dass sie die neue Sprache innerhalb der Universität wahrgenommen haben und, speziell was die Ökonomie betrifft, auch den Willen, brauchbare Instrumente für eine kritische Analyse bereitzustellen. – Die Abschiedsvorlesung gliederte sich in vier Teile: In einem ersten beschäftigte sich Professor Biucchi mit seiner Vergangenheit, mit seiner Motivation für die Lehre; in einem zweiten Teil kritisierte er das fribourgsche und allgemeinere das schweizerische Universitätssystem. Nach einem selbstkritischen Abschnitt behandelte er dann unter dem Titel «Bekanntnis» die marxistische Methodologie und seine eigene Annahme und Verwendung des Marxismus als Methode. – Nach seiner letzten Vorlesung beantwortete Professor Biucchi einige Fragen.*

Welches sind die Möglichkeiten, als Alternative die analytischen Instrumente des Marxismus zu entwickeln? Gibt es da überhaupt ein Spielraum? Obwohl in allen Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien und in letzter Zeit vermehrt auch in England und in den USA) die marxistische Kritik seit den 50er Jahren in den ökonomischen und in den Sozialwissenschaften bemerkenswerten Platz und Gewicht hat, sind in der Schweiz die Gedanken und Gespräche über den Marxismus nicht existent, sind die grossen Abwesenden in der Fakultät der Ökonomiewissenschaften.

Frage: Wie ist der Ökonomieverricht an den schweizerischen Hochschulen strukturiert? Wir denken speziell an jene Teilbereiche, wo Sie die progressive Tendenz beschreiben, die einzig darauf aus ist, den Sektor Unternehmensekonomie zu stärken durch die Einführung wichtiger Methoden aus den USA (marketing, operations research usw.).

Der Unterricht an den schweizerischen Ökonomiefakultäten ist im wesentlichen pragmatisch: Es werden Ökonomen für die Privatwirtschaft ausgebildet, seit wenigen Jahren auch für die öffentliche Hand. Die Ökonomie als historische und kulturelle Wissenschaft, als Sozialwissenschaft, wird wenig gepflegt. Die überwiegende Orientierung ist die neoklassische. In der keynesianischen Ökonomie – Doktrin des aufgeklärten Neokapitalismus, aber doch immer Wissenschaft des fortgeschrittenen Kapitalismus – gibt es eine starke Kritik, speziell bezüglich derer Anwendung in der Wirtschaftspolitik.

Wie sieht dieses Vorgehen inhaltlich aus? Was wird erreicht?

Es ist offensichtlich, dass sich mit diesen technischen und quantitativen Methodologien sehr gut jegliche kritische Diskussion und jede soziale Anwendung ausschalten lassen. Die Ökonomie wird zur Apologie des herrschenden Systems (dies sind übrigens die Worte eines Marxisten, sondern eines Präsidenten der Gesellschaft für Ökonometrie in den USA).

Und der Lehrkörper? Sie haben doch vom «Berufsverbots» in Fribourg gesprochen?

Zusagen der ganze Lehrkörper hat eine universitäre, ökonomische und philosophische Bildung durchlaufen, welche die Schemata der Vulgarökonomie reproduziert. Die traditionelle und konventionelle ökonomische Wissenschaft wird sozusagen von Generation zu Generation überliefert.

Pseudomathematik statt Kritik

Die Betriebsökonomie – oft getarnt mit quantitativen (pseudo)mathematischen Formeln – nimmt meist überhand. Es ist eine technizistische, aus den USA importierte Betriebsökonomie. Die Themen Ökonomie der Arbeit, der Gewerkschaften, der Multis (z. B. den ausgezeichneten Studien von Tuart Holland folgend) werden nur am Rande vermerkt. Der Technizismus besteht darin, dass die rein quantitativen und mathematischen Formeln oft dazu dienen, den Grunde ideologischen Inhalt einer «Vulgarökonomie» im Dienste des Systems zu verschleiern.

In einer Schweizer Universität wäre die Nomination eines (auch nur methodisch) erklärten marxistischen Professors undenkbar. In Fribourg ist es vorgekommen, dass einem Geographiestudenten ein Lehrstuhl verweigert wurde aus dem einfachen Grund seiner Zugehörigkeit zu einem linken Gruppenchen. Es gibt eine Praxis des stillen Berufsverbots, das deshalb doppelt so diskriminierend ist.

* Dieses Interview wurde aus der Tassironi-Wochenzeitung, Organ des PSA (Partito socialista autonomo), Nummer 29/30, überetzt. Titel und Inhalt sind von der «konzept»-Redaktion gesetzt.

TAGES ANZEIGER MAGAZIN

85. Jahrgang Nr. 18 Auflage 250 000 Preis mit Magazin Fr. 1.-

Zürich, Samstag, 21. Januar 1977

Tages Anzeiger MAGAZIN

Überparteiliche schweizerische Tageszeitung

Geschäftsstelle: Zürich 4, Nordstrasse 23
Telefon: 26222, 26223, 26224
Abteilung: Adressverwaltung, Telefon: 61 20 30 30, 70 11 30 150
Abteilung: Werbung, Telefon: 21 510 40 40, 70 11 30 150
Abteilung: Druck, Telefon: 21 510 40 40, 70 11 30 150

Auslandskonto: 111 898, Telefax: 746 40
Abonnementpreise auf Seite 11
Druckerei: H. Bertsch, Dürrenmattstr. 11, 8001 Zürich
Abdruck: 1 30 2 07 76 mit Namen gratis Text

Arrestbeschwerden nicht mehr beim Oberauditor

Liberaler Lösung setzt sich gegen den Widerstand der katholischen Kirche im Parlament durch

Die Kämpfer

DER ZWEITE BILDUNGSWEG.

Er verschafft Ihnen Zugang zur russischen und chinesischen Aussenpolitik.

Er macht Ihnen klar, warum der neue amerikanische Präsident nicht mehr so oft lächelt wie während des Wahlkampfes.

Er öffnet Ihnen den Weg in die Welt der schwarzen und der roten Zahlen. Denn er berichtet Ihnen täglich über das wirtschaftliche Geschehen.

Er sagt Ihnen jeden Tag, wer gewonnen und wer verloren hat. Denn er widmet sich intensiv dem Sport.

Er verrät Ihnen schon am frühen Morgen, was Sie am Abend in Zürich alles verpassen könnten.

Er verhilft Ihnen zweimal pro Woche zu einem Job, der Ihnen das Geld bringt für Ihr Studium. Mit einem reichen Stellenangebot.

Er bringt Ihnen jeden Samstag ausführliche und gut fundierte Berichte aus Politik, Kultur und Wissenschaft. Mit seinem Magazin, in dem auch Leute wie Peter Bichsel, Hugo Loetscher und Jürg Federspiel zu Wort kommen.

Er kostet Sie pro Jahr, abzüglich 30 Prozent Studentenrabatt, Fr. 72.80. Einschreiben können Sie sich mit dem untenstehenden Coupon (kein Numerus clausus).

COUPON

Den Bildungsweg, der so vielseitiges Wissen mit 30 Prozent Rabatt vermittelt, möchte ich kennenlernen.

- Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.
- Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

- monatlich Fr. 6.45
- vierteljährlich Fr. 18.55
- halbjährlich Fr. 36.75
- jährlich Fr. 72.80

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Fakultät: _____

Semester: _____

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertrieb
Postfach, 8021 Zürich

WEIL MAN HEUTE SO VIEL WISSEN MUSS.